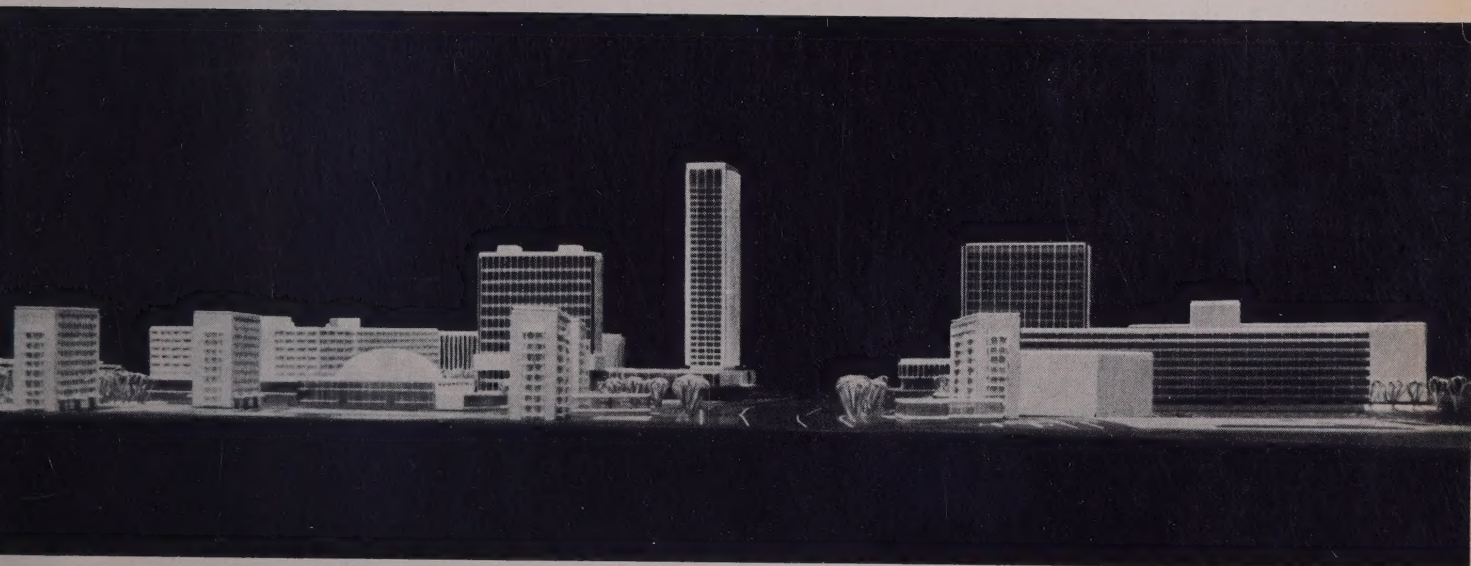


12 Deutsche Architektur



in
ember

Haus des Lehrers in Berlin • Der Alexanderplatz in Berlin • Hochhäuser und Citygedanke in Deutschland

Deutsche Architektur

erscheint monatlich

Inlandheftpreis 5,- MDN

Bestellungen nehmen entgegen:

In der Deutschen Demokratischen Republik:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

• Sowjetunion

Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechatj

• Volksrepublik China

Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

• Tschechoslowakische Sozialistische Republik

Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha XII, Vinohradska 46 –
Bratislava, Leningradska ul. 14

• Volksrepublik Polen

P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilcza 46

• Ungarische Volksrepublik

Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen
für Bücher und Zeitungen, Rakoczi ut. 5, Budapest 62

• Rumänische Volksrepublik

Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Pa-
latul Administrativ C. F. R., Bukarest

• Volksrepublik Bulgarien

Direktion R. E. P., Sofia 11 a, Rue Paris

• Volksrepublik Albanien

Ndermarrja Shtetnore Botimeve, Tirana

• Österreich

GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgies 16

• Für alle anderen Länder:

Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Berlin W 8, Französische Straße 13–14

Für Westdeutschland und Westberlin:

Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Die Auslieferung

erfolgt über HELIOS Literatur-Vertriebs-GmbH,
Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167

Vertriebs-Kennzeichen: A 2142 E

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin W 8,
Französische Straße 13–14

Verlagsleiter: Georg Waterstradt

Telefon: 22 02 31

Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin

Fernschreiber-Nummer: 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Redaktion

Zeitschrift „Deutsche Architektur“, Berlin W 8,
Französische Straße 13–14

Telefon: 22 02 31

Lizenznummer: 1145 des Presseamtes

beim Vorsitzenden des Ministerrats

der Deutschen Demokratischen Republik

Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 1324/64

Satz und Druck

Märkische Volksstimme, Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)



Anzeigen

Alleinige Anzeigenannahme: DEWAG-Werbung,

Berlin C 2, Rosenthaler Straße 28–31,

und alle DEWAG-Betriebe und -Zweigstellen in den

Bezirken der DDR

Gültige Preisliste Nr. 2

Die Redaktion
wünscht
allen Lesern
und Autoren
im neuen Jahr
erfolgreiches Schaffen,
Gesundheit, Glück
und Frieden.

An unsere Leser

Wir möchten unseren Lesern und Autoren, den Mitgliedern des Redaktions-
beirates sowie den Mitarbeitern der Druckerei und des Postzeitungsvertriebes
für das uns erwiesene Vertrauen und ihre tätige Mitarbeit danken. Für das
kommende Jahr werden alle Voraussetzungen geschaffen, um das berechnete
Verlangen unserer Leser nach pünktlichem Erscheinen der Zeitschrift zu erfüllen.
Wir würden uns freuen, Sie auch im kommenden Jahr zu unseren geschätzten
Lesern zählen zu können.

Dr. Gerhard Krenz,
Chefredakteur

Aus dem vorigen Heft:

Bauten der Wissenschaft

Moderne Rechentechnik in der Projektierung

Aufbau in der Volksrepublik Polen

Im nächsten Heft:

Über den Aufbau des Stadtzentrums von Dresden

Städtebau und Architektur in der Periode des Perspektivplanes bis 1970

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil: 23. Oktober 1964

Illusdruckteil: 27. Oktober 1964

Titelbild:

Blick auf den Alexanderplatz aus der Karl-Marx-Allee

Foto: Stadtbauamt Berlin

Fotonachweis:

Brückner, Leipzig (1); Gerhard Murza, Berlin (3); Henning Salzbrenner, Cott-
bus (1); Herbert Fiebig, Berlin (1); Karl Hoffmeister, Berlin (41); Kunst-
geschichtliche Bildstelle der Humboldt-Universität zu Berlin (4); Zentralbild,
Berlin (6); Stadtbauamt Berlin (13); Dieter Urbach, Berlin (1); Peter Gohlke,
Berlin (1)

12 Deutsche Architektur

XIII. Jahrgang
Berlin
Dezember 1964

■ 708	Baufoto 1964	red.
708	■ Die Preisträger	
708	■ Aus dem Kommuniqué der Jury	
708	■ Die Jury	
■ 714	Haus des Lehrers in Berlin	Hermann Henselmann
■ 736	Der Alexanderplatz in Berlin	
736	Aus der Geschichte des „Alex“	Horst Büttner
740	Der Aufbau des Alexanderplatzes	Joachim Näther
748	Weitere Entwürfe für den Alexanderplatz	red.
■ 750	Hochhäuser und Citygedanke in Deutschland 1920 bis 1923	Joachim Schulz
■ 756	Stadtgröße und Kosten der Kommunalwirtschaft	Rolf Schreiber
■ 760	Gebietskomplexe Planung für die Trinkwassertalsperre Lichtenberg	Heinz Klemm
■ 764	Probleme der Ausbildung der Architekten an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar	Hermann Räder
■ 767	Informationen	

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Gerhard Krenz, Chefredakteur
Walter Stiebitz, Eckhard Feige, Redakteure
Herbert Hölz, Typohersteller

Redaktionsbeirat: Hermann Henselmann, Walter Howard, Eberhard Just, Hermann Kant, Gerhard Kröber,
Helmut Achenbach, Eckehard Böttcher, Edmund Collein, Hans Gericke,
Joachim Näther, Günther Peters, Christian Schädlich, Hans Schmidt, Kurt Tauscher,
Lothar Trautmann, Helmut Trautzettel

Mitarbeiter im Ausland: Janos Böhönyey (Budapest), Vladimir Cervenka (Prag),
D. G. Chodschajewa (Moskau), Jan Tetzlaff (Warschau)

Haus des Lehrers in Berlin Henselmann, Hermann

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 12, S. 714 bis 735, 42 Abb., 4 Grundrisse, 2 Schnitte

Das Haus des Lehrers dient der Erziehung und Bildung des sozialistischen Menschen. Der Würde dieser Aufgabe entspricht der Standort am Alexanderplatz am westlichen Ende der Karl-Marx-Allee.

Nach gründlicher Analyse des Programms wurden die größeren Versammlungsräume von den übrigen Räumen getrennt angeordnet. Dadurch entstanden ein Hoch- und ein Flachkörper, die in der Vertikalen und Horizontalen deutlich voneinander abgesetzt und doch in eine solche Korrespondenz gebracht sind, daß sie einander „benötigen“.

Der quadratische Flachbau enthält den kuppelüberwölbten kreisrunden Saal mit 1000 Sitzplätzen bei Konzertbestuhlung, den gelben Saal (Ausstellung oder 300 Plätze), den weißen Saal mit Bühne und 250 Plätzen und einen Imbissraum mit 350 Plätzen sowie alle erforderlichen technischen Räume und Anlagen.

Im rechteckigen Hochkörper befinden sich im 1. Obergeschoß ein Café mit 200 Plätzen, im 2. Obergeschoß ein Restaurant mit 150 Plätzen, im 3. und 4. Obergeschoß das fensterlose, klimatisierte Büchermagazin, außen umgeben von einem um das Gebäude sich herumziehenden Bildfries, und im 5. bis 12. Obergeschoß Les-, Klub-, Zirkel- und kleinere Versammlungsräume.

Der Alexanderplatz in Berlin

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 12, S. 736 bis 749, 24 Abb.

Der Alexanderplatz, heute im Zentrum der Hauptstadt der DDR liegend und der verkehrsreichste Platz der Hauptstadt, hat eine wechselvolle politische, städtebauliche und architektonische Geschichte durchgemacht.

Nach den schweren Zerstörungen im zweiten Weltkrieg entstand als erster Neubau am Alexanderplatz das Haus des Lehrers. Mit dem Beschluß des Politbüros des ZK der SED und des Präsidiums des Ministerrates der DDR vom 28. September 1964 über den weiteren Aufbau des Stadtzentrums wurde auch die endgültige städtebauliche und architektonische Konzeption des Alexanderplatzes festgelegt. In der zentralen Achse: Brandenburger Tor – Straße unter den Linden – Marx-Engels-Platz – Rathausstraße und Liebknechtstraße – Alexanderplatz – Karl-Marx-Allee bildet der Alexanderplatz das Gelenk, das zu einem Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens und des Handels entwickelt wird.

Im einzelnen sind zum Thema veröffentlicht:

Büttner, Horst: Aus der Geschichte des „Alex“

Näther, Joachim: Der Aufbau des Alexanderplatzes

red.: Weitere Entwürfe für den Alexanderplatz

Hochhäuser und Citygedanke in Deutschland

Schulz, Joachim

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 12, S. 750 bis 755, 13 Abb., 3 Lagepläne

Unmittelbar nach der Novemberrevolution 1918 in Deutschland hatten einige der aktivsten deutschen Architekten die Idee einer neuen Stadtform entwickelt, in der nicht die „City“, sondern das Volkshaus Mittelpunkt und Stadtkrone sein sollte. Sie waren dabei von der Vorstellung einer „sozialen Republik“ ausgegangen und suchten vor allem der aktiven Rolle der Volksmassen in der Novemberrevolution einen entsprechenden Ausdruck zu geben. Infolge des Scheiterns der Revolution wurden ihre Pläne zur Utopie. Fast in den gleichen Architektenkreisen entstand jedoch 1920, wenige Monate nach der Gründung der Weimarer Republik, eine ganz andere Bewegung. Sie ging ebenfalls von dem Gedanken aus, dem neuen Staat ein eindrucksvolles städtebauliches Gesicht zu geben, war jedoch realistisch: sie ließ sich von dem bürgerlich-demokratischen Charakter der Weimarer Republik leiten und suchte eine eindrucksvolle Umformung der Städte durch den Bau von Büro- und Verwaltungshochhäusern im Stadtkern, wobei sie sich auf die demokratisch gesonnenen Teile des Bürgertums stützte. Aber ihre Projekte scheiterten an der Inflation, durch die das Monopolkapital auch große Teile des mittleren Bürgertums ruinierte, die Weimarer Republik an den Rand des Abgrundes brachte und sich selbst bereicherte. Nach der Inflation traten die großen Konzerne als Bauherren auf und ließen in vielen Städten an ganz zufälligen Standorten, wie beispielsweise der Ullstein-Konzern in Berlin-Tempelhof, Verwaltungshochhäuser errichten, ohne jedoch jene baukünstlerischen Ideen der fortschrittlichen Architekten, die nach 1920 den Bau von Hochhäusern propagierten, auch nur annähernd zu verwirklichen.

Stadtgröße und Kosten der Kommunalwirtschaft

Schreiber, Rolf

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 12, S. 756 bis 759, 9 Tab., 2 Diagramme

An Hand von Zahlenmaterial werden die unterschiedlichen Auswirkungen der Einwohneranzahl einer Stadt auf die Höhe der kommunalen Kosten dargestellt. Mit zunehmender Einwohnerzahl sinken die Kosten je Einwohner bei der Abwasserbehandlung, sie steigen bei der Straßenreinigung und Straßenbeleuchtung. Der kostenbestimmende Faktor Einwohneranzahl hat zwei Wirkungsrichtungen. Unterschieden werden muß zwischen den Auswirkungen der Einwohneranzahl auf die einzelnen kommunalen Leistungen, deren Kosten je Einwohner sowohl steigen als auch sinken können, und zwischen den Auswirkungen auf die Kosten der gesamten kommunalen Leistungen, die sich mit zunehmender Einwohneranzahl absolut und relativ erhöhen werden.

714 Дом учителя в Берлине

Хензельман, Герман

Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 13 (1964 г.) 12, стр. 714 до 735, 42 рис., 4 плана, 2 эскиза в разрезе

Дом учителя служит воспитанию и образованию социалистического человека. Соответственно важности этой задачи выбрано место нахождение данного здания: на площади Александерплац на западной стороне аллеи имени Карла Маркса. После тщательного анализа программы более обширные залы для заседаний были расположены отдельно от других помещений. Таким образом образовались высокие и плоские объекты, которые явно отличались по-вертикали и по-горизонтали друг от друга и, несмотря на это, все же уравновешаны так, что они «зависят» один от другого.

Квадратное плоское строение имеет круглый, снабженный куполом зал, в котором помещаются 1000 концертных кресел, желтый зал (предназначенный для выставочных целей или же вмещающий 300 стульев), белый зал, оборудованный сценой и имеющий 250 сидячих мест, а также буфет-столовую на 350 персон. Кроме того, в этом здании расположены все необходимые технические помещения и оборудования. В квадратном высоком объекте расположены в первом этаже кафе на 200 персон; во втором этаже ресторан на 150 персон; в третьем и четвертом этажах не имеющие окон и снабженных установкой для кондиционирования воздуха расположен книжный склад, снаружи это помещение оформлено вокруг картинной фрезкой; в 5 до 12 этажах находятся читальни, клубы, помещения для кружков и собраний.

736 Площадь Александерплац в Берлине

Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 13 (1964 г.) 12, стр. 736 до 749, 24 рис

Площадь Александерплац, являющаяся на сегодняшний день центром столицы ГДР, а одновременно и местом максимального личного движения этого города имеет весьма подвижное политическое, градостроительное и архитектурное прошлое. После крупных разрушений во время второй мировой войны первой новостройкой в районе площади Александерплац был дом учителя. Согласно постановлению политбюро Центрального комитета Социалистической единой партии Германии и президиума Совета Министров ГДР от 28-го сентября 1964 года о дальнейшей застройке центра города была также утверждена окончательная градостроительная и архитектурная концепция площади Александерплац. В рамках центральной оси: Бранденбургские ворота – улица Унтер-ден-Линден – площадь имени Маркса-Энгельса – улица Ратхауштрассе – Либкнехтштрассе – Александерплац – аллея имени Карла Маркса, площадь Александерплац представляет собой сустав, который со временем превратился в центр общественной жизни и торговли.

В отдельности на эту тему опубликованы следующие материалы:

Бюттнер, Хорст: Из истории площади Александерплац

Натер, Иохим: Отстройка площади Александерплац

От редакции: Дальнейшие эскизы площади Александерплац

750 Шульц, Иохим

Высотные здания и идеи о главных улицах в Германии

Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 13 (1964 г.) 12, стр. 750 до 755, 13 рис., 3 плана местности

Непосредственно после Ноябрьской революции 1918 года в Германии, некоторые активные архитекторы получили идею разработать новую форму строения городов, в которых основой и центром должны являться не главная улица, а народный дом. При этом они исходили из представлений «социальной республики» и искали в первую очередь возможность придать активной роли народных масс в Ноябрьской революции соответствующее выражение. Ввиду провала революции эти планы стали утопией. Почти в таких же кругах архитекторов создалось в 1920 году, несколько месяцев после основания Веймарской Республики, совершенно другое движение. Оно также исходило из идеи придать новому государству выразительное градостроительное лицо, однако имело гораздо более реалистичные стремления; оно было подвержено влиянию буржуазно-демократического характера Веймарской Республики и искало выразительное преобразование городов путем сооружения учреждений и конторских высотных зданий в центре города, причем это движение опиралось на демократически настроенные круги буржуазии. Но эти проекты узнали провал из-за инфляции, благодаря которой монополюсальный капитализм разорил большие части среднего класса буржуазии, Веймарскую Республику привратил в развалину, а сам лично получил большую прибыль и обогатился. После инфляции крупные концерны выступили в качестве строителей и соорудили в совершенно непредусмотренных случайных местностях, как например концерн Ульштейна в Берлине-Темпельхофе, высотные здания-учреждения, безо всяких строительно-архитектурных идей прогрессивных архитекторов, которые после 1920 года пропагировали сооружение многоэтажных и высотных сооружений.

756 Размеры городов и стоимость коммунального хозяйства

Шрейбер, Рольф

Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 13 (1964 г.) 12, стр. 756 до 759, 9 таблиц, 2 диаграммы

В данной статье, на основании цифрового материала показывается различные влияния, оказываемые численностью населения одного города на высоту коммунальных расходов. При увеличении числа населения уменьшаются расходы на каждого жителя в области сточной воды; они увеличиваются, однако, в области очистки города и освещения улиц. Определяющий расходы фактор числа населения имеет два действующих направления. Необходимо делать различие между влиянием числа населения на отдельные коммунальные услуги, расходы которых могут увеличиваться и уменьшаться на каждого жителя и между влиянием на расходы общих коммунальных услуг, которые абсолютные и относительно увеличиваются по ходу увеличения числа населения.

The teacher's house in Berlin Henselmann, Hermann

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 12, p. 714 to 735, 42 pictures, 4 plans, 2 sections

The teacher's house is dedicated to rear and educate socialistic men. The dignity of this noble task corresponds to the building's situation at the Alexander Square, at the western end of the Karl-Marx-Allee.

A very thorough analysis advised the separation (detaching) of larger meeting-rooms from normal sized rooms. Consequently a very tall building (superstructure) combined with a flattened building has been chosen, thus a strict division of vertical and horizontal architecture has been achieved, as both buildings support architecturally each other.

Within the quadrangle of the latter building there is a circular hall with 1000 seats for concerts, a yellow room (exhibition-room), or alternatively with 300 chairs, the white room with a stage and 250 seats combined with a refreshment room for 350 guests, and finally also all other required technical rooms and equipment.

Inside the rectangular, vertical building there is on the first floor a coffee-room for 200 persons, on the 2nd floor a restaurant for 150 visitors, and on the 3rd, and 4th floor is the book-store, having no windows but is air-conditioned. This windowless part of the building allowed the creation of a huge frieze (mosaic) around the whole building. Commencing on the 5th till the 12th floor there are new reading-, club-, society- and small meeting rooms.

■ The Alexanderplatz (Alexander Square) in Berlin

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 12, p. 736 to 749, 24 pictures

This square forms now the centre of the Capital, it went historically through a political changing period, as well as even from the town-planning and architectural point of view.

After the terrible destruction during the 2nd world-war the teacher's house was the first new building emerging. In accordance with the decision by the political office of SED's Central Committee (Socialist Unity Party) and, too, of the Council of Minister's Presidency the shape of Alexander Square's final conception had been agreed to.

The latter forms the focal point within the central axis: Brandenburger Tor - Straße Unter den Linden - Marx-Engels-Platz - Rathausstraße - und Liebknechtstraße.

The Karl-Marx-Allee and the Alexander Square form the link, and will be developed to become the central point in the City of social life and commerce.

The following contributions have been published concerning the area in question:

Büttner, Horst: From the history of the Alexander Square

Näther, Joachim: Re-construction of the Alexander Square

Schulz, Joachim: Further suggestions to Alexander Square's reconstruction

Sky-scraper and City-development in Germany

Schulz, Joachim

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 12, p. 750 to 755, 13 pictures, 3 layouts

Immediately after the November revolution in Germany some very potential German architects conceived the idea of a new type of towns, where not the City as usual but a house of the People should become the dominating centre part of the town. The foundation of the socialistic Republic was the determining motive, the preponderance and activities of the masses of people during the November revolution. However, the revolution collapsed, and their aims became utopian. Some months after the foundation of the Weimar Republic another movement was initiated by the same group of architects with the aim to create within the new State characteristic features of the Towns and Cities, but in a more realistic way. The bourgeois democratic character of the Weimar Republic was the driving force, endeavouring through rearranging the towns, and by the erection of huge offices and administrative buildings in the town's nucleus to achieve a better characteristic appearance, also by the support of the democratic-mindset section of the bourgeoisie. However, the financial inflation destroyed this purpose, large parts of the middle-classes were entirely ruined by the action of the Monopolists, the Republic itself was nearly led to the brink of an abyss, and the Monopolist's grew still richer. Large groups of the Monopolists became landlords, and started to build high buildings in many towns at haphazardly chosen places. For example: the Ullstein group built an administrative sky-scraper-office in Berlin-Tempelhof, neglecting artistic town-planning proposals by progressive mindset architects who recommended the erection of sky-scrappers after 1920, but on special selected points within the towns.

Town-size and the running costs of the communal economy

Schreiber, Rolf

Various results caused by changing numbers of inhabitants upon the running costs (expenditure) of the communal economy were explained on the basis of available data and figures. Increasing numbers of inhabitants reduce the costs per capita for sewage clearance, however it grew larger in relation to street-sweeping and street-illumination.

The determining factor, that is the number of inhabitants acts on two directions: one has to distinguish between the effect of the number of inhabitants related to each communal service - the costs may increase and sink as well - and between the effects upon the costs (expenditure) of the whole of the communal services, which absolutely and relatively increase by raising numbers of inhabitants.

714 La maison de l'instituteur à Berlin

Henselmann, Hermann

Architecture Allemande, Berlin 13 (1964) 12, pages 714-735
42 fotos, 4 plans, 2 coupes

La maison de l'instituteur sert à l'éducation et formation de l'homme socialiste. L'importance de cette mission est soulignée par l'endroit où l'édifice est situé sur la place d'Alexandre à l'extrémité occidentale de la Karl-Marx-Allee.

Après une analyse exacte du programme, les endroits pour les assemblées plus grandes sont disposés séparés des autres salons. De cette façon résultaient un corps haut ainsi qu'un autre plat qui, dans la verticale et horizontale clairement séparés l'un de l'autre, quand même sont mis dans une telle relation que « l'un a besoin de l'autre ».

Le corps plat, carré, comprend la salle circulaire avec toit sphérique en coupole avec 1000 places pour des concerts; il y a en outre la salle jaune (pour des expositions ou 300 places), la salle blanche avec scène et 250 places et un petit salon pour passer une croûte avec 350 places ainsi que tous les endroits techniques et installations indispensables.

Au corps haut, carré, se trouvent au premier étage un café avec 200 places, au 2^e étage un restaurant avec 150 places, au 3^e et 4^e étage le magasin de livres, sans fenêtres, climatisé, entourés les étages à l'extérieur par une frise de tableaux, et au 5^e jusqu'au 12^e étage des salles de lecture, de club, de cercles et de petites assemblées.

736 ■ La Place d'Alexandre à Berlin

Architecture Allemande, Berlin 13 (1964) 12, pages 736-749

24 fotos

La Place d'Alexandre, aujourd'hui située au centre de la capitale de la RDA, et en même temps la place la plus fréquente, a passé une histoire politique, urbaniste et architecturale assez mouvementée.

Après les fortes destructions pendant la deuxième guerre mondiale, comme première construction nouvelle résultait la maison de l'instituteur sur la place d'Alexandre. Par la décision du Politbureau du Comité Central de la SED et de la Présidence du Conseil des Ministres du 28 Septembre 1964 sur la construction ultérieure du centre de la ville fut fixée également la conception définitive urbaniste et architecturale de la place d'Alexandre. Dans l'axe centrale: Brandenburger Tor - Avenue Unter den Linden - Place Marx-Engels - Rathausstraße et Liebknechtstraße - Place d'Alexandre - Avenue Karl Marx, c'est la Place d'Alexandre qui forme l'articulation qui sera développée pour représenter un centre de la vie sociale et du commerce.

En détail sont publiés sur le sujet en question les articles suivants:

Büttner, Horst: De l'histoire de l'« Alex »

Näther, Joachim: La construction de l'Alexanderplatz

red.: Dessins ultérieurs pour l'Alexanderplatz

750 Maisons à multiples étages et l'idée de la « City » en Allemagne

Schulz, Joachim

Architecture Allemande, Berlin 13 (1964) 12, pages 750-755
13 fotos, 3 plans de situation

Immédiatement après la révolution du novembre 1918 en Allemagne, c'étaient quelques des architectes les plus actifs allemands qui développaient l'idée d'une nouvelle forme de ville, dans laquelle, au lieu de la « City », la « Maison du Peuple » devait être centre et couronne de ville. Ils étaient partis de la conception d'une « république sociale » et cherchaient avant tout à donner au rôle actif des masses du peuple pendant la révolution du novembre une expression correspondante. Par suite de l'échec de la révolution, leurs plans devenaient utopies. Presque dans les mêmes cercles d'architectes se formait cependant en 1920, quelques mois après la fondation de la République de Weimar, un mouvement tout à fait autre. Ce mouvement partait également de l'idée de donner au nouvel état une face urbaniste impressionnante; il était cependant plus réaliste, c-à-d qu'il se laissait diriger par le caractère bourgeois-démocratique de la République de Weimar et cherchait une transformation impressionnante des villes par la construction de maisons à multiples étages pour bureaux et administrations au centre de la ville, se appuyant sur les parties démocratiques de la bourgeoisie. Mais les projets fracassaient à cause de l'inflation par laquelle le capital des monopoles ruinaient également grandes parties de la bourgeoisie moyenne, en conduisant la République de Weimar au bord du précipice pour s'enrichir. Après l'inflation les grands trusts se présentaient comme propriétaires. Ils laissaient construire dans beaucoup de villes et sur des lieux tout à fait casuels, comme par exemple le trust Ullstein à Berlin-Tempelhof, des maisons d'administration à multiples étages, sans aucune réalisation approximative des idées artistiques de construction des architectes progressistes qui, après 1920, faisaient de la propagande dans l'intérêt de maisons à multiples étages.

756 Grandeur de ville et frais de l'économie communale

Schreiber, Rolf

Architecture Allemande, Berlin 13 (1964) 12, pages 756-759
9 tableaux, 2 diagrammes

Par des chiffres sont expliqués les effets différents du nombre d'habitants d'une ville sur la hauteur des frais communaux. A nombre d'habitants augmentant diminuent les frais par habitant pour le traitement des eaux de dégoût; ils montent pour le nettoyage et l'éclairage public des rues. Le coefficient déterminant des frais, c-à-d le nombre des habitants, possède deux directions d'effet. Il faut différencier entre les effets du nombre des habitants sur les rendements communaux individuels - dont les frais par habitant peuvent monter ou diminuer - et les effets sur les frais des rendements communaux en total qui, à nombre d'habitants augmentant, montent absolument et relativement.

Die Preisträger

1. Preis

Herr Brückner, Leipzig
„Haus des Lehrers“
„Architekturstudie
in der Deutschen Staatsoper“

2. Preis

Herr Gerhard Murza, Berlin
„Blick vom Sendeturm
des Deutschlandsenders“

3. Preis

Herr Gerhard Murza, Berlin
„Kino International“
„Berlin-Alexanderplatz – 1964“

4. Preis

Herr Henning Salzbrenner, Cottbus
„Chemiefaserkombinat
Wilhelm-Pieck-Stadt Guben“

5. Preis

Herr Herbert Fiebig, Berlin
„Kühlturm im EVW Schwedt“

Weitere Preise wurden vergeben an:

6. Herrn Harry Schmidt, Berlin
7. Herrn Rainer Rudolph, Plauen
8. Herrn Hans-Joachim Spremberg, Berlin
9. Herrn Dr.-Ing. Paul Storm, Dresden
10. Herrn Heinz Timpe, Bentnitz
11. und 12. Herrn Heinz Jungnickel, Freital
13. Herrn Hubert Müller, Hainichen
14. Herrn Karl-Heinz Kraemer, Halle
15. und 16. Herrn Herbert Fiebig, Berlin
- 16 a. Herrn Dieter Gutmann, Dresden
17. Herrn Hellmut Döring, Dresden
18. Herrn Manfred Dummer, Berlin
19. Herrn Horst G. Nicolaisen, Vetschau
20. Herrn Horst Fischer, Chodov, ČSSR

Einen Sonderpreis der „Neuen Berliner Illustrierten“ erhielten:

Herr Martin Skoyan, Leipzig
Herr Peter Sbrzesny, Berlin
Herr Erich Schutt, Cottbus

Weiteren Autoren ausgewählter Fotos, denen kein Preis zuerkannt werden konnte, wurden Anerkennungen ausgesprochen.

Aus dem Kommuniké der Jury

In der Zeit vom 1. Mai bis 21. September 1964 führte die Deutsche Bauakademie gemeinsam mit dem Bund Deutscher Architekten und der Redaktion der „Neuen Berliner Illustrierten“ zu Ehren des 15. Jahrestages der Gründung der DDR den Fotowettbewerb „Baufoto 1964“ durch. Teilnahmeberechtigt waren alle Presse-, Berufs- und Amateurfotografen der DDR und des sozialistischen Auslandes. Gegenstand des Wettbewerbes waren die in den letzten Jahren fertiggestellten Bauwerke und Anlagen, die in ihrer Form und Gestaltung sowie in ihrer Zweckmäßigkeit den hohen Ansprüchen des sozialistischen Lebens gerecht werden und damit den bedeutenden Beitrag des Bauwesens für den umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR deutlich machen. Ebenso wurden Fotos gefordert, die den Zusammenhang der neuen Architektur und der neuen Industriebauten mit ihren Erbauern und Nutzern zeigen. Insgesamt wurden 687 Fotos und Farbdias eingereicht. Bis auf 7 Motive behandelten die Arbeiten das geforderte Thema. 187 Einsendungen wurden in die engere Wahl einbezogen.

Der Wettbewerb hat das gestellte Ziel erreicht. Er kann als Beginn einer systematischen Förderung der Architektur fotografie in der DDR gewertet werden. Die Jury empfahl den Veranstaltern, jährlich einen Fotowettbewerb zu veranstalten, um vor allem die Architekten, Ingenieure und Bauarbeiter zu veranlassen, ihre Meisterwerke in ausdrucksvollen Fotos abzubilden. Der jährliche Baufotowettbewerb soll zugleich das schöpferische Interesse der Bevölkerung an der Entwicklung des Neuen im Bauwesen und einer modernen, sozialistischen Architektur fördern. Damit dient der Wettbewerb der Durchsetzung der Prinzipien des Bitterfelder Weges im Bauwesen.

Die Jury

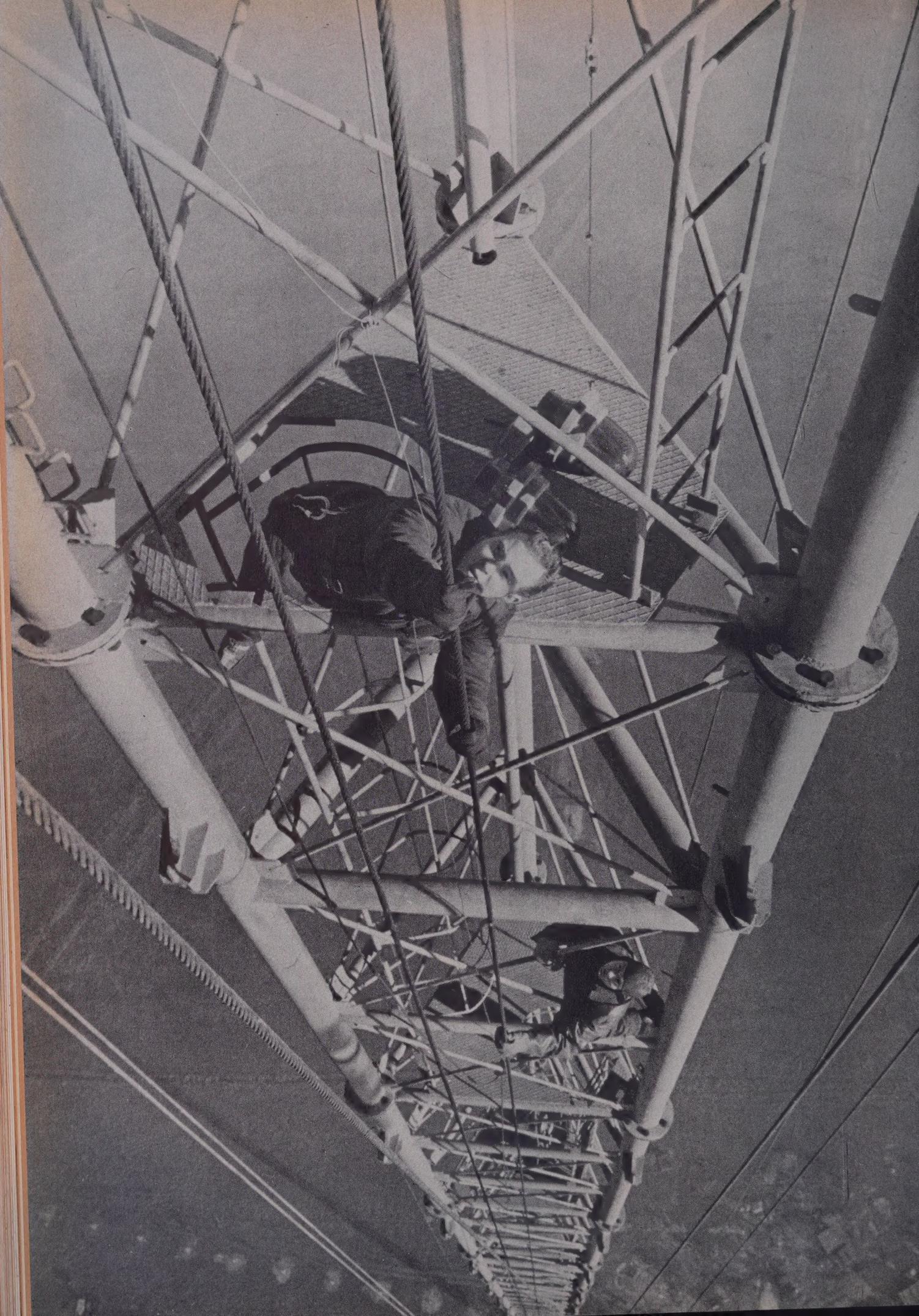
Der Jury, die unter dem Vorsitz des Präsidenten der Deutschen Bauakademie, Professor Gerhard Kosel, tagte, gehörten als Mitglieder an:

Herr Professor Collein,
Vizepräsident der Deutschen Bauakademie
Herr Mickin,
Sekretär des Bundes Deutscher Architekten
Herr Dr. Krenz,
Chefredakteur der Zeitschrift
„Deutsche Architektur“
Herr Umann,
Stellvertretender Chefredakteur
der „Neuen Berliner Illustrierten“
Herr Schimpfermann,
Direktor der Deutschen Bauinformation
Herr Urbach, Architekt, VEB Berlin-Projekt

1. Preis

Herr Brückner, Leipzig
„Haus des Lehrers“
Aus dem Urteil der Jury:
Bei dem Foto „Haus des Lehrers und der Wissenschaften“ handelt es sich um eine hervorragende Wiedergabe eines neuzeitlichen Bauwerkes, durch die dem Betrachter ein ausgezeichneter Eindruck von moderner Architektur vermittelt wird.







2. Preis

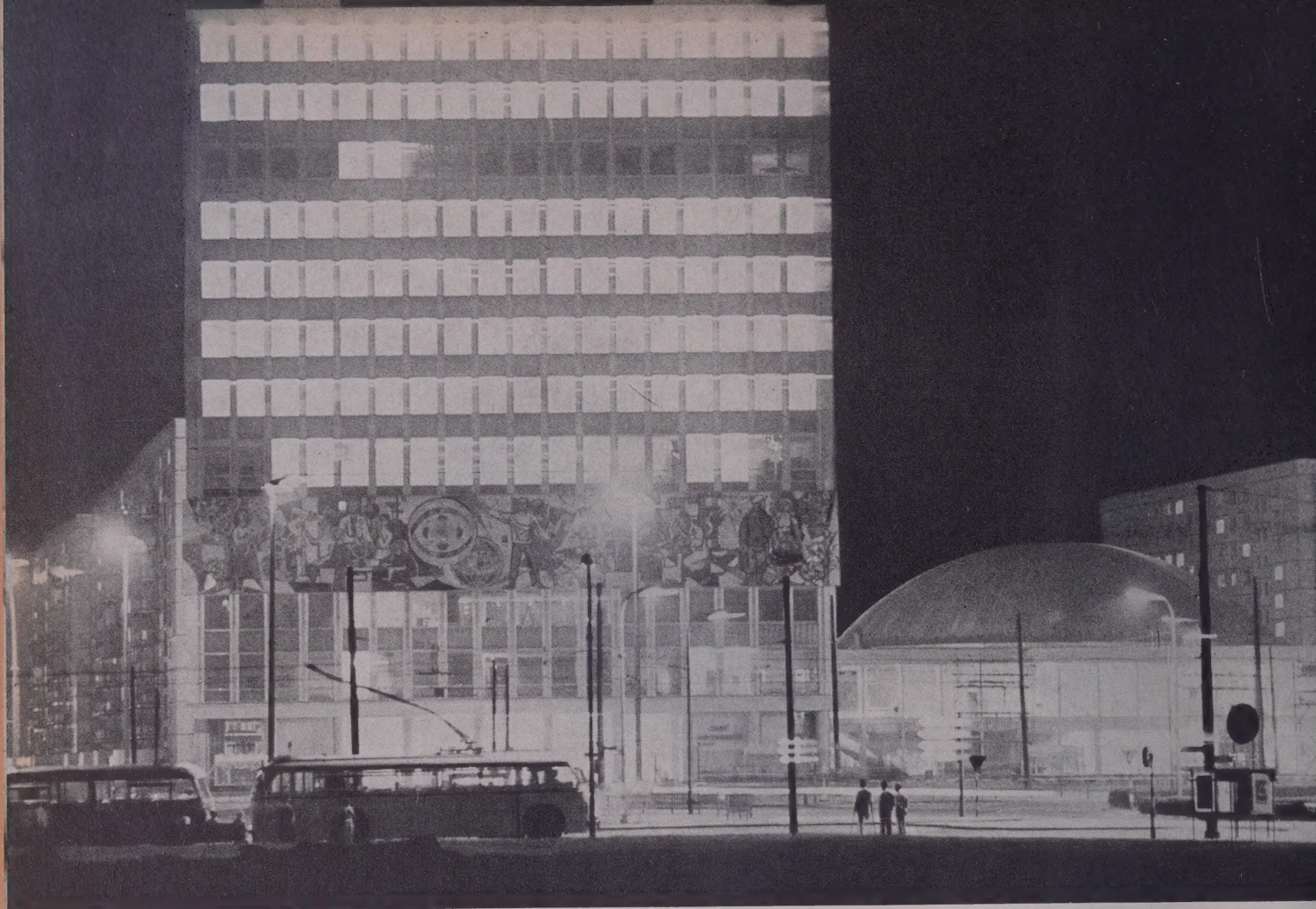
Herr Gerhard Murza, Berlin
 „Blick vom Sendeturm des Deutschlandsenders“
 Aus dem Urteil der Jury:

Im Motiv des 2. Preises kommt der Mut der Bau- und Montagearbeiter bei der Errichtung kühner Konstruktionen in hervorragender Weise zum Ausdruck. Dieses Foto ist geeignet, unter der Jugend ein berufliches Interesse für die Bau- und Montageindustrie zu erwecken.

3. Preis

Herr Gerhard Murza, Berlin
 „Kino International, Berlin“
 Aus dem Urteil der Jury:

Bei der Vergabe des 3. Preises wurde das Bemühen des Autors anerkannt, die gesellschaftliche Funktion moderner Bauwerke zum Ausdruck zu bringen.



3. Preis
Herr Gerhard Murza, Berlin
„Berlin-Alexanderplatz — 1964“

4. Preis
Herr Henning Salzbrenner, Cottbus
„Chemiefaserkombinat
Wilhelm-Pieck-Stadt Guben“

5. Preis
Herr Herbert Fiebig, Berlin
„Kühlturm
im Erdölverarbeitungswerk Schwedt“



6. Preis
Herr Harry Schmidt, Berlin
Karl-Marx-Straße in Magdeburg



Haus des Lehrers in Berlin

Professor Hermann Henselmann



1

Entwurf: Professor Hermann Henselmann

Mitarbeiter: Dr.-Ing. Bernhard Geyer
Dipl.-Ing. Günther Haustein
Architekt Otto Kless, BDA
Dipl.-Ing. Hans Ullrich Schmidt
Dipl.-Architekt Jörg Streitparth
Dipl.-Architekt Siegfried Wagner
Architekt Karl-Heinz Wendisch
Dipl.-Architekt Klaus Weißhaupt

Ingenieur-
technische
Beratung: Dr.-Ing. Gunter Eras
Dipl.-Ing. Hermann Elze
Dipl.-Ing. Werner Maaß

Pläne und Projekte sind immer auf die Zukunft gerichtet und nicht auf die Vergangenheit. Infolgedessen spricht ein Architekt lieber von dem, was er bauen wird, als von dem, was er gebaut hat. Das steht da, das ist fertig, und er ist auch mit ihm fertig. Es ist jedem zugänglich. Die vertrauten Gesichter, denen er auf jedem Gang über die Baustelle begegnete, sind verschwunden. Sie blicken jetzt auf andere Pläne, auf andere Baustellen. Jetzt trifft er auf Besucher, die das Haus auf diese oder jene Weise benutzen, oder auf Leute, die erzählen, wie sie bauen würden, wenn sie bauten. Er erlebt beglückt einige Wahrheiten, die durch das Wohlbefinden der Gäste des Hauses bestätigt werden, und er erlebt seine Irrtümer und die der Ausführung, in der Lage eines Dichters, der beim Abdruck seiner Werke vor allem die Druckfehler sieht.

Der Bericht über ein abgeschlossenes Projekt und einen verwirklichten Bau hat also sehr leicht etwas erläuternd-langweiliges oder memoirenhaftes. Ich will mich dennoch bemühen, einiges zu äußern, das unterhaltend genug ist, um anregend zu wirken.

Die Aufgabe lautete: Es ist ein Haus des Lehrers zu bauen. Dieses Haus soll der Erziehung und Bildung, der Entwicklung des sozialistischen Menschen dienen.

Der Würde der Aufgabe entspricht der Standort am Alexanderplatz. Es handelte sich also auch darum, für die künftige Gestaltung dieses städtebaulichen Raumes den entsprechenden Akzent zu setzen, wobei Stellung, Höhe und Breite des Hauses, das sich noch dreimal im Platzraum wiederholen sollte, vorgegeben waren.

Der geistigen Zielsetzung der Aufgabe, mit den Mitteln der Architektur die entsprechende Form, die entsprechende Bildhaftigkeit zu geben, das war zu leisten.

Aber ist denn das pädagogische Bildungsprinzip nicht mit dem künstlerischen Formprinzip eng verbunden? Strebt Erziehung nicht auch Form durch Bildung und die Architektur nicht auch Bildung durch Form an?

Nach dem alten Erfahrungssatz der künstlerischen Praxis, „erst finden, dann suchen“, ging es zuerst um das Auffinden des Leitmotivs,

dem das baukünstlerische Bemühen zu unterstellen ist. Dieses Leitmotiv ist bei diesem Entwurf der „produktive Widerspruch“ im Sinne der Dialektik. (Das gleiche läßt uns in Ruhe, der Widerspruch ist es, der produktiv macht.)

So wurden nach einer gründlichen Analyse des Programms die größeren Versammlungsräume von den übrigen getrennt. Dadurch entstand ein Hoch- und ein Flachkörper, deutlich in der Vertikalen und Horizontalen voneinander abgesetzt und doch in eine solche Korrespondenz zueinander gebracht, daß sie einander „benötigen“.

Der quadratische Flachbau enthält den kreisrunden Saal. Das Widerspiel von Kubus und Zylinder – am Abend übrigens durch die Anleuchtung des Ringkörpers unterstützt – wird erweitert durch den Gegensatz von geschlossenen und geöffneten Räumen.

Der völlig geschlossene, sozusagen introvertierte Saal entläßt seine Besucher nach dem Erlebnis eines Konzertes oder nach den Beratungen eines Kongresses zu den weit geöffneten gläsernen Foyers mit dem Blick auf den Alexanderplatz.

Zu der strengen und disziplinierten Rhythmik des Foyers setzen sich zwei eigenwillige Wendeltreppen in Widerspruch und erhöhen dadurch diese disziplinierte Strenge des Raumes.

Der Saal wird durch das sammelnde Kreisrund mit der überdeckenden Kuppel bestimmt. Aber doch müssen dieser großformatigen und gesammelten Form andere Formen entgegengesetzt werden, welche die beabsichtigte emotionale Wirkung des Raumes – heitere Festlichkeit – unterstützen und steigern.

Hierzu gab die Akustik Anregungen genug.

Die Zusammenarbeit zwischen Professor Reichardt und seinen Mitarbeitern vom Institut für Raumakustik der Technischen Universität Dresden und uns war von Anfang an sehr verständnisvoll.

Reichardt und ich einigten uns auf die dialektische These: „Man muß sehen, wie gut man hören kann.“ (Dabei entsinne ich mich, daß Adolf Loos seinerzeit gegen den Abriß der alten Wiener Philharmonie protestierte mit den Worten: „Diese Gemäuer haben so viele schöne Töne aufgesogen, daß man es ihnen ansieht.“)



1 | 2

Haus des Lehrers, Hochkörper und Saalkörper mit Verbindungsteil

So wurde der Saal in völliger Übereinstimmung mit den Bedingungen der Akustik geformt, wobei diese Bedingungen sichtbar, nachprüfbar und erlebbar gemacht wurden.

Diese Wissenschaft der flüchtigen und fließenden Wellen des Schalls benötigt eben Körperlichkeit, um diesen Wellen Richtung und Ziel zu geben. Wenn man will, also auch hier ein räumlich-körperliches Formprinzip. In der Zusammenarbeit zwischen Akustiker und Architekten kam es darauf an, diese Körperlichkeit über ihre physikalische Nützlichkeit hinaus zur Schönheit zu bilden, damit nicht nur der künstlerisch gestaltete Ton der Musik, sondern auch der künstlerisch gestaltete Raumkörper auf Herz und Gemüt wirken. So wurden also die benötigten Diffusoren an der Wand und an der Decke im Pryacrill-Ring, die Stellung und Form der saalabgrenzenden Innenwand nach diesen Prinzipien gestaltet. Selbst die Helmholtzschen Resonatoren reihen sich so, daß ihre Löcherung Form annimmt.

Dieses dialektische Einstimmen bezieht sich auch auf die Farbgebung. Keine Zwischentöne, keine Undeutlichkeiten, sondern klare Gegenstände. Weiß ist die Grundfarbe im Haus, dagegen stellen sich kräftige Farben.

Was für den Flachkörper gilt, gilt natürlich auch für den Hochkörper. Dieses Formprinzip bezieht sich auch auf das Verhältnis von drinnen und draußen, von Öffnung und Fläche. Kuppel und Bildfries sind in diesem Sinne notwendig geschlossene Flächen, abgesehen von ihrem Zweck, einen Saal zu überdecken oder der Klimatisierung eines Büchermagazins bessere Bedingungen zu schaffen.

Gerade der Bildfries hat im Sinne des „produktiven Widerspruchs“ sozusagen einen provokatorischen Charakter. Er soll beunruhigen, dem vorbeiehenden Schritt ein Halt zurufen, zum Nachdenken für weitere Schritte. Eine Funktion, die von der bildenden Kunst in Verbindung mit der Architektur oft ausgeübt wurde.

Wir können uns heute schwer vorstellen, wie provozierend die Karyatiden an den Tempeln Athens gewirkt haben müssen, die ja nichts anderes vorstellten als die Frauen des besiegten Karya.

Diese „Provokationen“ der Kunst und der Künstler gehen so durch die Jahrhunderte. Die einen fanden es schön, die anderen ganz besonders häßlich. Und dieser Widerspruch ist der Kunst immer gut bekommen, denn wehe ihr, wenn sie nur ästhetisch genossen wird.

Noch ein Wort zur baukünstlerischen Gesamthaltung:

Die ästhetische Selbstdarstellung des Technischen ist „vieux jeu“ und eigentlich mit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorüber. Was damals Ziel war – Beton, Stahl, Glas, Leichtmetall zu formen –, ist heute Mittel und Voraussetzung.

Ich glaube, daß die Stunde der geschmackvollen Verwendung interessanter Materialien als „Architektur“ vorbei ist.

Differenzierung des Ausdrucks, Vielfalt innerhalb einer einheitlichen Struktur (wie etwa des inzwischen entwickelten und sich immer mehr entwickelnden Baukastensystems) sind das Ziel. Die Einheit der architektonischen Haltung innerhalb vielfältiger Ausdrucksmittel entsteht zuerst aus der einheitlichen, weltanschaulich-philosophischen Grundhaltung. Aus ihr folgt allerdings dann der konsequente großräumige Einsatz industrieller Bauweisen.

Natürlich strebt auch die Baukunst Objektivierung an. Die künstlerische Objektivierung erhöht sich jedoch in dem Maße, wie sie individuell interpretiert wird.

Die Bevölkerung liebt besonders Bauten, die sozusagen „Gebäudepersönlichkeiten“ sind, die unverwechselbar und erinnerlich bleiben. Ebenso wenig wie jedoch eine Persönlichkeit ein „Original“ ist, ebenso wenig bedeutet individuelle künstlerische Darstellung des Objektiven Originalität oder Sensationslust. Das wäre eine unzulässige Versimpelung.

Besonders bei der Gestaltung der Zentren unserer Städte kommt es meines Erachtens darauf an, daß solche unverwechselbaren Städte- und Heimatbilder mit Hilfe modernster industrieller Methoden entstehen.

Wir Architekten müssen Riesenschritte tun, wenn wir nicht in der provinziell-mittelmäßigen Nachahmung steckbleiben wollen.



3

Blick auf den Alexanderplatz von Nordwesten

4

Modell des zur Ausführung bestimmten Entwurfs
für die Neugestaltung des Alexanderplatzes
Verfasser: Dipl.-Ing. Joachim Näther,
Chefarchitekt von Groß-Berlin
Kollektiv Dipl.-Arch. Peter Schweizer

4





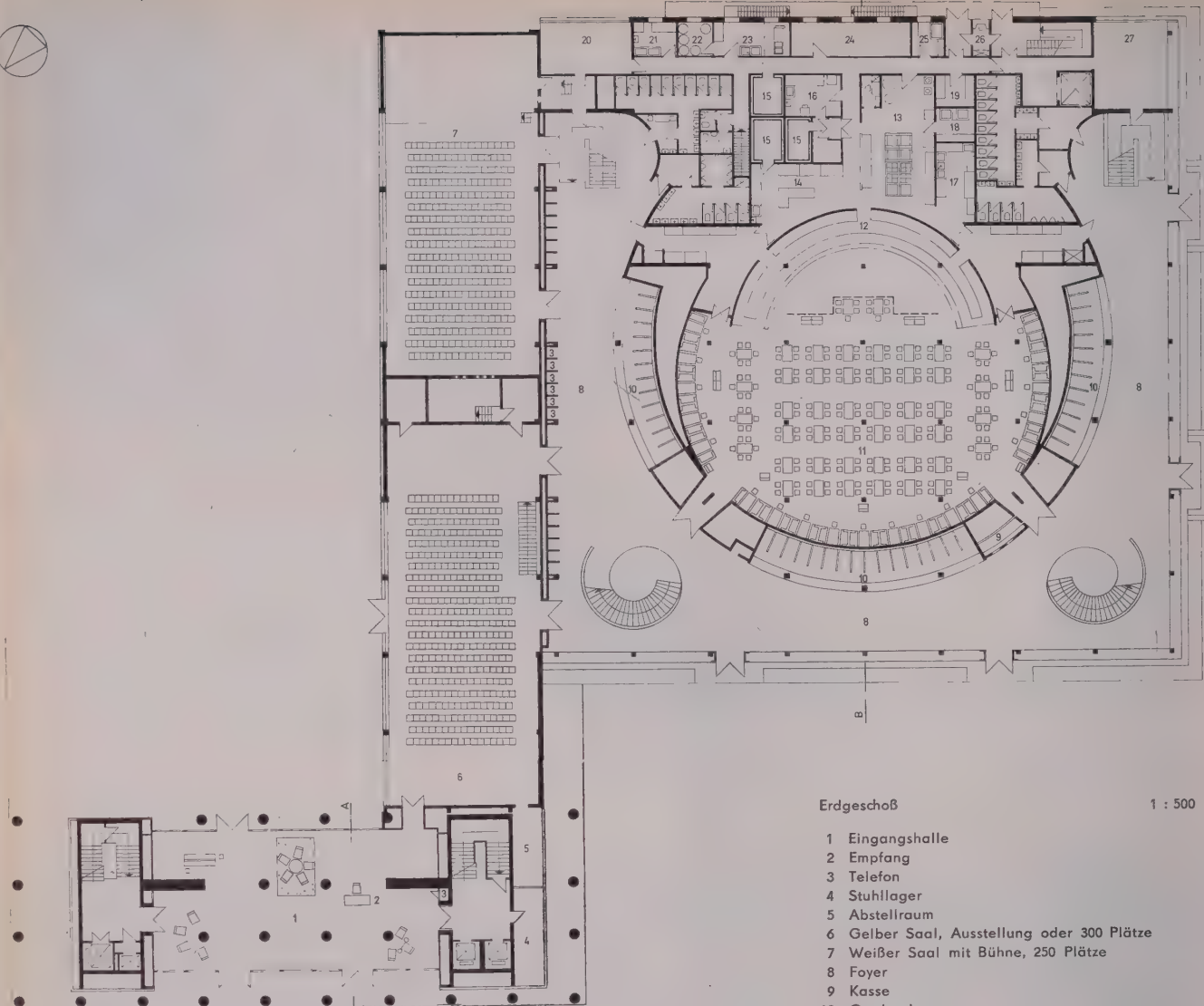
5

5
Das Haus des Lehrers vom Südwesten gesehen, im Vordergrund rechts die Alexanderstraße

6
Fassade des Hochkörpers. Vorhangwände aus Aluminium und Glasbrüstungen. Hinter dem Fries die Magazinräume der Bibliothek. Der Bildfries wurde nach einem Entwurf des Kollektivs Nationalpreisträger Walter Womacka aus Keramik, farbigem Glas und Aluminium gestaltet

6





Schnitt AA

Erdgeschoß

1 : 500

- 1 Eingangshalle
- 2 Empfang
- 3 Telefon
- 4 Stuhllager
- 5 Abstellraum
- 6 Gelber Saal, Ausstellung oder 300 Plätze
- 7 Weißer Saal mit Bühne, 250 Plätze
- 8 Foyer
- 9 Kasse
- 10 Garderoben
- 11 Imbißraum, 350 Plätze, Selbstbedienung
- 12 Büfett
- 13 Warme Küche
- 14 Kalte Küche
- 15 Kühlräume
- 16 Fleischzubereitung
- 17 Weißspüle
- 18 Schwarzwspüle
- 19 Nährmittel
- 20 Künstlertgarderoben
- 21 Fisch
- 22 Abfälle
- 23 Gemüseputzraum
- 24 Aufenthaltsraum
- 25 Unverbrauchte Speisen
- 26 Pfortner
- 27 Verwaltung

➤ + 57 730

➤ + 55 110

➤ + 50 400

➤ + 46 200

➤ + 14 400

➤ + 10 200

➤ + 6 000

➤ ± 000

➤ - 3 750



➤ + 24 250

Schnitt BB

➤ + 9 500

➤ + 4 500

➤ + 1 000

➤ - 3 780



50 000

11 000

15 500

5 050

4 100

5 050

15 500

12 400

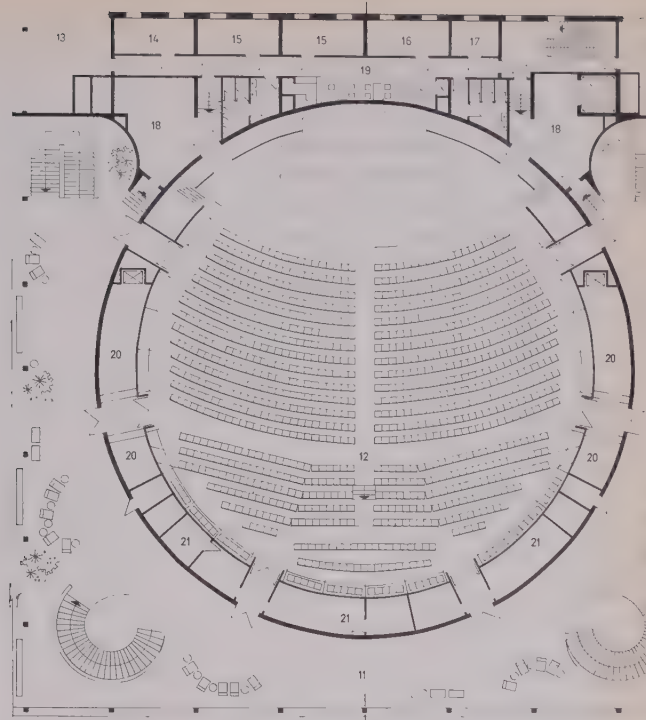
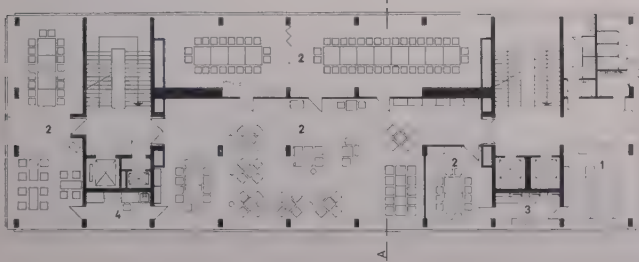
44 800

49 000

2. Obergeschoß



8. Obergeschoß



1. Obergeschoß 1 : 500

- 1 Garderobe
- 2 Café, 200 Plätze
- 3 Büfett
- 4 Theke
- 5 Bierlager
- 6 Büro
- 7 Spüle
- 8 Personalraum
- 9 Patisserie
- 10 Vorräte
- 11 Foyer
- 12 Saal, Konzertbestuhlung 1000 Plätze
- 13 Stimmzimmer für Streicher
- 14 Blechbläser
- 15 Stimmzimmer für Holzbläser
- 16 Orchesterinspektion
- 17 Garderobe
- 18 Vorraum
- 19 Flur
- 20 Räume für Küchenbetrieb
- 21 Technische Räume

2. Obergeschoß 1 : 500

- 1 Restaurant, 150 Plätze
- 2 Warme Küche
- 3 Spüle
- 4 Kalte Küche
- 5 Vorräte
- 6 Küchenchef
- 7 Vorbereitung
- 8 Vermittlung
- 9 Wählerraum

8. Obergeschoß 1 : 500

- 1 Garderobe
- 2 Klubräume
- 3 Schreibplätze
- 4 Nebenraum



7



8



9

7

Blick vom Alexanderplatz

8

Blick auf die Kuppel des Saalkörpers: Stahlbetonschale mit Aluminium-
eindeckung, leicht gefalzt, im Chemodine-Verfahren behandelt

■

Der Hochkörper mit einem Teil des Vorplatzes

10
Nebeneingang des Saalkörpers

11
Rückansicht des Gebäudes mit der Einfahrtsrampe für die Anlieferfahrzeuge und zu den Garagen

12
Fassade des Saalkörpers am Alexanderplatz. Führungsschiene der Jalousietten aus Aluminiumprofilen vor der Stahlwand mit Spiegelglas. Das Wasserbecken enthält das Kühlwasser. Die Stützen des Hochkörpers sind mit Aluminium verkleidet

13
Blick in den Hof hinter dem Hochkörper. Schieferbelag mit Pflanzbecken und einem Springbrunnen mit drei Kupferstelen, die einen kreisrunden Wassers Schleier spritzen

10

11





12

13



14

Detail der Saalwand. Die Löcher dienen der Lüftung

15

Konzert- und Beigestühl. Bezug: roter Plüsch mit weißer Biese. Bei Konzerten werden die Stühle ineinandergesteckt
Entwurf: Architekt Karl-Heinz Wendisch

16

Diffusoren aus Plexiglas und Beleuchtung der Innenkuppel. Die Diffusoren sind verstellbar und den akustischen Bedingungen entsprechend eingestellt. Die dunklen Kreise unter den Beleuchtungspunkten werden bei Fernsehaufnahmen eingeschaltet
Entwurf: Architekt Ernst Schwarz

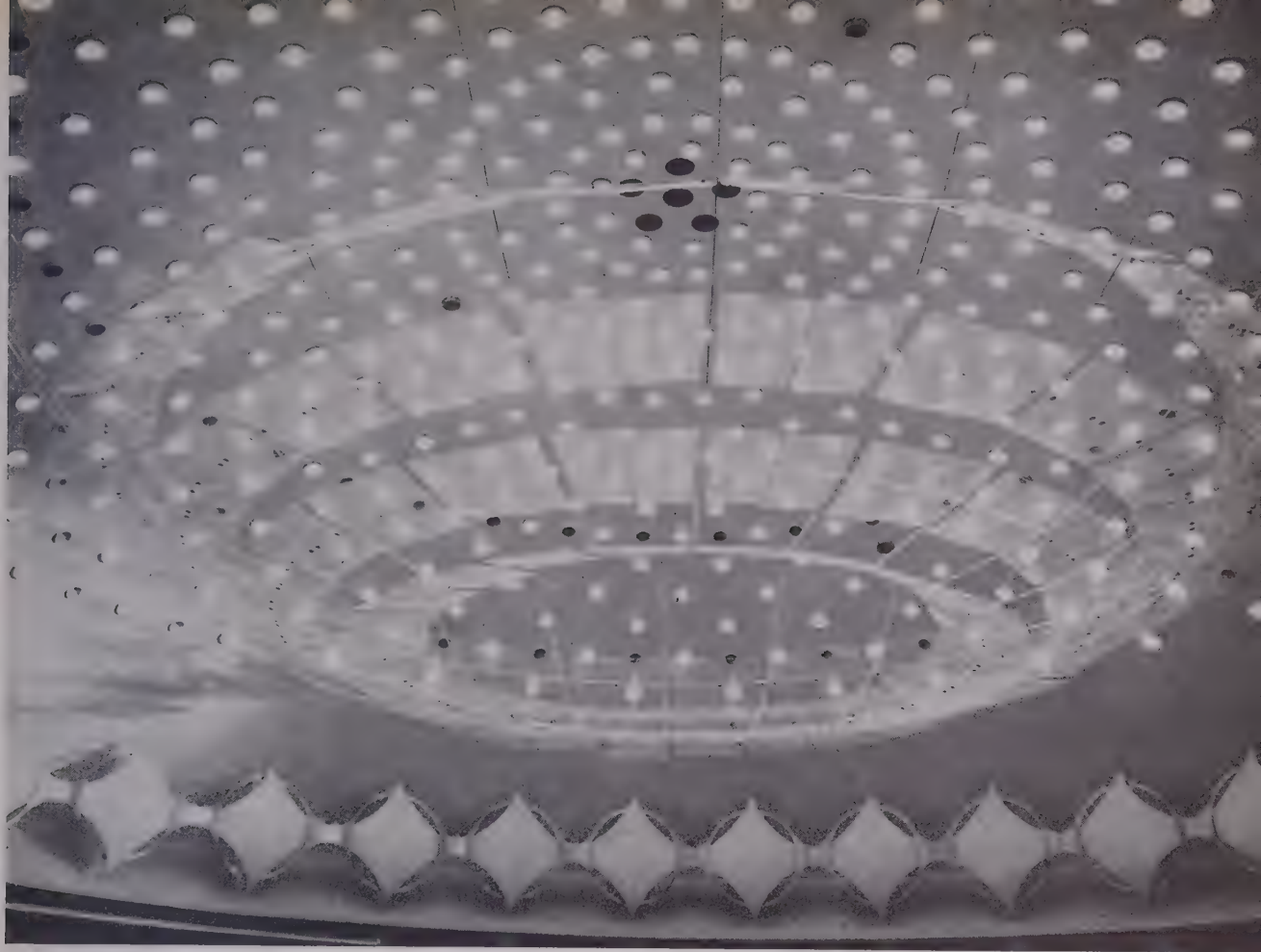
17

Blick in den Saal während eines Balles

14

15





16

17





18

18
Beleuchtung über der Wendeltreppe
Entwurf: Architekt Ernst Schwarz

19
Foyersessel: Leder und verchromtes Untergestell.
Die Foyersessel des Hochkörpers sind mit rotem
und weißem Leder und die des Flachkörpers mit
naturfarbenem Leder bezogen

20
Tische aus Kunststoff für das Foyer, weiß lackiert.
Da das Foyer im Obergeschoß für einen Ball
andere Stühle und Tische erhält, wurde ein beson-
ders leichter und handlicher Tisch benötigt

21
Wendeltreppe im Foyer. Die Telefonzellen im Hin-
tergrund, die mit Rücksicht auf die Benutzung des
Saales durch die Volkskammer nachträglich ein-
gebaut wurden, sind verspiegelt

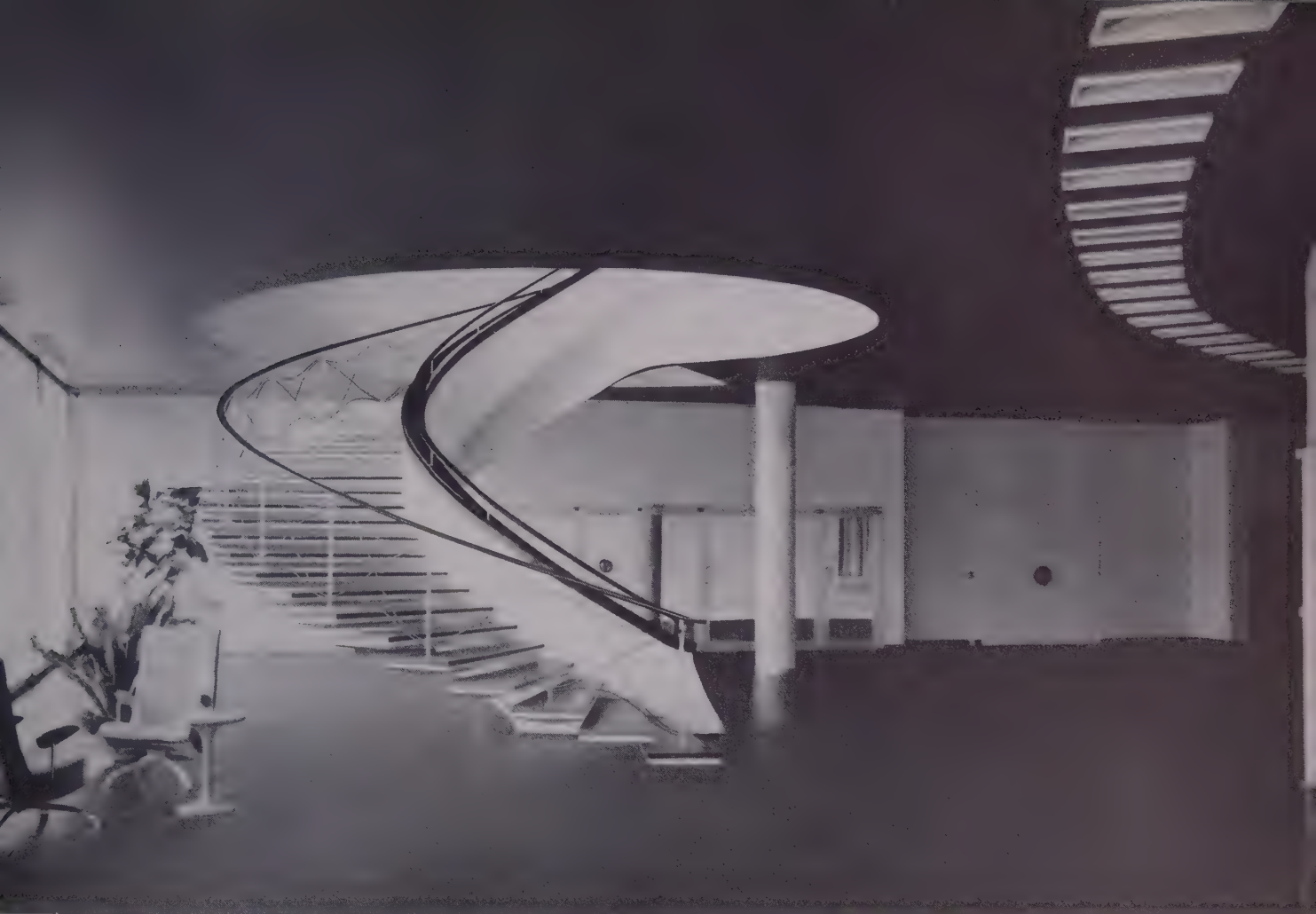
22
Wendeltreppe im Foyer des Flachkörpers. Handlauf
und Treppenstufen sind aus Mahagoni
Entwurf des Treppengeländers aus Eisenrohren:
Dipl.-Ing. Christine Förster
Fußboden des Foyers: geschliffene Schieferplatten



19



20



21



22



23

23

Café im ersten Obergeschoß des Hochkörpers. Die Wände sind zum Teil mit Fotos aus dem alten Berlin besetzt. Im Hintergrund ein Foto vom Alexanderplatz um die Jahrhundertwende. Die Blumentöpfe sind nachträglich von der Gaststättenleitung angebracht worden

24



24

Café im ersten Obergeschoß des Hochkörpers. Eisenstühle mit weißen Kunstledersitzen und Rückenlehnen, die mit roten Biesen besetzt sind. Die Tische haben ebenfalls eine rote Spretacartplatte. Die Decken im gesamten Hochkörper bestehen aus vorgefertigten Gipsplatten, die teilweise mit Löchern für die Lüftung versehen sind. Beleuchtungskörper mit roter Metallkante, Fußboden grauer Linoleum

Entwurf der Stühle: Architekt Karl-Heinz Wendisch



25



26

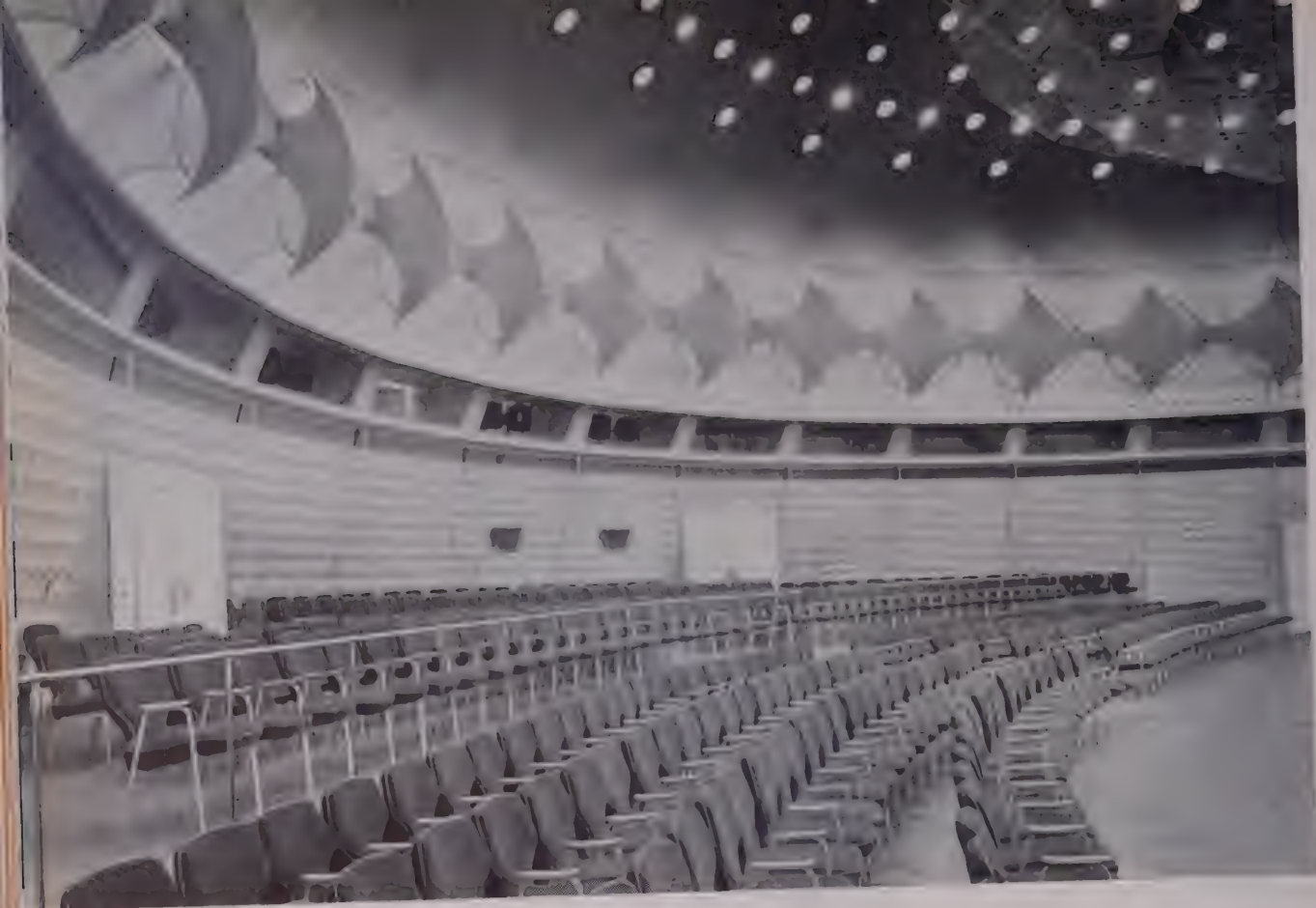


27

25
Blick in die Gaststätte im Hochkörper. Wände in rotbraun getönter Fichte. Die Aussteifungsscheiben sind mit stark blauweiß getönten Kacheln besetzt. Fußboden: runde Tonfliesen. Beleuchtung aus Kupfer mit Eisengestänge

26
Blick auf den Eingang zur Gaststätte. Die Aschenbecher sind eine Zutat der Gaststättenleitung
Entwurf der Beleuchtung: Dipl.-Ing. Jörg Streitparth

27
Detail der Fliesenwand in der Gaststätte
Entwurf: Werkstatt Bollenhagen, Velten



28

29



28

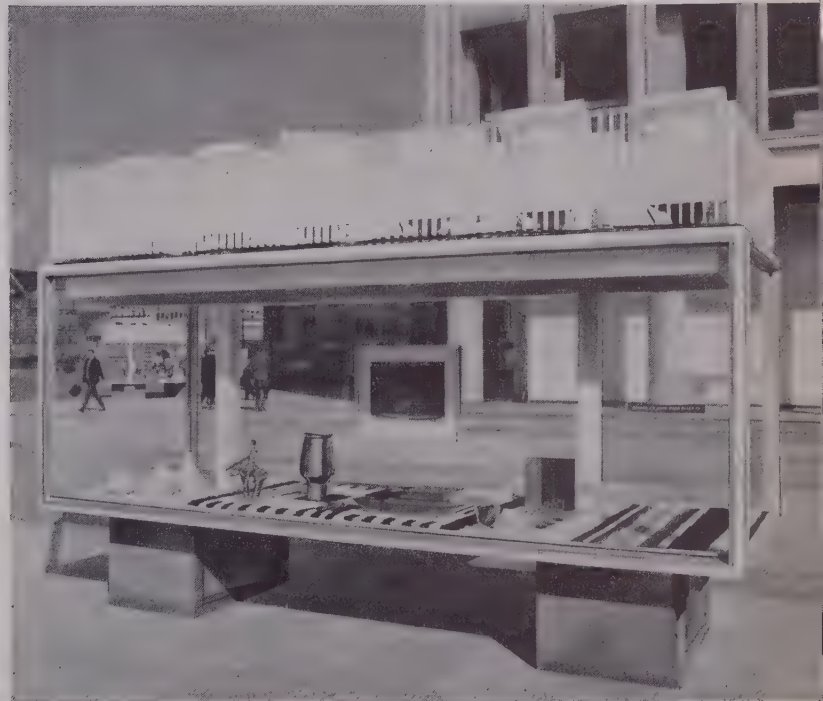
Saal — Innenraum im Flachkörper. Der Saal dient sowohl Kongressen wie Konzerten und auch Tanzfestlichkeiten. Der gesamte Innenraum bezieht die Anregung für die gestalterischen Details aus den Anforderungen der Akustik. Der Ring der Diffusoren ist aus Sandwich-Elementen mit Zwischengliedern aus Aluminium geformt. Die Saalinnenwand ist den Anforderungen der Akustik entsprechend geneigt. Vor ihr befinden sich Schotten aus Spiegelglas, um eine Echobildung zu verhindern. Im Ringgeschoß, dessen Fenster sichtbar sind, befinden sich die technischen Räume für Dolmetscheranlagen, Fernseh- und Rundfunkübertragung und Beleuchtung. Die Fenster dieser Räume sind normalerweise durch Gardinen geschlossen. Auch die beiden Öffnungen im Hintergrund der Saalwand sind nur bei besonderen Anlässen geöffnet. Der gesamte Saal ist weiß. Die Sesselbezüge sind rot. Die Ringe der Beleuchtungskörper, der Zwischenglieder der Diffusoren und die senkrechten Halterungen der Glaszwischenwände sind vergoldet



31

29

Blick in den Imbißraum des Erdgeschosses unter dem Saal mit dem halbrunden Selbstbedienungsbüfett im Hintergrund. Die Rückwand des Büfetts hat ein Mahagoni-Paneel. Der Fußboden ist mit rotem Linoleum belegt. Die Stühle haben Kunstlederbezug mit schwarzen Knöpfen



32

30



30

Fassadenlift auf dem Dach des Hochkörpers. Dieser Lift dient der Reinigung der Fassade

31

Detail des Bildfrieses

32

Vitrine im Freiraum vor dem Gebäude. Hinter dem Aufbau aus Kunststoff befinden sich Scheinwerfer zur Anleuchtung des Bildfrieses

33

Eingangstür zum Flachkörper: Mahagoni mit runden Öffnungen, die nach beiden Seiten mit Halbkugeln aus Plexiglas versehen sind

33





34

35



34

Zirkelraum im Hochkörper. Im Hintergrund sind die Jalousetten sichtbar

35

Besprechungsraum im Hochkörper

36

Blick in einen Klubraum. Die Klubräume sind grundsätzlich mit Typenmöbeln ausgestattet. Sessel mit stark farbigen Bezügen, die in den Etagen wechseln. Decken aus vorgefertigten Platten mit Röhrenbeleuchtung. Die im Hintergrund sichtbare Wand gehört zu den versetzbaren Zwischenwänden, die es erlauben, die Räume im gesamten Hochkörper den Bedürfnissen entsprechend zu verändern



37

37

Kleiner Vortragssaal für etwa 100 Besucher im Hochkörper. Decke aus Gipsplatten, in deren Zwischenräume die Beleuchtungskörper gesteckt sind. Die Lichtbildwand im Hintergrund kann geschlossen werden. Die Gardinen mit der Verdunklung schließen sich automatisch

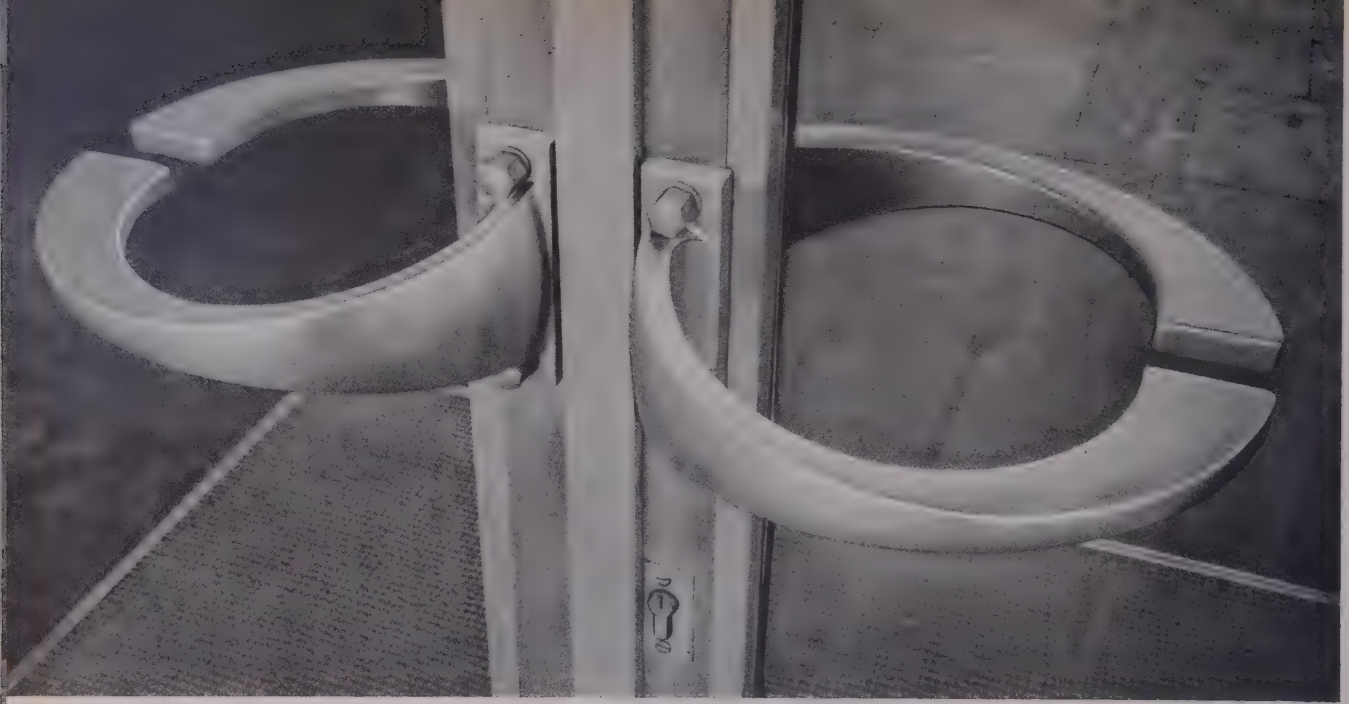


38

Zirkelräume im Hochkörper

38





39

39
Aluminiumgriff an der Tür zur Eingangshalle des Hochkörpers



40

40
Blick in die Eingangshalle des Hochkörpers mit einer Sitzgruppe

41
Blick in den Empfangsteil der Eingangshalle des Hochkörpers mit dem Tisch für die Hostess. Die Buchstaben an der rechten Wandscheibe sind magnetisch und auf Metallschienen befestigt, die im Wandton gestrichen sind



41

42
Blick auf die Seitenfassade des Hochkörpers. Dieses Foto gibt ungefähr den vom Architekten beabsichtigten Eindruck des Zusammenspiels von Hoch- und Flachkörpern wieder





Der Alexanderplatz in Berlin

Aus der Geschichte des „Alex“

Dipl.-phil. Horst Büttner



Der heute im Zentrum der Stadt liegende Alexanderplatz befand sich bis zum 18. Jahrhundert außerhalb der mittelalterlichen Stadtmauer. Er lag vor dem Georgentor, dessen Standort etwa der heutigen Kreuzung von Rathausstraße und S-Bahn entspricht. Den ersten Hinweis auf das damals inmitten von Sand und märkischer Heide liegende Areal gibt das im Jahre 1272 erwähnte Hospital für Aussätzige mit einer kleinen Kapelle. Dann allerdings begegnen uns für Jahrhunderte keine schriftlichen Zeugnisse über diese Gegend. Erst auf dem ältesten erhaltenen Berliner Stadtplan von J. G. Memhard (um 1650) finden wir das Georgentor und davor das unbebaute Gelände wieder. In östlicher Richtung führte hier eine alte wichtige Handels- und Heerstraße (die vom Stadtschloß kommend innerhalb der Stadt Georgenstraße hieß, seit 1701 Königsstraße, heute Rathausstraße) in verschiedene Richtungen. Sie verlief nördlich nach Bernau, Prenzlau und Havelberg, östlich über Landsberg nach Frankfurt (Oder) und nach Freienwalde. Um diese Zeit kam der gesamte Verkehr aus dem Norden und Nordosten durch das Georgentor, da durch die Neubefestigung Berlins (1658 bis 1685) unter Memhards Leitung das Alte Spandauer Tor verbaut worden war. Außerordentliche Bedeutung für den Verkehr besaß also das Georgentor von Anbeginn. Zu seiner Sicherung entstanden damals zwei Bollwerke.

In der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts entwickelten sich vor den Mauern der Stadt die ersten Vorstädte. Am Georgentor entstand um das Hospital herum die Georgenvorstadt, seit 1701 Königsvorstadt genannt. Sie umfaßte um 1680 schon 5 Schäfereien und 17 Meiereien. Auf dem freien Gelände vor dem Georgentor wurde seit dieser Zeit der Berliner Viehmarkt abgehalten, da durch eine Verordnung des Kurfürsten aus dem Jahre 1681 das Halten und Mästen von Schweinen in der Stadt sowie der Viehhandel auswärtiger Händler innerhalb des städtischen Weichbildes verboten worden war. Aus dem staubigen Platz vor dem Georgentor wurde somit „Der Ochsen-Platz“. Dieser erste Platzname wurde bis zum Jahre 1834 beibehalten, als er zu Ehren des russischen Zaren Alexander I. in Alexanderplatz umbenannt wurde.

Um 1700 hatte die Georgenvorstadt die Größe eines eigenen Pfarrbezirks erreicht. Die Georgenkapelle wuchs durch Umbauten 1693 und 1704 bis 1705 zu einer Pfarrkirche für die drei damaligen Berliner Vorstädte. Zu der königlichen Schäferei am Ochsenplatz gehörte auch die Gaststätte „Stelzenkrug“. Hier war für die Viehhändler der

Treffpunkt, um abgeschlossene Verkäufe zu feiern. Dieses Schankrecht erhielt Ende des 18. Jahrhunderts der Gasthof „Zum Hirsch“. Das im Jahre 1783 von Chr. Fr. Unger errichtete dreigeschossige Gebäude mit Lauben und mit Schafsköpfen als bauplastischen Schmuck (Privilegzeichen für den Viehhandel) bestimmte das Gesicht des Platzes mit, bis es bei der Umgestaltung um 1930 abgerissen wurde.

Im Verlauf des 18. Jahrhunderts entwickelte sich aus dem locker umbauten Freigelände vor dem Königstor eine unregelmäßig geformte Platzanlage. Durch mehrere bedeutende Bauten erhielt der Alexanderplatz seine architektonisch-städtebauliche Gestaltung. Da die mittelalterlichen Schanzen und Wälle keinen Verteidigungsaufgaben mehr dienten, wurden sie abgebrochen. Auch das Georgentor verschwand 1746. Dafür war schon im Jahre 1737 eine Zollmauer errichtet worden. Der alte Festungsgraben (Königsgraben) blieb jedoch bis in das 19. Jahrhundert erhalten. Über ihn führte eine Holzbrücke, die 1777 bis 1780 einem Neubau aus Sandstein mit anschließenden Kolonnaden weichen mußte (Abb. 1). Die Brückengelände und die Königskolonnaden, deren Entwurf von Gontard stammt, trugen reichen bildhauerischen Schmuck. Figürliche Gruppen, geschaffen von Berliner Bildhauern, symbolisierten Gewerbefleiß, Handel und Verkehr. Auf der Balustrade standen Kindergruppen mit Ballen, Fässern, Blumen und Fruchtkörben. Hinter den Kolonnaden befanden sich einige Läden. Die Anlage gehörte zu den schönsten überlieferten Werken der Berliner Barockbaukunst. Sie wurde im Jahre 1911 in den Kleistpark umgesetzt. Die älteste überlieferte Ansicht des umbauten Alexanderplatzes stammt aus dem Jahre 1779 (Abb. 2). Auf ihr sehen wir rechts im Vordergrund den schon erwähnten Viehmarkt, der dort bis in das 19. Jahrhundert abgehalten wurde. Der Blick führt nach Südwesten über den Platz zu den Königskolonnaden mit der Königsstraße. Die linke Platzbegrenzung bildet ein großes zweigeschossiges Manufakturengebäude der Gebrüder Hesse. Nach Abbruch der alten Befestigung hatte hier im Jahre 1740 ein Kaufmann eine Tuchfabrik gegründet. Noch andere Woll- und eine Seidenmanufaktur gab es damals in dieser Gegend. Die Tuchfabrikation spielte im preußischen Militärstaat für die Einkleidung des Riesenheeres eine wichtige Rolle. Im Jahre 1782 liefen in dem Manufakturengebäude am Alexanderplatz 407 Webstühle, mit denen 11 350 Stück Tuch im Werte von 152 100 Talern hergestellt wurden. Der Export von fast der Hälfte der Produktion war für den preußischen Staat

ein wichtiger Außenhandelsposten. Im Hintergrund der Platzansicht ragen das Dach des Lagerhauses in der Klosterstraße und der Turm der Nikolaikirche empor. Rechts neben dem Königsgraben steht das Wohnhaus mit der Werkstatt für den 1774 aus Paris berufenen Hofbildhauer Taessart, dessen berühmtester Schüler Gottfried Schadow war.

Andere wichtige Bauten aus dieser Zeit zeigt uns ein Stich nach einer Zeichnung von Catel (1806). Wir blicken auf den als Paradeplatz genutzten Alexanderplatz von der Memhardstraße Ecke Neue Königsstraße (Abb. 3). Die linke Seite wird vom Gasthof „Zum Hirsch“ begrenzt. Die Häuser in der Platzmitte gehörten zur Alexanderstraße (Nr. 44 bis 40). Am rechten Bildrand steht Berlins berühmtes Arbeitshaus (von der Bevölkerung „Ochsenkopf“ genannt). In diesem 1756 bis 1758 errichteten Gebäude hatte man Bettler, Bettlerkinder, Arme und Sieche untergebracht. Ein kritischer Bürger schrieb 1861 über dieses Arbeitshaus, das zugleich auch Strafanstalt und Armenhospital war, es sei „eine traurige Manifestation der zivilisierten Barbarei“. Diese Barbarei traf in gleichem Maße auch auf das an derselben Stelle später errichtete Berliner Polizeipräsidium zu, das im zweiten Weltkrieg zerstört wurde.

Kulturhistorische Bedeutung besaß das „Lessinghaus“ am Königsgraben, in dem Gotthold Ephraim Lessing im Jahre 1767 an seinem Lustspiel „Minna von Barnhelm“ schrieb.

Jahrzehntelang diente ein Teil des Alexanderplatzes als Exerzier- und Paradeplatz, denn in unmittelbarer Nähe und am Alexanderplatz befanden sich zwei Kasernenbauten (1784) und an der Memhardstraße eine weitere Kaserne, deren Trümmer erst 1963 beseitigt wurden.

Am Ende des 18. Jahrhunderts hatte die Bebauung des Alexanderplatzes einen gewissen Abschluß erreicht. Die Stadt Berlin war weit bis vor ihre ehemaligen Tore gewachsen, besonders nach der 1819 bis 1826 erfolgten Aufteilung des Berliner Ackerlandes. An den Ausfallstraßen des Alexanderplatzes entstanden Kaffee- und Biergärten und mit dem Friedrichshain der erste Volkspark der Stadt. In der Königsstraße hatte sich ein Zentrum des Textilhandels herausgebildet. Der Alexanderplatz war zu dieser Zeit nicht nur weiterhin wichtiger Verkehrsplatz und ein Handelszentrum, sondern entwickelte sich in den folgenden Jahren nach der Eröffnung des Königstädtischen Theaters auch zu einem Mittelpunkt des kulturellen Lebens.

1

Königsbrücke und Königskolonnaden um 1835 nach einem Aquarell von Enslen

2

Alexanderplatz (Der Ochsen-Platz) mit der Königsbrücke im Jahre 1779. Aquarellierte Zeichnung

3

Der Alexanderplatz im Jahre 1806. Stich nach einer Zeichnung von Catel

4

Alexanderplatz mit Königstädtischem Theater und Blick in die Königstraße um 1830. Nach einer Zeichnung von Calau

Seitdem im 16. Jahrhundert die Berliner Bürgerschaft ihre Freiheit an die Kurfürsten verloren hatte, war jede entscheidende Veränderung von dem Willen des Herrschers abhängig. Auch für die Errichtung eines bürgerlichen Theaters in der Hauptstadt mußte der Kaufmann Cerf vom König eine Konzession einholen. Eine Aktiengesellschaft von 400 Mitgliedern brachte die Baukosten in Höhe von 120 000 Talern auf. Man kaufte das Manufakturgebäude der Gebrüder Hesse und ließ es von 1823 bis 1824 nach Entwürfen des Baumeisters Ottmer umbauen (Abb. 4). Der Theaterraum selbst war ein Neubau mit einem Fassungsvermögen von etwa 1500 Personen. Dieses Königstädtische Theater erlebte in seiner rund drei Jahrzehnte dauernden Geschichte glanzvolle Spielzeiten mit so berühmten Schauspielern wie Ludwig Devrient und Henriette Sonntag.

Während der revolutionären Ereignisse von 1848 hatte dieses Theater eine besondere Rolle gespielt. Von einer Barrikade in der Neuen Königstraße und aus den Fenstern des Theaters leisteten Arbeiter und Studenten dem anrückenden Militär erbitterten Widerstand. Wie überliefert ist, konnten die Revolutionäre für ihre Verteidigung zusätzlich Karabiner verwenden, die wenige Tage zuvor im Theater für das Lustspiel „Mädchen in Uniform“ benutzt worden waren. Sie stammten aus den Beständen der königlichen Leibwache.

Nach der gescheiterten Revolution wurde das geistige Leben in Berlin durch die Reaktion unterdrückt. Im Jahre 1850 wurde das Königstädtische Theater geschlossen. Die Hoteliers Aschinger kauften das Theatergebäude und ließen es für ihre Zwecke umbauen. Diese Leute rafften sich in Berlin durch ihre skrupellosen Geschäfte einen Gastronomie-Konzern zusammen.

In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich der Alexanderplatz vom Zentrum des königstädtischen Lebens zu einem Platz mit gesamtstädtischen Funktionen. Mit dem Bau neuer Wohnbezirke waren auch in der weiteren Umgebung das letzte Ackerland sowie die Windmühlen auf dem Hügel an der Belforter Straße verschwunden. Das schnelle Wachstum der Stadt hatte für die Arbeiter eine ständige Vergrößerung der Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte gebracht. Der Bau billiger Verkehrsmittel war deshalb in Berlin zu einer dringenden Notwendigkeit geworden. Stadtmayer und Tore jedoch behinderten die Verkehrslösung, bis nach langen Verhandlungen mit den staatlichen Stellen im Jahre 1867 der Abriß der Hindernisse und darauf



2



3

4





5

Wochenmarkt auf dem Alexanderplatz um 1880

6

Der Alexanderplatz mit Blick in die Königstraße (Rathausstraße) im Jahre 1904

7

Die „Berolina“, ein Denkmal wilhelminischer Platzdekoration, links das Warenhaus Tietz

5



6

7



der Bau der Ring- und Stadtbahn begonnen werden konnte. Die heutige Führung der S-Bahn zwischen Jannowitzbrücke und Bahnhof Marx-Engels-Platz zeigt den ehemaligen Verlauf des zugeschütteten Festungsgrabens. Am Alexanderplatz wurden nach dem Abriß alter Gassen 1886 die Zentralmarkthalle und ein Bahnhof gebaut, von dem aus der gesamte Fernverkehr in östlicher Richtung abgefertigt wurde.

Das Markttreiben auf dem Platz schildert ein Bild aus dem Jahre 1880 (Abb. 5). In der folgenden Zeit bis zum ersten Weltkrieg wurden durch Straßenverbreiterungen Lücken in die Bausubstanz des 18. Jahrhunderts gerissen. Alte wertvolle Bauten mußten einer Neubaufut von historischem Stilgemisch weichen. Ein neues Gesicht erhielt dabei die Nordwestfront des Platzes bis zur Memhardstraße durch das in neobarocken Formen in den Jahren 1904 bis 1911 errichtete Warenhaus Hermann Tietz (Abb. 6 und 7).

In den Jahren bis 1930 war der „Alex“ Schauplatz vieler Klassenkämpfe, der Niederschlagung des Kapp-Putsches und großer Demonstrationen, in denen die Arbeiterklasse ihre Rechte vertrat.

Die baulichen Veränderungen am Alexanderplatz waren am Ende der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts am tiefgreifendsten. Das inzwischen zur Viermillionenstadt herangewachsene Berlin brauchte neue Verkehrslösungen. Der Platz wurde für das neue Netz der Untergrundbahn als zentraler Umsteigebahnhof bestimmt. Vor Beginn der umfangreichen Tiefbauarbeiten mußten verschiedene Grundstücke angekauft und Teile der Altbausubstanz beseitigt werden. Die Stadtverwaltung schrieb daher im Jahre 1928 einen Wettbewerb für die architektonische Neugestaltung des Alexanderplatzes aus. Die Entwürfe für die beiden Hochhäuser (heute HO-Warenhaus und Berolina-Haus) stammen von Peter Behrens. Bekannt geworden ist auch ein preisgekrönter Entwurf der Brüder Luckhardt und Anker.

Die Verwirklichung der Bauarbeiten zögerte sich durch die kapitalistische Boden- und Grundstücksspekulation bis in die Mitte der dreißiger Jahre hinaus. Über Nacht hatten Einzelspekulanten und Gesellschaften die zum Abriß bestimmten Altbauten erworben. Zwischen den Spekulanten und korrupten städtischen Beamten bestanden Kontakte; von denen jedoch die damalige bürgerliche Stadtverordnetenversammlung angeblich nichts wußte. Lediglich die KPD-Fraktion versuchte, dem Spekulantentum Einhalt zu gebieten; denn schätzungsweise flossen

Blick auf den im Umbau befindlichen Alexanderplatz in Richtung der heutigen Rathausstraße, 1934



10

Zerstörte Bauten am Alexanderplatz nach 1945. Links der S-Bahnhof, in der Mitte das Berolina-Hochhaus und rechts das ehemalige Warenhaus Tietz

8

rund 150 Millionen Mark aus Steuergeldern in die Taschen der Spekulanten. Zwei Beispiele sollen das verdeutlichen. Obwohl das Aschinger-Haus am Alexanderplatz nur einen Taxwert von 2,75 Millionen Mark besaß, mußte die Stadt dafür 13 Millionen Mark einschließlich Provision, Entschädigung und Schmiergelder aufwenden. Für ein anderes Gebäude (Alexanderstraße 71) mit einem Schätzwert von 1 Mill. Mark waren 7,5 Millionen Mark städtischer Gelder notwendig. Von dem bald darauf folgenden Skandal blieben jedoch die Nutznießer verschont.

Am Alexanderplatz wurden neue Geschäfts-, Büro- und Warenhäuser erbaut (Abb. 8 und 9). Auch der Bau der U-Bahn hatte 1929 begonnen. Im nahegelegenen Scheunenviertel wurden seit 1928 durch Sanierungsmaßnahmen neue Wohnblocks und als neues Theater des Berliner Ostens die „Volksbühne“ geschaffen. Der Alexanderplatz trug zu Recht die Bezeichnung „verkehrsreichster Platz Berlins“, denn eine Verkehrszählung im Jahre 1936 ergab, daß die Memhardstraße in Richtung Alexanderplatz zwischen 7 und 21 Uhr von 19 597 Fahrzeugen und in umgekehrter Richtung von 14 854 Wagen passiert wurde.

Rund ein Jahrzehnt später umsäumten diesen ehemals vom Großstadtleben erfüllten Platz trostlose Ruinen. Die Straßen waren von wenigen alten Autos und Straßenbahnen sowie von Scharen ärmlich gekleideter und hungernder Menschen belebt, die den furchtbaren Krieg überstanden hatten (Abb. 10). In den ersten Nachkriegsjahren erlangte der alte Alexanderplatz sogar eine neue, höchst seltsame „zentrale Funktion“: Er war ein Zentrum des Schwarzmarktes von Berlin.

Der größte Teil der Bauten des Alexanderplatzes war dem faschistischen Krieg zum Opfer gefallen und mußte abgeräumt werden. Durch die Wiederherstellung und den Ausbau der beiden Gebäude von Behrens, in denen heute unter anderem ein Warenhaus und der Rat des Stadtbezirks Mitte untergebracht sind, und der Anlagen des Verkehrs wurde der Alexanderplatz erneut zu einem pulsierenden Zentrum des städtischen Lebens. Nachdem sich in den vergangenen Jahren der Aufbau der Stadt auf andere Gebiete konzentrierte, wurde jetzt mit der Fertigstellung des Hauses des Lehrers der Auftakt für die völlige Neugestaltung dieses in der Geschichte unserer Stadt so bedeutenden Platzes gegeben. Der „Alex“, wie ihn die Berliner nennen, wird bald nicht nur der verkehrsreichste, sondern auch einer der schönsten Plätze unserer Hauptstadt sein.



9

10



Der Aufbau des Alexanderplatzes

Dipl.-Ing. Joachim Näther

Chefarchitekt von Groß-Berlin und
Leiter der Abteilung Städtebau und Architektur

Dipl.-Architekt Peter Schweizer

Unterabteilungsleiter Stadtzentrum

Dipl.-Ing. Erwin Schulz

Unterabteilung Verkehr

Der weitere Aufbau des Zentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, ist die wichtigste Aufgabe, die jetzt und in den nächsten Jahren vor dem Berliner Bauwesen steht. Das Stadtzentrum von Berlin ist ein zusammenhängendes und zentral gelegenes Stadtgebiet, in dem sich Anlagen und Einrichtungen der Politik und Kultur, der Wirtschaft und Verwaltung, der Versorgung und Erholung von zentraler, überörtlicher und örtlicher Bedeutung sowie komplexe Wohngebiete befinden. Im Unterschied zu dem fast ausschließlich kommerziellen Charakter der früheren Berliner City soll das sozialistische Stadtzentrum von Berlin der Mittelpunkt für das gesellschaftliche Leben der Bevölkerung sein, der zentrale Ort gesamtstädtischer, nationaler und internationaler Begegnungen.

In der strukturellen Gliederung wie in der städtebaulichen Komposition und architektonischen Gestaltung des Stadtzentrums kommt die neue sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR vorbildlich zum Ausdruck.

Mit dem Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED und des Präsidiums des Ministerrates der DDR vom 28. 9. 1964 erfährt der weitere Aufbau des Stadtzentrums von Berlin insbesondere in seinem Kerngebiet entscheidende Impulse. Die städtebauliche Gestaltung von der Straße Unter den Linden über den Marx-Engels-Platz bis zum Alexanderplatz findet in diesem Beschluß eindeutige Festlegungen für die Durchführung der Baumaßnahmen bis zum Jahre 1970. Damit wird die Verbindung des neuen Wohngebietes in der Karl-Marx-Allee über den Alexanderplatz, die Rathausstraße und Liebknechtstraße mit dem Marx-Engels-Platz und der Straße Unter den Linden bis zum Brandenburger Tor hergestellt. In dieser zentralen Achse bildet der Marx-Engels-Platz mit dem Gebäude für die Volkskammer und den Ministerrat, dem Neubau des Staatsratsgebäudes, einem Kongreßsaal, dem Denkmal für Marx und Engels und dem Gebäude des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten den politischen Höhepunkt. Zwischen dem Marx-Engels-Platz und dem Alexanderplatz sowie der Liebknechtstraße und der Rathausstraße entsteht, flankiert von repräsentativen Gebäuden, ein großzügiger städtebaulicher Raum, auf dessen Areal sich weithin sichtbar der Berliner Fernsehturm als Höhendominante erheben wird.

Der Alexanderplatz, der sich in östlicher Richtung diesem Gebiet anschließt, wird als ein Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens und des Handels entwickelt. Nach Abschluß der Bauarbeiten in der Straße Unter den Linden, die zügig und konzentriert im wesentlichen bis 1965 fertiggestellt werden soll, wird sich der Bauschwerpunkt auf den Alexanderplatz verlagern.

An der Ausarbeitung von Entwürfen für die Gestaltung des Alexanderplatzes waren im Sommer diesen Jahres Kollektive der Deutschen Bauakademie, der Technischen Universität Dresden, des VEB Berlin-Projekt und des Magistrats von Groß-Berlin tätig (siehe S. 748 und 749).

Bevor jedoch die gestalterischen Überlegungen für eine Neuplanung des Alexanderplatzes beginnen konnten, mußte zunächst die Lösung der Verkehrsprobleme vorangehen.

Der Alexanderplatz ist der wichtigste Verkehrsknotenpunkt der Hauptstadt der DDR sowohl im Straßennetz als auch im System des öffentlichen Personennahverkehrs.

Die seit 1960 auf dem Straßennetz durchgeführten Trendzählungen sowie die Ergebnisse von umfangreichen Verkehrsstromuntersuchungen lassen eine ständig zunehmende Konzentration des Straßenverkehrs in diesem Gebiet erkennen. So hat der Knotenpunkt Alex-

anderplatz in allen drei Spitzenstunden heute eine fast gleichhohe Belegung von rund 3500 PKW-Einheiten/h. Auch die beiden benachbarten Knotenpunkte Memhardstraße–Liebknechtstraße sowie Alexanderstraße–Holzmarktstraße weisen noch erhebliche Belegungen auf – rund 1800 PKW-Einheiten/h beziehungsweise 2000 PKW-Einheiten/h. Mehr als 60 Prozent des gesamten Ziel- und Quellverkehrs des Zentrums belegen das Verkehrsgebiet Alexanderplatz, über dessen wichtigste Zufahrtsstraßen der Hauptteil des innerstädtischen Verkehrs abgewickelt wird.

33 Linien des öffentlichen Personennahverkehrs mit einem Platzangebot von rund 60 000 Plätzen je Spitzenstunde und Flutrichtung kennzeichnen den Bereich Alexanderplatz als bedeutendsten innerstädtischen Umschlagplatz für den Berufsverkehr. Obgleich die Schnellbahnen rund drei Viertel des Gesamtvolumens übernehmen, überqueren zur Zeit in der Spitzenstunde noch 143 Straßenbahnzüge den Alexanderplatz.

Nicht nur wegen der Struktur der Bebauung, sondern auch wegen der ungünstigen Gestaltung der Verkehrsnetze ist der Alexanderplatz darüber hinaus Schwerpunkt des innerstädtischen Fußgängerverkehrs. Durch seine Intensität wird diese Verkehrsart zu einem mitbestimmenden Faktor für den weiteren Ausbau der Verkehrsanlagen. Allein der U- und S-Bahnhof Alexanderplatz hat in der Spitzenstunde einen Fahrgastabgang von 10 000 Personen. Bis zu 7000 Fußgänger überqueren in jeder Stunde eines normalen Werk-tages die Rathausstraße in der Nähe der Dirksenstraße.

Durch die schnelle Zunahme der Motorisierung in Berlin, allein in den letzten drei Jahren um nahezu 50 Prozent, wird die Unterbringung des ruhenden Verkehrs im Bereich Alexanderplatz immer problematischer. Der Umfang des Parkraumbedarfs erreicht bei der gegenwärtig noch relativ lockeren Bebauung bereits einen Wert von 600 Stellplätzen, so daß die vorhandenen Anlagen nahezu ausgelastet sind. Nicht ohne Einfluß ist hierbei die Tatsache, daß nur 60 Prozent der im Raum Alexanderplatz parkenden Fahrzeuge in Berlin beheimatet sind und der Einkaufs- sowie Geschäftsverkehr bereits heute einen Anteil von 55 Prozent ausmacht.

Auf Grund dieser Situation liegt der Auslastungsgrad der Knotenpunkte heute bereits bei 90 bis 100 Prozent, die freien Strecken der Straßenzufahrten sind über 75 Prozent, zum Teil bis zu 90 Prozent ausgelastet. Das gleiche gilt auch für die Anlagen des öffentlichen Nahverkehrs. Auf dem Zentrumsabschnitt der U-Bahn wird eine Auslastung bis zu 119 Prozent erreicht.

Der heutige Zustand der Verkehrsanlagen spiegelt sich deutlich in der großen Anzahl von Unfällen wider. Mit 330 Unfällen in den letzten zwei Jahren ist dieses Verkehrsgebiet zum größten Unfallschwerpunkt der Hauptstadt geworden.

Unter diesen Bedingungen ist ein wirtschaftlicher und sicherer Verkehrsablauf auf dem vorhandenen Verkehrssystem nicht mehr gewährleistet.

Die Hauptursachen dieser Situation sind in der mangelhaften Struktur der Verkehrsnetze zu suchen. Im Raum Alexanderplatz stößt das Radial-Ringsystem der nördlichen, östlichen und südlichen Stadtbezirke auf das unregelmäßige enge Straßennetz des mittelalterlichen Stadtkerns.

Fünf radiale Hauptverkehrsstraßen münden in diesen Raum ein. Ihre Anbindungen an das Straßennetz des Stadtzentrums sind regellos und unübersichtlich geblieben. Für die Weiterleitung der Verkehrsströme in den Zentrums-kern stehen nur zwei Hauptverkehrsstraßen, nämlich die Rathausstraße und die Liebknechtstraße, zur Verfügung.



1

Silhouette des Alexanderplatzes von der Liebknechtstraße, rechts der S-Bahnhof Alexanderplatz

Eine ähnliche Struktur weist das Netz der Nahverkehrsmittel auf, das, den Hauptnetzstraßen folgend, ebenfalls radial auf den Alexanderplatz ausgerichtet ist und von dort aus mit nur wenigen Linien das Stadtzentrum erschließt.

Diese Disproportionen lassen sich nur durch eine tiefgreifende Neuorientierung des Straßennetzes und der Anlagen des öffentlichen Nahverkehrs beseitigen. Die Maßnahmen können nur dann erfolgreich durchgesetzt werden, wenn sie sich nicht allein auf den begrenzten Bereich des Alexanderplatzes beschränken, sondern in Übereinstimmung mit der Neugestaltung des Verkehrssystems in der gesamten Stadtregion stehen.

Das geplante Straßenhauptnetz im Stadtzentrum hat in seiner Gestaltung die städtebauliche Gesamtkonzeption zu unterstützen und die schnelle, sichere Abwicklung des direkten Ziel- und Quellverkehrs zu sichern. Der aus dem Norden, Osten und Süden in das Stadtzentrum einstrahlende Verkehr wird über sechs leistungsfähige Verkehrsstraßen dem Kerngebiet zugeführt: Holzmarktstraße, Karl-Marx-Allee, Leninallee, Greifswalder Straße, Prenzlauer Allee, Schönhauser Allee. Diese Verkehrsströme werden im Zentrum durch ein Rastersystem von Verkehrsstraßen aufgenommen. Die Netzgestaltung strebt jedoch eine großräumige Entlastung des Bereiches Alexanderplatz an.

Der das Zentrumsgebiet umschließende Straßenzug – Wilhelm-Pieck-Straße, nördliche und südliche Anbindung des Strausberger Platzes – soll ein Teil der radial gerichteten Verkehrsströme auffangen und verteilen. Durch die Leninallee in ihrer neuen Lage sowie durch die direkte Anbindung der Holzmarktstraße an die Straßauer Straße werden künftig starke Verkehrsströme den Alexanderplatz tangieren.

Die vorgeschlagene Neuordnung des Straßensystems im engeren Bereich des Alexanderplatzes sieht eine zügige Verbindung zwischen der Karl-Marx-Allee und der Straße Unter den Linden in einer Ebene vor. Für die Nordostradialen – F 109 (Prenzlauer Allee) sowie F 2 (Greifswalder Straße) – werden neue Straßendurchbrüche geschaffen. Die geplante Straßenverbindung Greifswalder Straße, Neue Königstraße, Grunerstraße, Molkenmarkt, Spittelmarkt hat weiterhin die Aufgabe, die Hauptverkehrsströme um den Zentrums-kern herumzuführen. In der Perspektive ist vorgesehen, daß auch im Norden die Hauptverkehrsströme durch Verlängerung des Straßenzuges Neue Memhardstraße, Münzstraße über Hackeschen Markt bis zur Friedrichstraße den Kern des Zentrumgebietes umgehen.

Der entscheidende Vorteil dieser Lösung ergibt sich für den Bereich beiderseits des Straßenzuges Rathausstraße, Französische Straße, der, vom intensiven Verkehr befreit, Raum für die Schaffung großer zusammenhängender Fußgängerbereiche bietet. Die gleichen Möglichkeiten ergeben sich nach Fertigstellung der nördlichen Tangente für den Raum beiderseits der Straße Unter den Linden und der Liebknechtstraße.

Nach dieser Gesamtlösung wird das Kerngebiet des Stadtzentrums im Norden und im Süden durch leistungsfähige Hauptverkehrsstraßen umgangen, das somit dem Ziel- und Quellverkehr vorbehalten bleibt.

Für die Umgestaltung des Knotenpunktes Alexanderplatz selbst waren folgende Bedingungen zu berücksichtigen:

■ Eine wesentliche Kapazitätssteigerung für den Kraft- und öffentlichen Nahverkehr durch einen großzügigen Umbau des vorhandenen fünfarmigen Knotenpunktes ist nicht möglich.

■ Der Alexanderplatz ist zu einer vierarmig ausgeweiteten Kreuzung mit großem inneren Stauraum und Lichtsignalsteuerung umzugestalten.

■ Trotz der Entlastungsmaßnahmen wird auf Grund der künftig zu erwartenden hohen Belegung – 1975 bereits 6750 PKW-Einheiten/h – der Bau einer zweiten Ebene für den Kraftverkehr sowie für den Fußgängerverkehr erforderlich.

■ Die Prognosebelegung gestattet es auch nicht mehr, in der Perspektive den Straßenbahnverkehr oberirdisch durch den Raum Alexanderplatz zu führen.

■ Die vollständige Herausnahme der Straßenbahn aus diesem Bereich setzt den Bau einer neuen U-Bahnlinie voraus.

Durch die Schaffung eines Systems von vierarmigen, lichtsignal-gesteuerten Knotenpunkten mit unterirdischen Fußgängerverteileranlagen sowie durch die Trassierung eines Straßentunnels im Zuge der Neuen Königstraße–Grunerstraße wird den Forderungen entsprochen. Der geplante Straßentunnel entlastet die Niveauebene 1985 um mehr als 1600 PKW-Einheiten/h. Eine günstigere unterirdische Ebene für den Kraftverkehr würde infolge der dichten Belegung des unterirdischen Raumes durch U-Bahntrassen und Hauptversorgungsleitungen nur bei einem generellen, ökonomisch nicht vertretbaren Umbau dieser Anlagen möglich sein und muß deshalb als unrentabel betrachtet werden.

Die unmittelbar mit diesen Maßnahmen verbundene Rekonstruktion des Nahverkehrsnetzes setzt eine schrittweise Herausnahme des schienengebundenen Oberflächenverkehrs aus dem Stadtzentrum voraus. Daraus folgt die Bildung eines neuen Liniennetzes für den Straßenbahnverkehr. Die gegenwärtig in Ost-West-Richtung den Alexanderplatz überquerenden Linien erhalten eine neue Trasse im Zuge der Wilhelm-Pieck-Straße mit Einmündung in die Alte Schönhauser Straße und Brunnenstraße und über die Leninallee in die Andreasstraße. Die aus der Prenzlauer Allee kommenden Linien werden am Prenzlauer Tor über die Wilhelm-Pieck-Straße und Alte Schönhauser Straße zum Hackeschen Markt oder zum Oranienburger Tor geleitet. Lediglich die Straßenbahnlinie 74 kann vorerst nicht verlegt oder durch andere Verkehrsmittel ersetzt werden und muß daher noch vorübergehend über den Alexanderplatz geführt werden. Sie versorgt ein Gebiet, das vorläufig von keinerlei leistungsfähigen Massenverkehrsmitteln erschlossen wird. Durch die Umgestaltung des Straßenbahnverkehrs entstehen neue Verkehrsbeziehungen, die den Einsatz von zusätzlichen Omnibuslinien und eine maximale Erhöhung der Kapazität auf den vorhandenen Schnellbahnen bedingen. Da der Beförderungsbedarf im öffentlichen Nahverkehr mit dem Fortschreiten der Baumaßnahmen im Stadtzentrum um etwa 40 Prozent ansteigen wird, soll nach 1970 entsprechend der Perspektive des Berliner Nahverkehrsnetzes der weitere Ausbau des U-Bahnnetzes erfolgen.

Die Konzentration an verkehrsintensiven Einrichtungen bedingt gleichfalls die Ausweisung erheblicher Kapazitäten für den ruhenden Verkehr. Der Parkbedarf dieses Komplexes erfordert den Bau von mehrgeschossigen Anlagen mit einer Gesamtkapazität von mindestens 1200 Stellplätzen sowie von ebenerdigen Parkmöglichkeiten mit rund 1700 Stellplätzen.

Nach Abschluß der Verkehrsuntersuchungen wurde die dargestellte Konzeption für die Arbeit der Kollektive an der städtebau-künstlerischen Lösung zugrunde gelegt.



3

Blick auf das Modell des Zentrums von Westen, im Vordergrund die Humboldt-Universität



4

Das Zentrum von Osten gesehen, im Vordergrund die Karl-Marx-Allee



2

Modell der Gesamtbebauung für das Kerngebiet des Stadtzentrums von Berlin, wie sie durch das Politbüro des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und das Präsidium des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend der Vorlage des Magistrats von Groß-Berlin und der Deutschen Bauakademie am 28. September 1964 bestätigt wurde

Entsprechend der Aufgabenstellung für das gesamte Stadtzentrum wurde das Programm für den Aufbau des Alexanderplatzes entwickelt:

- Einkaufszentrum mit komplexem Warenangebot für den überörtlichen Bedarf mit 13 000 m² Verkaufsfläche einschließlich sämtlicher Sozial- und Lagerräume
- Hotel mit 1200 Betten und einem Gaststättenkomplex mit rund 2000 Plätzen, unterteilt in: Hotelrestaurant, Selbstbedienungsgaststätte, Dachgartenrestaurant, Tanzgaststätte mit Bar, Espresso und Milchbar
- Büro- und Verwaltungsbauten mit insgesamt 75 000 m² Hauptfunktionsfläche sowie einer Betriebsgaststätte mit 1200 Plätzen
- Zwei Parkgaragen mit je 600 Stellplätzen

Der für den Aufbau des Alexanderplatzes aus insgesamt sechs Vorschlägen ausgewählte und beschlossene städtebauliche Entwurf soll nun im Rahmen dieser Veröffentlichung vorgestellt werden.

Durch die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Sicherheit in der Verkehrsabwicklung entsteht eine Vergrößerung des früheren Alexanderplatzes um das Drei- bis Vierfache. Die in den Platz einmündenden Hauptverkehrsstraßen haben an den Knotenpunkten Profile von 50 bis 60 m Breite. Unter diesen Bedingungen muß die beabsichtigte städtebau-künstlerische Komposition bemüht sein, vor allem den räumlichen Zusammenhang des Platzgefüges sicherzustellen. Diese Bemühungen werden jedoch sehr erschwert durch den vorhandenen Stadtgrundriß, der aus ökonomischen Gründen nur bedingt eine Korrektur erfahren kann und desgleichen durch die vorhandene Bausubstanz, die, wie sich am Beispiel der Bürobauten von Peter Behrens – Berolina- und Alexanderhaus – zeigt, sehr prononciert Bezug auf die frühere Komposition des wesentlich kleineren Alexanderplatzes nimmt.

Eine andere, in ihrer Bedeutung für die städtebau-künstlerische Gestaltung nicht minder ausschlaggebende Problematik besteht darin, daß die zentrale Achse im Bereich des Alexanderplatzes ihren Drehpunkt besitzt, wo die in Ost-West-Richtung verlaufende Karl-Marx-Allee sich mit dem Straßenzug Liebknechtstraße–Unter den Linden verbindet, der in diesem Bereich in Süd-West-Richtung verläuft. Es ist also notwendig, dieses Abknicken mit Hilfe der städtebau-künstlerischen Komposition in einer Form zu gestalten, daß die zügige Führung der zentralen Achse auch visuell erlebt werden kann.

Für die strukturelle Gliederung des gesamten Platzraumes und damit auch für die Gestaltung des Grundrisses sowie des Massenaufbaus ist ferner die Lage des S-Bahnhofes Alexanderplatz und seine Bedeutung für die Verkehrserschließung des Stadtzentrums entscheidend. Das Straßennetz führt durch die für große Verkehrsströme berechneten Profilbreiten besonders in Ost-West-Richtung, im Zuge der Karl-Marx-Allee bis zur Kreuzung mit der Liebknechtstraße, zu einer spürbaren Zäsur des längs gerichteten Platzraumes. Dieser Umstand wurde bei der endgültigen Trassierung insofern berücksichtigt, als bei der hierdurch hervorgerufenen Unterteilung der Platzfläche dem S-Bahnhof die weitaus größere Fläche zugeordnet wird. Da sich in diesem Raum auf der Westseite des Platzes auch die Zugänge zu den U-Bahnhöfen befinden, ergeben sich im Einflußbereich des Bahnhofes optimale Voraussetzungen für die

Lokalisierung der gesellschaftlich wirksamsten Bauten wie dem Warenhaus, dem Hotel und dem Gaststättenkomplex.

Diese Bauten gruppieren sich im Anschluß an den S-Bahnhof Alexanderplatz unmittelbar an den Strom der Fußgänger von und zu den Massenverkehrsmitteln. Die Nordseite ist ausschließlich den Büro- und Verwaltungsbauten vorbehalten.

Damit bildet die vorgesehene städtebauliche Ordnung mit der funktionellen Struktur eine Einheit, weil sich die für die Masse der Bevölkerung wichtigen und anziehenden Bauten des Handels und der Gastronomie auf der Westseite des Platzes in unmittelbarer Nähe des S-Bahnhofes und der Zugänge zu den U-Bahnhöfen befinden, während die Bürobauten auf der Nordseite über genügend Hinterland für Erschließungszwecke sowie für Parkmöglichkeiten verfügen.

Diese räumliche Ordnung verbindet sich gleichzeitig sehr harmonisch mit den Absichten der städtebau-künstlerischen Gesamtkomposition, weil die in ihrer Gestaltung sehr lebendige und kontrastreiche Gruppe Warenhaus, Hotel, Gaststättenkomplex in den Blickpunkt der Karl-Marx-Allee rückt, überragt von dem über 100 m hohen Bettenturm des Hotels, der sowohl in die Karl-Marx-Allee als auch in den westlich anschließenden Teil des Stadtzentrums weit hineinwirkt.

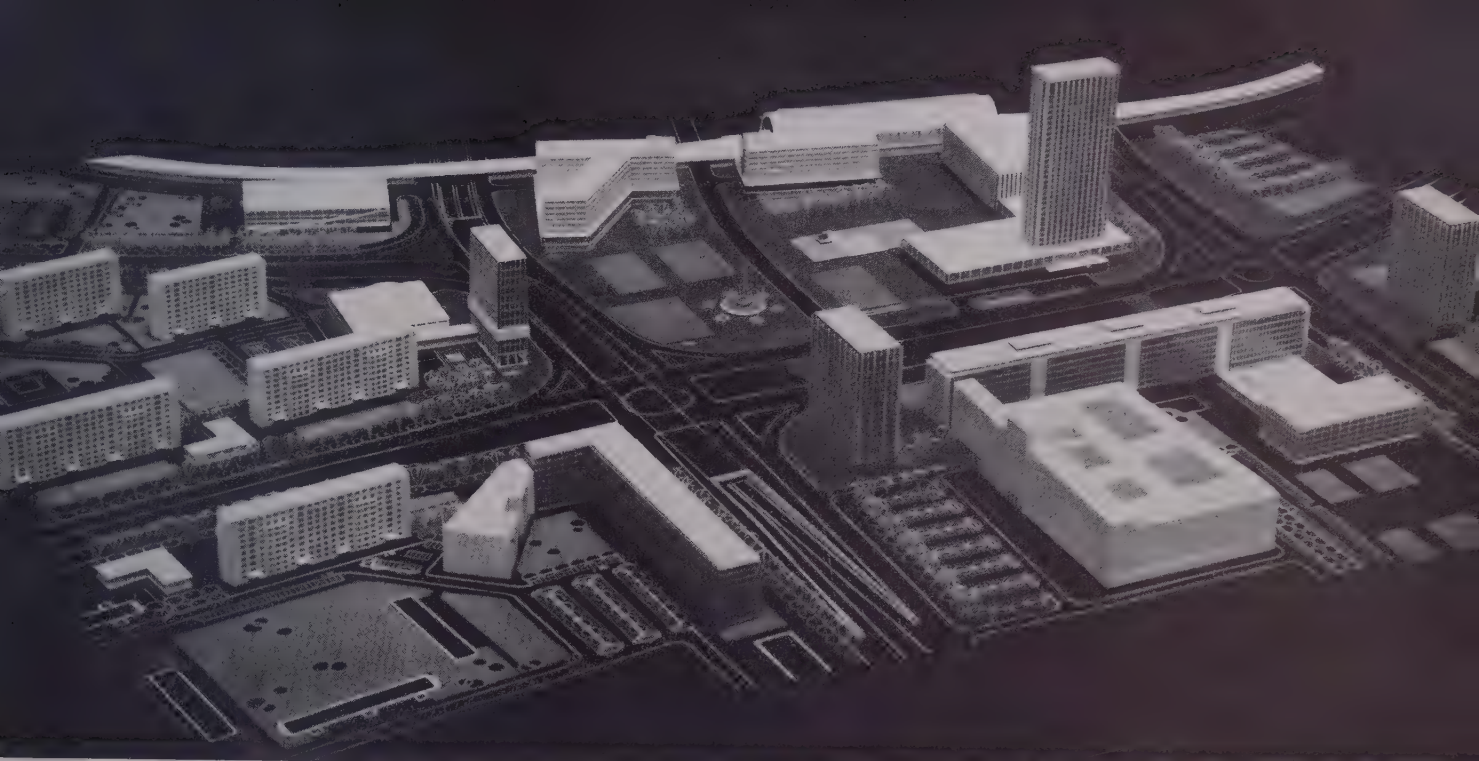
Diesem, in seinem Ausdruck sehr spannungsreichen und dynamisch wirkenden Ensemble gegenüber steht die mehr statisch gestaltete Nordseite mit einem Bürobau von über 200 m Länge, der dem gesamten Platzgefüge mit seinen durch sechs breite Verkehrsstraßen aufgerissenen Fronten den Zusammenhalt bewahrt.

Zwei weitere vertikal gestaltete Bürohochhäuser auf der Nordseite des Platzes bilden, abgestimmt auf den Baukörper des Hauses des Lehrers, mit diesem einen Dreiklang. Sie dienen gleichzeitig der Steigerung der Höhendominante und unterstützen die optisch räumliche Einführung der Karl-Marx-Allee in den Straßenzug Liebknechtstraße – Unter den Linden.

Während auf diese Weise die vielgeschossigen Bauten auf der Ost-, Nord- und Nordwestseite den Platzraum mit seinen großen Dimensionen räumlich eingrenzen und die optimale Führung der zentralen Achse sichern, sind die zweigeschossigen Kompaktbauten des Hotel- und Gaststättenkomplexes so angelegt, daß durch ihre Anordnung der Zugang zum S-Bahnhof unterstrichen wird. Hierdurch entsteht eine Piazza, deren Intimität in erster Linie dem Gaststättenkomplex zugute kommt, dessen frei vorgelagerte Terrasse sich bis an eine Wasserfläche erstreckt.

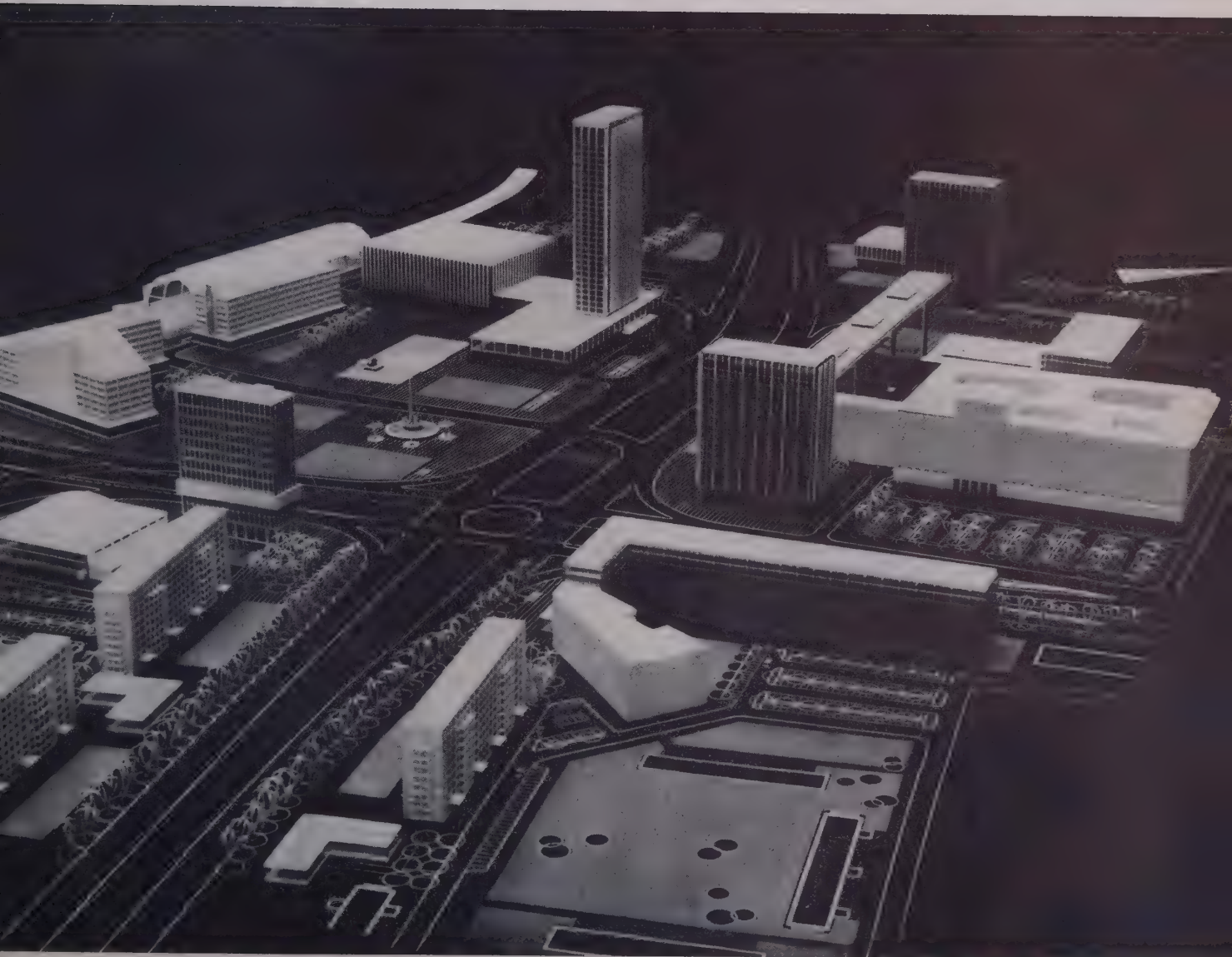
Im Massenaufbau des gesamten Ensembles wird die vorherrschende optimale Leitlinie durch die Traufhöhen der bestehenden Substanz der Bauten des Alexander- und Berolinahauses gebildet, die vom Warenhaus und dem über 200 m langen Bürohaus der Nordseite aufgenommen werden. Das Haus des Lehrers findet mit den beiden Bürohochhäusern der Nord- und Nordwestseite einen gemeinsamen Maßstab, der die dominierende Wirkung des über 100 m hohen Bettenturmes wirksam unterstreicht.

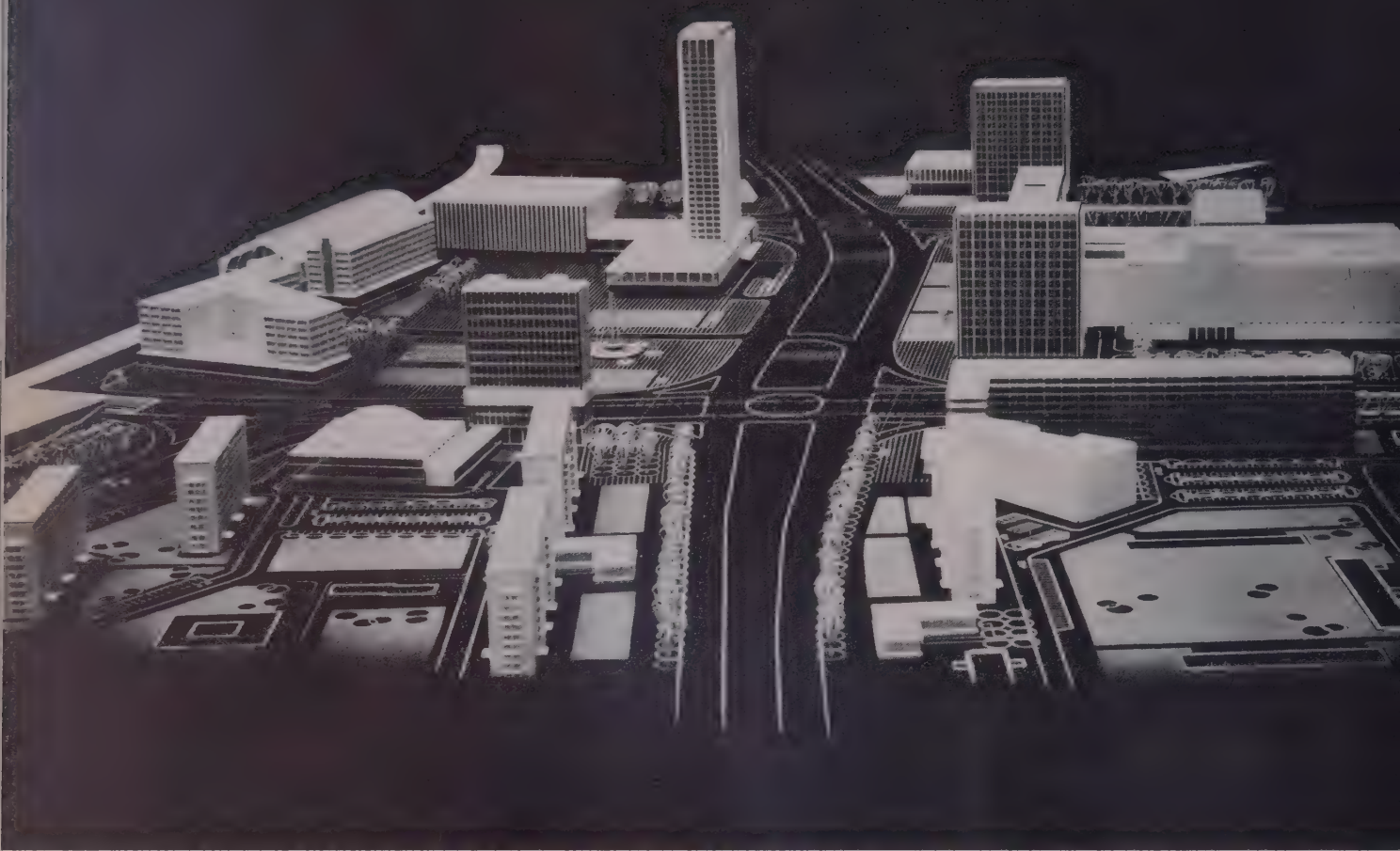
Die in Innenstadtgebieten gewöhnlich sehr problematischen Fragen der Verkehrserschließung und des ruhenden Verkehrs erfahren in der vorliegenden Form eine nahezu optimale Lösung. Für den Komplex der Bürobauten auf der Nord- und Nordwestseite des



5

6





7

7

Blick vom Strausberger Platz zum Alexanderplatz

8

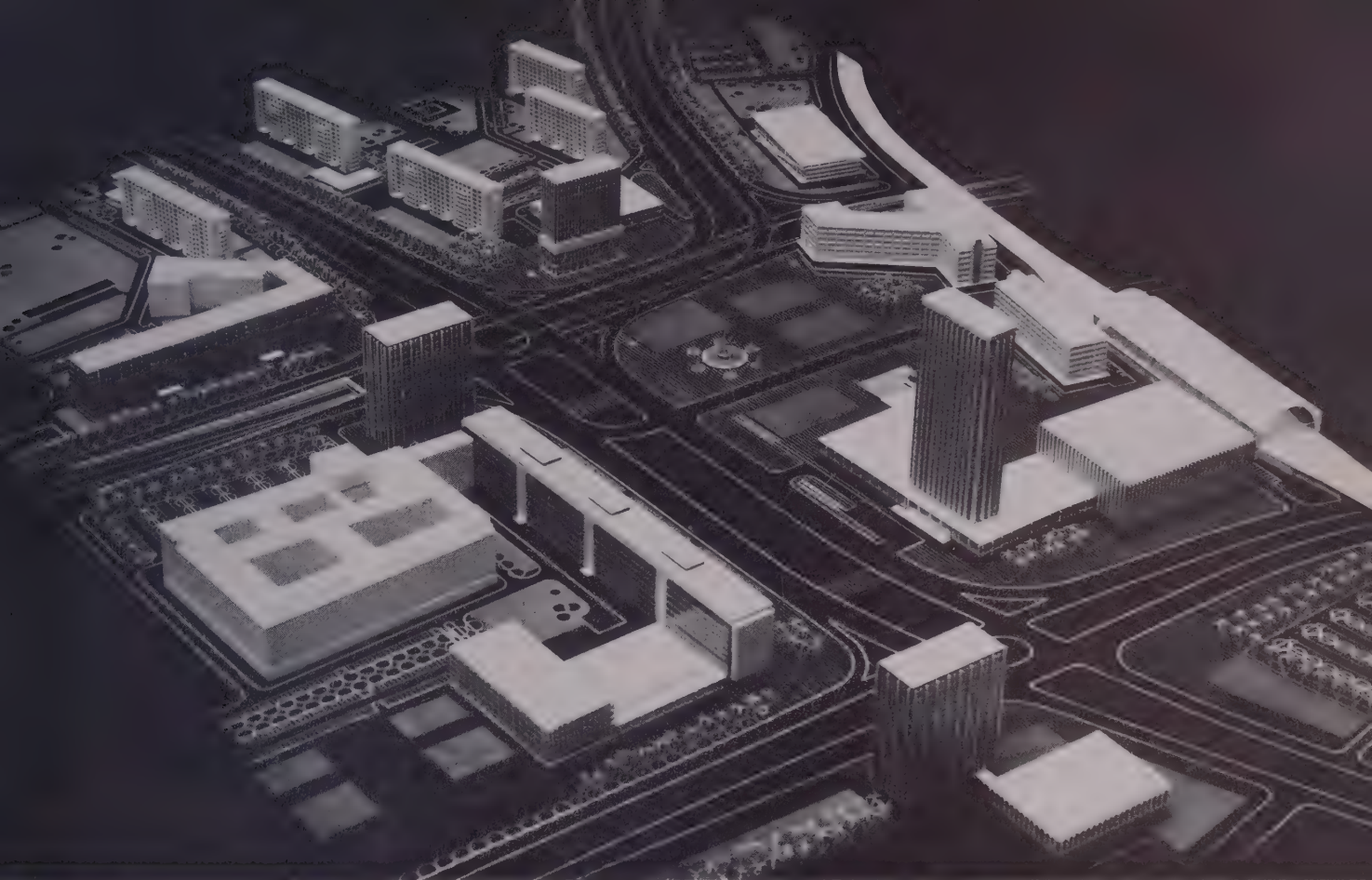
Blick von der Karl-Marx-Allee auf die Silhouette des Alexanderplatzes

9

Modellansicht von Nordwesten

8





9

Platzes einschließlich der dort befindlichen zentralen Betriebsgaststätte erfolgt die Verkehrserschließung bereits vor den Knotenpunkten. Die Belieferung der Handelsbauten sowie des Hotel- und Gaststättenkomplexes geschieht unterirdisch.

Bedarf und Angebot für den ruhenden Verkehr können unter Berücksichtigung der günstigen Überdeckungsmöglichkeiten als ausreichend betrachtet werden, zumal die Langparker in zwei Parkgaragen Platz finden, die im unmittelbaren Einzugsbereich vorgesehen sind. Für die Hotelgäste stehen unter anderem 150 Stellplätze im Kellergeschoß zur Verfügung.

Durch den Beschluß des Politbüros des Zentralkomitees der SED und des Präsidiums des Ministerrates der DDR über den weiteren Aufbau des gesamten Kerngebietes des Stadtzentrums ist nunmehr auch für den Komplex Alexanderplatz die Inangriffnahme der Projektierung gesichert.

Die Projektierung wird im VEB Berlin-Projekt vorgenommen und baut auf dem vorgegebenen städtebaulichen Entwurf auf. Im VEB Berlin-Projekt wurde zur Lösung der umfangreichen Aufgabe eine unter einheitlicher Leitung arbeitende Komplexabteilung gebildet, die sich sowohl mit den Projektierungsmaßnahmen für den Verkehr und den Tiefbau als auch mit den Hochbauten und dem erforderlichen Abriß von Altbausubstanz und dessen Verlagerung befaßt. Die Zusammenarbeit zwischen der Abteilung Städtebau und Architektur und dem Projektanten ist dabei von besonderer Wichtigkeit. In der Vergangenheit gab es oft Erscheinungen einer Isolierung des Städtebaus von der Architektur und der Projektierung der Hochbauten. Im Interesse der Entwicklung einer Stadt als einheitliches Kunstwerk muß durch sinnvolles Zusammenwirken die Einheit von Städtebau und Architektur hergestellt werden. Daher kann die Ge-

samtleitung einer solchen Aufgabe ebenfalls nur in einer Hand liegen, in der des Chefarchitekten der Stadt.

Bereits bei Beginn der Projektierungstätigkeit und als unabdingbare Voraussetzung muß eine genaue Einschätzung des Höchststandes von Wissenschaft und Technik auf den einzelnen Gebieten vorgenommen werden. Hier muß durch eine gute Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Einrichtungen, wie der Deutschen Bauakademie, dem Institut für Handelstechnik, dem Institut für Verwaltungsorganisation und Bürotechnik, ein entscheidender Schritt zu einer neuen Qualität der Projektierung geleistet werden.

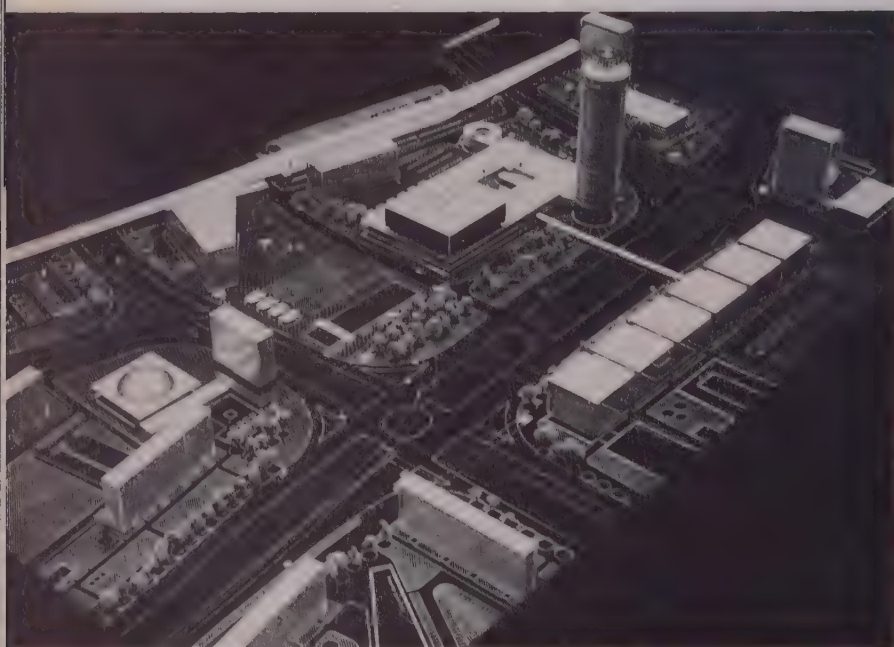
Vor allem erscheint auch die rechtzeitige Zusammenarbeit mit der Bauindustrie für die Festlegung der Technologie, die Organisation der komplexen Fließfertigung und die Einführung neuer technischer Mittel von besonderer Wichtigkeit.

Bei der weiteren Ausarbeitung der Entwürfe steht als besondere Aufgabe die Entwicklung der sozialistischen Architektur. Durch dieses große, komplexe Bauvorhaben werden neue Impulse bei der architektonischen Meisterung der industriellen Bauweise ausgelöst. Bei den Bauten des Alexanderplatzes soll untersucht werden, ob neuartige Baustoffe, zum Beispiel aus der chemischen Industrie, verwendet werden können.

Abschließend sei gesagt, daß mit dem komplexen Aufbau des Alexanderplatzes ein entscheidender Beitrag zur Überwindung der in der Vergangenheit oftmals vorgekommenen Insel- oder Einzelplanung geleistet wird. Der entscheidende Schritt besteht darin, daß, ausgehend von einem einheitlichen Plan, für das gesamte Stadtzentrum der Alexanderplatz sinnvoll als Teil des Ganzen realisiert wird. Damit wird auch im Städtebau die Forderung nach funktionstüchtigen Anlagen verwirklicht.

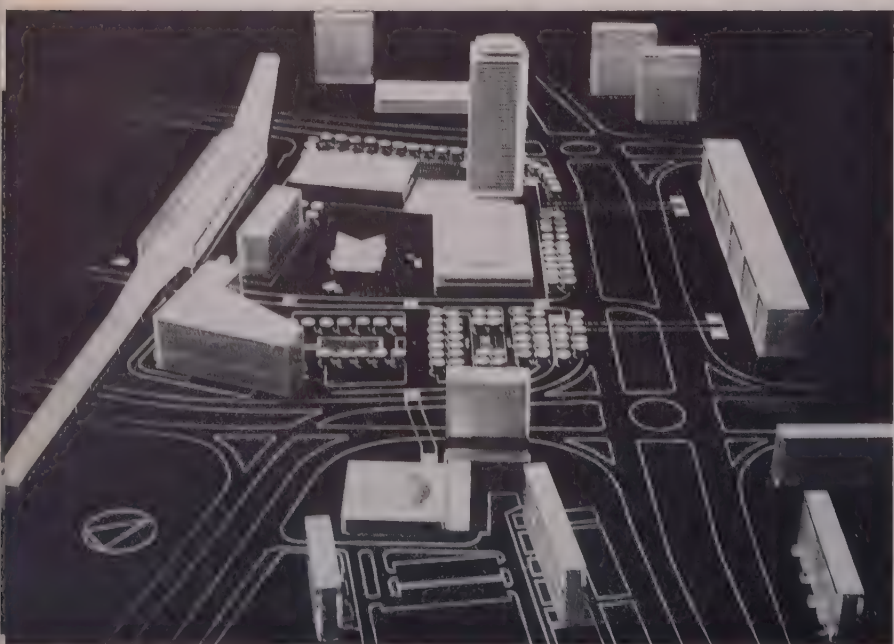
Weitere Entwürfe für den Alexanderplatz

Neben dem Kollektiv des Magistrats von Groß-Berlin, dessen überarbeiteter Entwurf für den Aufbau bestätigt wurde, nahmen auch andere Kollektive an der Ausarbeitung von Entwürfen für die städtebauliche Gestaltung des Alexanderplatzes teil. Die Entwürfe dieser Kollektive, die durch ihre Arbeit dazu beitrugen, eine gültige Lösung für die Gestaltung dieses wichtigen Bestandteiles des Stadtzentrums zu finden, werden hiermit unseren Lesern ebenfalls vorgestellt. red.



1

Prof. Hermann Henselmann
Dr.-Ing. Dipl. oec. Peter Doehler
Dr.-Ing. Peter Schmiedel
Dr.-Ing. Manfred Zumpe
Dipl.-Ing. Heiner Kulpe
Dipl.-Ing. Heinz Willumat
Dipl.-Ing. Walter Herzog
Dipl.-Ing. Herbert Pfeifer

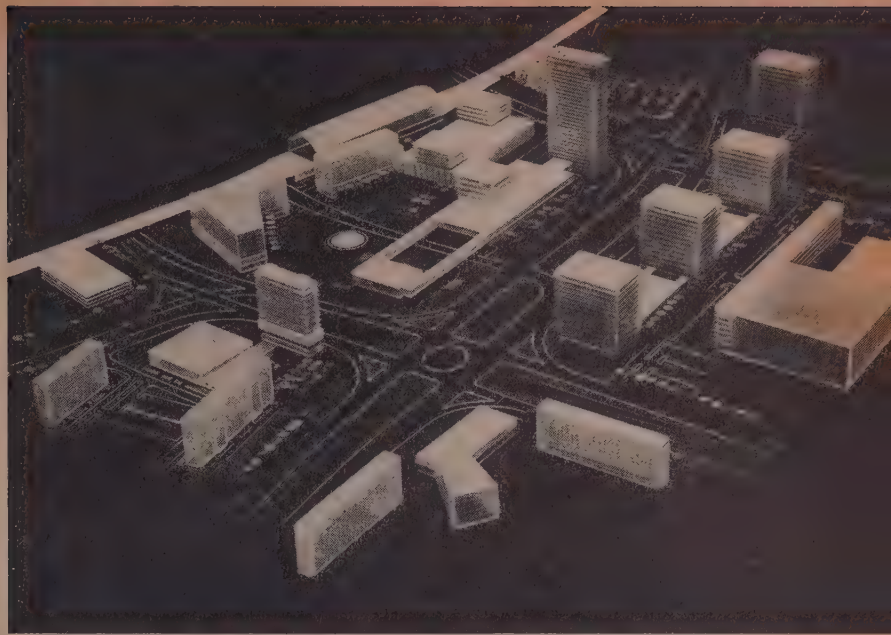


2

Prof. Dr. E. h. Hans Schmidt
Dipl.-Ing. Konrad Lässig
Dipl.-Ing. Gerd Wessel
Dipl.-Ing. Werner Rietdorf

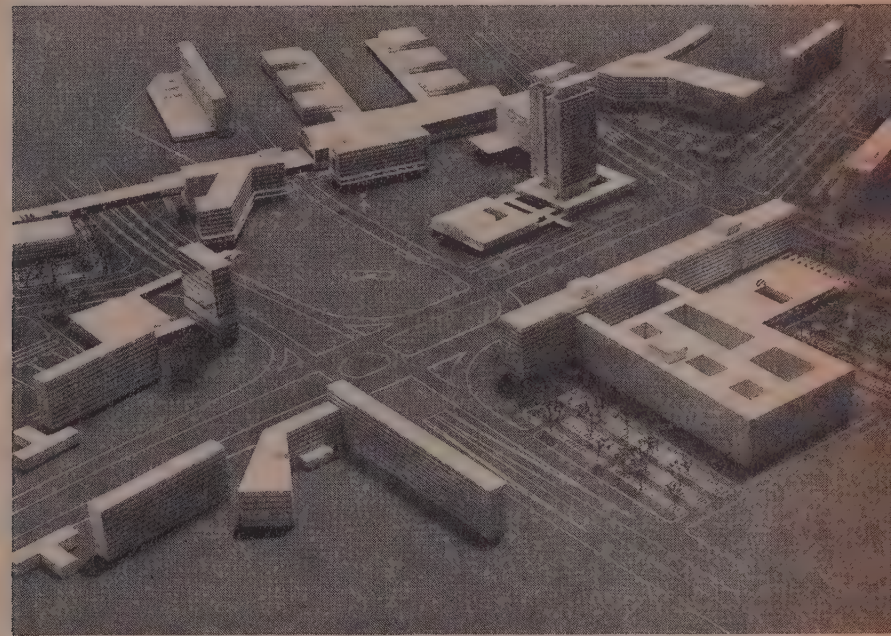
Dipl.-Ing. Hans Grotewohl
 Architekt Roland Korn
 Dipl.-Ing. Heinz Mehlan
 Dr.-Ing. Werner Strassenmeier
 Dipl.-Ing. Kurt Ullmann
 Dipl. oec. Klaus Wenzel
 Dipl. oec. Helmuth Marx

3



Prof. Georg Funk
 Dipl.-Ing. Horst Burggraf
 Dipl.-Ing. Horst Fischer
 Akad. Architekt Hellmuth Franke
 Dipl.-Ing. Bernhard Gräfe
 Dipl.-Ing. Heinz Michalk
 Dipl.-Ing. Werner Pampel
 Graphikerin Gertraud Stierner
 Konsultant für Verkehrsfragen:
 Prof. Dr.-Ing. habil.
 Walter Christfreund

4



Dipl.-Ing. Hans-Joachim Eckardt
 Dipl.-Ing. Peter Gohlke
 Dipl.-Ing. Jürgen Meißner

5



Hochhäuser und Citygedanke in Deutschland 1920 bis 1923

Dipl.-Ing. Joachim Schulz
Institut für Städtebau und Architektur
Deutsche Bauakademie



New York

1
Ansicht des Geschäftsviertels auf Manhattan vom Hudson aus dem Jahre 1908

Berlin

2
Ausbau der City nach Plänen von Bruno Möhring mit Standorten der Turmbauten, 1920

- 1 Lehrter Bahnhof
- 2 Bahnhof Friedrichstraße
- 3 Bahnhof Börse
- 4 Ministergärten
- 5 Oranienburger Tor

- Standorte der Hochhäuser
- Repräsentationsbauten vor 1918
- S-Bahn
- - - U-Bahn



Unmittelbar nach der Novemberrevolution hatten einige der aktivsten deutschen Architekten die Idee einer neuen Stadtform entwickelt, in der nicht mehr die „City“, sondern das Volkshaus Mittelpunkt und Stadtkrone sein sollte. Sie waren dabei von der Vorstellung einer „sozialen Republik“ ausgegangen und suchten vor allem der aktiven Rolle der Volksmassen in den Umsturztagen einen entsprechenden Ausdruck zu geben. Die Revolution versandete in einigen demokratischen Reformen. So wurden ihre Pläne zu Utopien. (1) Fast in den gleichen Architektenkreisen entstand jedoch 1920, wenige Monate nach der Gründung der Weimarer Republik, eine ganz andere Bewegung. Sie ging ebenfalls von dem Gedanken aus, dem neuen Staat ein eindrucksvolles städtebauliches Gesicht zu geben. Aber sie war realistischer, sie ließ sich von dem bürgerlich-demokratischen Charakter des neuen Staates leiten und suchte eine eindrucksvolle Umformung der Städte durch den Bau von Büro- und Verwaltungshochhäusern im Stadtkern.

Während das Monopolkapital die junge Republik durch wirtschaftliche Schwierigkeiten und schließlich durch die Inflation zum ökonomischen und politischen Zusammenbruch zu treiben suchte, bemühte sich ein anderer Teil des Bürgertums um einen Ausweg aus der Niederlage und um die Festigung der demokratischen Errungenschaften. Das Kernstück dieser Richtung war die Sicherung des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs. Man sah dabei vor allem auf Amerika, dessen Industrie- und Wirtschaftskraft durch den Krieg mächtig gewachsen war, während die europäischen Großmächte sich in den Materialschlachten gegenseitig erschöpft hatten. Eindeutig sichtbar wurden diese bewunderte ökonomische Macht und die neuen Wirtschaftsmethoden des Kapitalismus in den Hochhäusern der amerikanischen Cities. In den großen Städten der USA mit ihren eigenartigen Hochhaussilhouetten glaubte man daher ein Bild der Zukunft zu sehen, einen Weg zu einem wahrhaft modernen imponierenden Städtebau, vor allem auch ein architektonisches Mittel für die Überwindung der allgemeinen Mutlosigkeit in der Masse des deutschen Bürgertums. „Der Geist, der jetzt in Deutschland für die Hochhäuser eintritt“, schrieb der Berliner Architekt Bruno Möhring, „ist der Geist der Ordnung und Konzentration, der Besserung, der Geist, der sich gegen die Verflachung und Verzweiflung auflehnt, der Geist, der mit schöpferischer Sehnsucht nach Großem strebt und zu

3

Turmhausbauten in den Blickachsen des Spreelaufs und der Straße zwischen Bahnhof Friedrichstraße und Bahnhof Börse (Marx-Engels-Platz)

4

Turmhausentwurf am Lehrter Bahnhof

5

Idealentwurf zweier Hochhäuser an einer Straßenkreuzung

Arbeiten und Taten aufruft, die auch die Stumpfsten aufrütteln sollen. Ein Volk, das nicht baut, stirbt. Bauen bringt Leben, Mut und Vertrauen." (2)

Manche spielten bereits mit dem Gedanken, Berlin durch Hochhäuser in eine Weltstadt umwandeln zu können.

Der Wunsch, in den deutschen Großstädten Hochhäuser zu bauen, war nicht neu. Im Jahre 1912 gab es in Berlin bereits eine lebhafteste Bewegung für eine Konzentration des Geschäftslebens durch den Bau hoher Geschäftshäuser. Formal scheiterten alle diese Bestrebungen an den starren Bestimmungen der Bauordnung. In Wirklichkeit aber entsprachen die Vorstellungen einer City nach amerikanischem Vorbild nicht den Repräsentationswünschen der in Berlin bestimmenden wilhelminischen Hofkamarilla. (3) Deren Ideal waren barocke Prachtstraßen und Plätze mit palastartigen Gebäuden, wie sie die Staatsbibliothek, das Bode-Museum oder der Dom am Lustgarten darstellten. Die geforderten hohen Büro- und Geschäftsbauten hätten die Hauptgebäude des kaiserlichen Berlin und vor allem das Schloß überragt. Sie wurden daher abgelehnt. Mit dem Sturz der Monarchie war somit das Haupthindernis für den Übergang zum Hochhausbau beseitigt.

Für die damalige Lage ist kennzeichnend, daß ein zwingendes praktisches Bedürfnis nach Büro- und Verwaltungshochhäusern nicht bestand. Mammutkonzerne von amerikanischem Zuschnitt hatten sich noch nicht gebildet. Als Stumm, einer der mächtigsten deutschen Industriellen, 1921 in Düsseldorf ein Verwaltungshochhaus für seinen Konzern bauen ließ, konnte er es zunächst nicht füllen und richtete es deshalb teilweise zum Vermieten ein. Tatsächlich lag der Ursprung des Hochhausgedankens im mittleren Bürgertum. Die Bewegung nahm Formen an, die besonders den Interessen dieser Schicht entsprachen. Die meisten geplanten Hochhäuser waren nicht für den Gebrauch großer Konzerne, sondern als Büromiethäuser gedacht. Sie sollten Stadtkontore kleinerer Betriebe, Praxisräume für Rechtsanwälte und Ärzte oder Büroräume kleinerer Geschäftsniederlassungen aufnehmen. Die chaotische räumliche Streuung dieser Büros wollte man durch die Konzentration in solchen Großbauten einschränken und durch deren städtebaulich wirkungsvolle Anordnung zu einer neuen rationellen Ordnung des städtischen Lebens und des Stadtbildes kommen. Um jede Bodenspekulation zu verhindern, sollten die Hochhäuser mög-

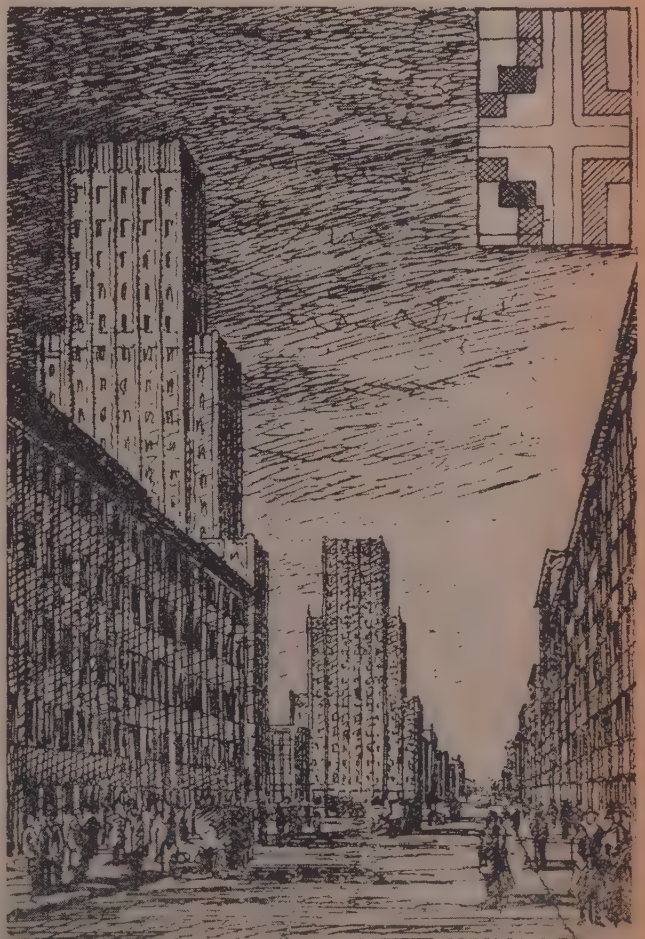
3



4



5





6



7



8

licht auf stadteigenem Baugrund errichtet werden.

Der Gedanke, von der chaotischen kapitalistischen City aus einen Weg zu einer besser geordneten und eindrucksvolleren Stadtform zu bahnen, fand vor allem bei den Stadtverwaltungen und in den Stadträten ein lebhaftes Echo. Hier bestach der Gedanke, die zahllosen Büros, die sich während des Krieges in dem ohnehin viel zu geringen Wohnungsbestand der Großstädte eingenistet hatten, in solche Hochhäuser umzusetzen, um dadurch dringend gebrauchten Wohnraum gewinnen zu können. (Es war daher nicht zufällig, daß gerade die am dichtesten bebauten Städte im damaligen Deutschland, Berlin und Breslau, in der Hochhausbewegung führend wurden.) Selbstverständlich suchten große Bauunternehmen, Aktiengesellschaften und Banken die Profitmöglichkeiten, die solche Hochhausunternehmen ihnen gebracht hätten, für sich zu nutzen. Sie beteiligten sich an vorbereitenden Gesellschaftsgründungen, aber sie waren nicht die eigentlich treibende Kraft.

In Berlin wurde Bruno Möhring Anfang 1920 von der preußischen Akademie für Bauwesen beauftragt, Studien über Turmhochhäuser auszuarbeiten. (2) Er entwickelte daraufhin einen Plan, durch etwa 20 Hochhäuser auf einer Länge von 3 km eine Konzentration des geschäftlichen Lebens im Berliner Stadtzentrum herbeizuführen, der Silhouette der Stadt einen völlig neuen Charakter zu geben und neben den Prachtbauten, die das militaristische Preußendeutschland geschaffen hatte, eine bürgerliche Geschäftstadt entstehen zu lassen. So sollten das Hofmarschallamt, die Alexanderkaserne und andere überflüssig gewordene Gebäude den neuen Hochbauten weichen. Die Standorte wählte Möhring nach verkehrstechnischen, hygienischen und städtebau-künstlerischen Gesichtspunkten aus. Er wollte die Ost-West-Linie der S-Bahn als Verkehrszubringer nutzen und schlug vor, am Lehrter Bahnhof und an den Bahnhöfen Friedrichstraße und Börse (Marx-Engels-Platz) als den größten Verkehrsknotenpunkten geschlossene Gruppen von Hochhäusern zu errichten. Der weite Spreeraum hätte die Bauten an diesen Stellen weithin sichtbar werden lassen, und so wurden sie nicht nur in die Blickachsen der Straßen, sondern auch in die des Spreelaufes gestellt. Auch eine Beschattung der Nachbarbebauung, die man an amerikanischen Hochhäusern scharf kritisierte, wäre an der Spree mit ihren breiten Uferstraßen vermieden worden. Die Hochhäuser waren durchweg turmartig und hatten gestaffelte Übergänge von fünfgeschossigen Seitentrakten zum erhöhten Teil. Die Türme sollten aus dem Häusermeer gleichsam emporwachsen. Bruno Möhring ließ sich also durchaus von städtebau-künstlerischen Gesichtspunkten leiten und entwickelte seine Lösungen aus seiner noch sehr traditionellen Architekturauffassung.

8a





9



6 | 7

Wettbewerbsentwurf für ein Hochhaus am Bahnhof Friedrichstraße von Hans Scharoun, 1921, Perspektive und Grundriß.

Stuttgart

Entwürfe von Richard Döcker und Hugo Keuerleber, 1921

8

Plan der Innenstadt mit eingezeichneten Hochhäusern am Rande der Altstadt und im Zentrum einschließlich Höhenbebauungen

- 1 Schloßplatz
- 2 Schloß
- 3 Hochhaus am Schloßplatz
- 4 Hochhaus am Marstall
- 5 Hochhaus Kutter
- 6 Bahnhofsturm
- 7 Hochhaus Friedrichstraße
- 8 Hochhaus Vereinsbank
- 9 Hochhaus Postplatz
- 10 Hochhaus Tübinger Straße
- 11 Hochhaus Charlottenplatz
- 12 Hochhaus am Marktplatz

9

Längs- und Querschnitte durch das Stuttgarter Tal mit der neuen Silhouette der Innenstadt und den Höhenbegründungen

10

Hochhaus am Schloßplatz, davor der Königsbau (1857); rechts Hotel Marquardt, links das Kronprinzenpalais (1846), als Handelshof vorgesehen

11

Hochhaus als Abschluß der Tübinger Straße

10



11



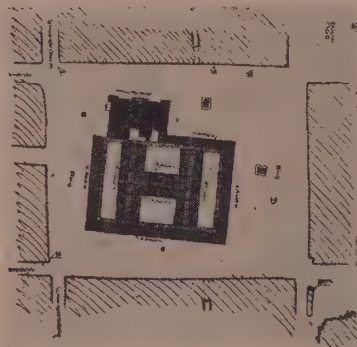


12

13



14



Breslau (1920)

Entwürfe von Stadtbaurat Max Berg, Mitarbeiter Richard Konwiarz und Ludwig Moshamer

12

Lage der Hochhäuser in der Innenstadt mit eingetragenen Blickbeziehungen

- 1 Stadtkrone am Ring
- 2 Spätgotisches Rathaus
- 3 Platz der Republik
- 4 Königliches Schloß (18. Jh.)
- 5 Geschäftshochhaus
- 6 Schweidnitzer Stadtgraben
- 7 Kunstgewerbemuseum
- 8 Stadttheater
- 9 Geschäftshochhaus
- 10 Freiburger Bahnhof
- 11 Postscheckamt
- 12 Stadthaus am Lessingplatz
- 13 Regierung
- 14 Brückenkopfbauten

15



13 | 14

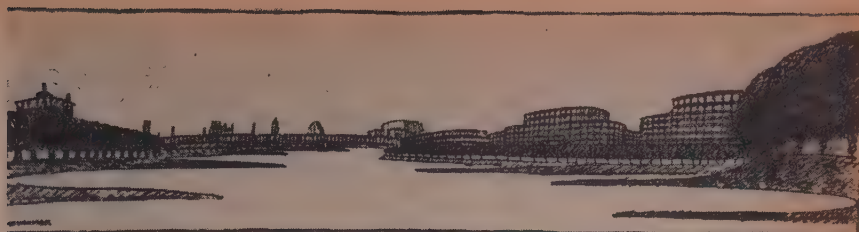
Entwurf zu einem Geschäftshochhaus als neuem Wahrzeichen der Stadt neben dem spätgotischen Rathaus, Perspektive und Lageplan

15

Stadthaus am Lessingplatz, Modellansicht von der Oderseite

16

Stadtilhouette, Ansicht von der Oder; rechts geplantes Hochschulviertel



16

Als günstiger Standort für die Errichtung eines Hochhauses in Berlin galt das Geländedreieck zwischen dem Bahnhof Friedrichstraße und der Spree an der Weidendammer Brücke. Bedeutende Architekten verfaßten von 1914 bis 1919 die verschiedensten Entwürfe, von denen das Glashochhausprojekt von Mies van der Rohe das bekannteste ist. Ein solcher Bau hätte hier in einem Gelenkpunkt der damaligen City gestanden. 1921 wurde eine Turmhausaktiengesellschaft gegründet und ein Wettbewerb ausgeschrieben, bezeichnenderweise durch den Leiter des Berliner Wohnungsamtes. 141 Entwürfe gingen ein. Sie zeigten deutlich, wie die Architekten noch den alten städtebaulichen Methoden der Blockbebauung verhaftet waren. Selbst bei dem avantgardistischen Entwurf von Hans Scharoun wächst der turmartige Teil ähnlich wie bei den Entwürfen Möhrings aus einer fünfgeschossigen Umbauung heraus. Dadurch ergaben sich Innenhöfe, die in diesem Falle durch Passagen erschlossen werden konnten. Wegweisend war ein gemeinsamer Entwurf der Gebrüder Luckhardt und des Architekten Hoffmann. Sie trennten die Hochhausscheibe klar vom Flachbau.

Auch in Stuttgart waren Hochhausprojekte entwickelt worden. Richard Döcker und Hugo Keuerleber hatten 1921 vorgeschlagen, einen Kranz von sechs Hochhäusern um die Innenstadt zu legen, die den ins Zentrum führenden Radialstraßen wirkungsvolle Abschlüsse gegeben hätten und zugleich für die gesamte Stadt Richtungs- und Orientierungspunkte gewesen wären. Um das eigentliche Zentrum gruppierten sie 3 Verwaltungshochhäuser, die den Schloßplatz, die Königsstraße und die ehemals königlichen Anlagen am Marstall beherrscht hätten. Das höchste dieser Gebäude, das 80 m hohe, zwanziggeschossige Verwaltungsgebäude der Postdirektion, setzten sie sehr selbstbewußt als neue Dominante der Stadt unmittelbar hinter den Königsbau, dem Schloß direkt gegenüber, in die Symmetrieachse des Schloßplatzes. Durch diese Konzentration der Hochhäuser in der Innenstadt hätte Stuttgart eine völlig neue Silhouette erhalten. Die höher gelegenen und damals noch zu besiedelnden Stadtteile sollten Höhenbegründungen in Form breit gelagerter Baugruppen erhalten, die die gesamte Talandschaft eindrucksvoll gegliedert hätten.

Die Hochhausprojekte in Breslau sind bemerkenswert durch die politischen Ideen, die bei ihrer Entstehung maßgebend waren. Die fortschrittlichsten unter den deutschen Architekten, wie der Erbauer der Jahrhunderthalle, Stadtbaurat Max Berg, setzten noch Hoffnungen auf eine Teilsozialisierung der Wirtschaft. Sie glaubten dadurch Hemmnisse, die sich aus der privatkapitalistischen Wirtschaftspraxis ergeben hatten, ausschalten zu können und wollten dann zu einem planmäßigen Städtebau übergehen. Berg ging dabei von der Überlegung aus, daß mit der Zentralisierung des geschäftlichen Verkehrs nach amerikanischem Vorbild die höchste

Zeit-, Kraft- und Geldersparnis und die Einsparung an menschlicher Arbeitskraft verbunden seien. Er gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß dieses Prinzip sowohl in der kapitalistischen als auch in der sozialistischen Wirtschaft als selbstverständliche Forderung zu gelten habe. (4) So plante er für Breslau eine Reihe großer Geschäftshochhäuser, in denen er die über die ganze Stadt zersplitterten und zum Teil in Wohnungen untergebrachten Büros zusammenfassen wollte. Die Ausführung dieser Bauten sollte auf stadteigenen Grundstücken durch Baugesellschaften mit eigener Rohstoffproduktion und eigenen Transportmitteln nach konzentrierten und mechanisierten Arbeitsmethoden erfolgen, um die Herstellungskosten möglichst niedrig zu halten. Im Zentrum der Stadt plante er an Stelle des 1860 erbauten Stadthauses neben dem historischen Rathaus ein dreißiggeschossiges Geschäftshochhaus als neues Wahrzeichen der Stadt. Auch die anderen Projekte an der Oder und am Platz der Republik gegenüber dem Schloß wurden unter den Gesichtspunkten einer guten verkehrstechnischen Erschließung und unter Rücksichtnahme auf die Nachbarbebauung nach städtebau-künstlerischen Gesichtspunkten in das alte Stadtbild eingefügt.

Die Tragik der Revolution von 1918 zeigt sich dann auch in diesen so optimistisch begonnenen Hochhausprojekten. Die demokratisch gesonnenen Teile des Bürgertums und der Architektenschaft waren von den Ereignissen tief beeindruckt. Sie glaubten an den demokratischen Charakter der Weimarer Republik, sie suchten dafür eine eindrucksvolle städtebauliche Verkörperung. Gleichzeitig wollten sie offenbare Mängel und Notstände in den Großstädten bekämpfen. Aber ihre Projekte scheiterten an der Inflation, durch die sich das Monopolkapital bereicherte. Als sich der Kapitalismus nach 1924 wieder stabilisierte, traten die großen Konzerne als Bauherren auf und ließen sich in vielen Städten an ganz zufälligen Standorten, wie beispielsweise der Ullstein-Konzern in Berlin-Tempelhof, Verwaltungshochhäuser errichten, ohne jedoch jene baukünstlerischen Ideen der fortschrittlichen Architekten, die nach 1920 den Ausgangspunkt der Hochhausbewegung gebildet hatten, auch nur annähernd zu verwirklichen.

(1) Siehe Junghanns, K.; Schulz, J., Das Volkshaus als Stadtkrone 1918 bis 1922, in: „Deutsche Architektur“, Heft 8/1964, S. 492 bis 497

(2) Möhring, B., Über die Vorzüge der Turmhochhäuser und die Voraussetzung, unter denen sie in Berlin gebaut werden können, in: „Stadtbaukunst alter und neuer Zeit“, 1. Jg., 1920, S. 353 ff.

(3) Hoffmann, A., Zur Entwicklung des Hochhauses in Deutschland, in: „Deutsche Bauzeitung“, Berlin, 55. Jg., 1921, S. 89

(4) Berg, M., Hochhäuser im Stadtbild, in: „Wasmuths Monatshefte für Baukunst“, Berlin, 6. Jg., 1921/22, S. 101
„Ostdeutsche Bauzeitung“, Breslau, 18. Jg., 1920, Nr. 63, S. 276

Stadtgröße und Kosten der Kommunalwirtschaft

Dipl.-Ing. oec. Rolf Schreiber
Technische Universität Dresden
Institut für Ökonomie der Bauindustrie
Direktor: Prof. Dipl.-Wirtsch. F. Liebscher

„Die hohen Unkosten der weltstädtischen Zusammenballung von Menschen und Einrichtungen machen sich auch in den Pro-Kopf-Kosten der Gemeindeverwaltung bemerkbar. Die Erfahrung lehrt, daß diese mit steigender Einwohnerzahl verhältnismäßig anwachsen, also zu ihrem Teil gegen das Bestehen und die Vergrößerung von Metropolen wirken.“ (1) Es ist allgemein bekannt, daß mit zunehmender Einwohnerzahl der Städte die Kosten für die Kommunalwirtschaft nicht nur absolut, sondern auch relativ steigen. Hierbei ist zwischen den Auswirkungen auf die einzelnen kommunalen Leistungen und den Auswirkungen auf die Gesamtheit der kommunalen Leistungen zu unterscheiden. Entsprechend ihrer Aufgabenstellung wird die Kommunalwirtschaft von den verschiedensten Faktoren beeinflusst, die eine generelle Aussage erschweren. „Die Kommunalwirtschaft umfaßt Betriebe und Einrichtungen von ausgesprochen lokalem Charakter, deren Aufgabenstellung sich aus der Befriedigung der besonderen Bedürfnisse ergibt, die das Zusammenleben der Menschen in den Städten und Gemeinden bedingt.“ (2)

Zu den wichtigsten kommunalen Leistungen gehören:

- die Straßenbeleuchtung,
- die Stadt- und Gemeindereinigung (Straßenreinigung, Müll- und Fäkalienabfuhr),
- der Straßenwinterdienst,
- die Straßenunterhaltung,
- die Trink- und Brauchwasserversorgung,
- die Abwasserableitung und -reinigung,
- die öffentlichen Grünanlagen,
- das Friedhofs- und Bestattungswesen,
- die öffentlichen Bäder und Bedürfnisanstalten,
- die Textilreinigung und ähnliche Dienstleistungen (Plätterei, Färberei u. a. m.),
- die städtischen Verkehrsbetriebe,
- kulturelle und gesellschaftliche Einrichtungen,
- die kommunale Wohnungsverwaltung,
- sonstige Betriebe und Einrichtungen (wie Bootsverleih, Ausstellungen, Schlachthöfe).

Inwieweit sich die Bevölkerungszahl einer Stadt auf die Kostenhöhe einzelner Kommunalleistungen auswirkt, soll an folgenden Beispielen erläutert werden.

Die Straßenbeleuchtung

Es wurden nur die Angaben über die Wartungskosten der Straßenbeleuchtung in den Städten der Deutschen Demokratischen Republik ausgewertet. Die in der Tabelle 1, Spalte 1 bis 4, zusammengefaßten Ergebnisse wurden ermittelt aus Unterlagen von 18 Städten mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern, 18 Städte mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern, 4 Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern und 10 Städten mit über 100 000 Einwohnern, wobei man die Werte für Berlin nicht als repräsentativ ansehen kann. Die in der Tabelle 1, Spalte 5, aufgeführten Werte sind Durchschnittswerte für alle Orte der DDR mit mehr als 10 000 Einwohnern. Hierbei fehlen fünf Städte bei der statistischen Erfassung. Es wird vorausgesetzt, daß die in den Spalten 1 bis 4 erfaßten Städte dem Durchschnitt der in der Spalte 5 erfaßten Städte entsprechen.

Wenn man, um einen realen Vergleich anzustellen, einen gleichen Ausleuchtungsgrad und damit gleiche Wartungskosten je Kilometer beleuchtete Straße in allen Städten voraussetzt (Spalte 3), müßten sich die jährlichen Kosten je Einwohner (Spalte 2) proportional zu den in den Spalten 4 und 5 gezeigten Beziehungen entwickeln. Die in Spalte 5 aufgestellten Werte stellen einen analogen Kehrwert der Bevölkerungsdichte dar. Die Kosten je Einwohner steigen auf 258 Prozent (3,44 : 1,33), während die Anzahl der Einwohner je

Tabelle 1 Durchschnittliche jährliche Wartungskosten von Beleuchtungsanlagen in Städten der DDR mit mehr als 10 000 Einwohner — 1961

Einwohnerzahl in 1000	Jährliche Kosten in MDN je		Beleuchtete Straße in m/EW	Vorhandene Straßen in m/EW
	Einwohner	Kilometer beleuchtete Straße		
1	2	3	4	5
10 ... 20	1,33	487,50	2,74	2,9
20 ... 50	1,47	776,00	1,89	2,6
50 ... 100	2,61	1496,00	1,74	2,1
über 100 ohne Berlin	3,44	2300,00	1,50	1,9
Berlin	4,27	2500,00	1,71	2,1

Meter beleuchtete Straße (Kehrwert von Spalte 4) von $0,37 = \left(\frac{1}{2,74}\right)$

auf $0,66 = \left(\frac{1}{1,5}\right)$ bei den größeren Städten zunimmt. Das entspricht

einem Zuwachs von 83 Prozent. Die unterschiedliche Entwicklung in den Spalten 2 und 4 wird durch mehrere Faktoren verursacht. Die Hauptursache liegt in der unterschiedlichen Ausrüstung und Dichte der Straßenbeleuchtung. Diese Tatsache kommt in den stark schwankenden Jahreskosten je Kilometer beleuchtete Straße zum Ausdruck (Spalte 3).

Einen wesentlichen Einfluß übt die unterschiedliche quantitative und qualitative Ausrüstung der Straßenbeleuchtungsanlagen der Städte auf die Wartungs- und Betriebskosten aus. So beträgt zum Beispiel die durchschnittliche Anzahl von 200-Watt-HQL-Lampen je Leuchte in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern im Bezirk Suhl 1,01, im Bezirk Rostock 1,57, in Berlin sogar 2,28. Bei der weit verbreiteten elektrischen Straßenbeleuchtung mit 200-Watt-Glühlampen gibt es analoge Unterschiede.

Daneben beeinflussen sowohl bei der elektrischen Beleuchtung als auch bei der Gasbeleuchtung die Unterschiede in den Leuchtenabständen die Kosten der Wartung und des Betriebes der Straßenbeleuchtung (Tab. 2).

Bei diesen Kostenvergleichen muß man das Verhältnis der Länge der beleuchteten Straßen zu der Länge der gesamten vorhandenen Straßen berücksichtigen (Tabelle 1, Spalten 4 und 5). Aus der Tabelle 1 ist zu entnehmen, daß in den Kleinstädten 95 Prozent und in den Großstädten (ohne Berlin) 79 Prozent der vorhandenen Straßen beleuchtet werden. Diese Proportionen sind in den einzelnen Bezirken und Städten sehr unterschiedlich. 1961 wurden in Leipzig und Schwerin 100 Prozent, in Gera 56 Prozent der gesamten Stadtstraßen beleuchtet (Gas- und Elektrobeleuchtung).

Die Unterschiede in den Wartungskosten sind ebenfalls in der unterschiedlichen Zusammensetzung (Gas- oder Elektrobeleuchtung oder beides) der Beleuchtung in den einzelnen Städten begründet. Tabelle 3 gibt Aufschluß darüber, daß sich proportional zu den Relationen zwischen den beiden Beleuchtungsarten Gas und Elektrizität die Relation der Wartungskosten verändert.

Einen bedeutenden Einfluß auf die Kostenhöhe hat die Betriebsweise der Beleuchtung. Werden bei der elektrischen Beleuchtung 50 Prozent der Anlagen im ganznächtigen Betrieb (4000 h/Jahr) und 50 Prozent im halbnächtigen Betrieb (1700 h/Jahr) genutzt, ergeben sich im Vergleich zum 100prozentigen ganznächtigen Betrieb Einsparungen von 30 Prozent an Energiekosten sowie Einsparungen in gleichem Maße an Lampenersatz- und Auswechslungskosten je Jahr. (3)

Die in den Großstädten notwendigen höheren Anforderungen an die Straßenbeleuchtung spiegeln sich auch in der TGL 0-5044 wider. In der Tabelle 2 der genannten Vorschrift werden Richtwerte für die mittlere horizontale Beleuchtungsstärke E_M auf der Fahrbahnebene angegeben. So gilt für Hauptverkehrsstraßen mit etwa 1000 Fahrzeugen je Stunde und Fahrtrichtung auf heller Straßendecke 8 Lux, für Straßen mit mittelstarkem Verkehr 2 Lux. Für Straßen mit dunkler Straßendecke gilt jeweils der doppelte Wert. (4) Es ist selbstverständlich, daß in den Großstädten mit überörtlichem, teilweise sogar internationalem Charakter relativ mehr Hauptverkehrsstraßen vorhanden sind als in den Klein- und Mittelstädten.

Zusammenfassend ist zu erkennen, daß mit zunehmender Einwohnerzahl die Wartungs- und Betriebskosten je Einwohner zunehmen. Die Ursache liegt in der auf Grund der höheren Anforderungen notwendigen absolut und relativ umfangreichen Ausrüstung und Wartung der Straßenbeleuchtung.

Die Straßenreinigung

Der Straßenreinigung kommt besonders in den größeren Städten eine stärkere Bedeutung zu. Sie ist eine Hilfe für den Verkehr, dient der Hebung der Volksgesundheit und befriedigt das Sauberkeits-

Tabelle 2 Durchschnittlicher Leuchtenabstand in einigen Bezirken der DDR (bezogen auf die beleuchteten Straßen), Gasbeleuchtung — 1961 (alle Orte ab 10 000 Einwohner)

Bezirk	Durchschnittlicher Leuchtenabstand in m
Leipzig	33,6
Rostock	46,0
Dresden	48,7
Halle	70,0
Gera	75,7
Neubrandenburg	127,0
Suhl	242,0

Tabelle 3 Abhängigkeit der Wartungskosten von der Beleuchtungsart in einigen ausgewählten Städten ab 10 000 Einwohner — 1961

Städte mit einer Einwohnerzahl in 1000	Verhältnis der Länge der beleuchteten Straßen		Verhältnis der Wartungskosten	
	Gas	Elektro	Gas	Elektro
10 ... 20	1	50,8	1	30,8
20 ... 50	1	39,2	1	5,04
50 ... 100	1	1,41	1	1,52
über 100 ohne Berlin	1	1,0	1	0,87
Berlin	1	0,91	1	1,94

Tabelle 4 Straßenreinigung 1961 — Bezirksdurchschnitte für alle Städte ab 10 000 Einwohner

Bezirk	Einwohner in 1000	Vorhandene Straßen in km	Kehrkilometer einschl. Wasch- und Sprengleist. und Gehbahnen in 1000 km	Kosten der Reinigung in TMDN	Kosten je		Straßenlänge je Einwohner in m
					km Straße in TMDN	Einwohner in MDN	
					Sp. 5: Sp. 3	Sp. 5: Sp. 2	Sp. 3: Sp. 2
1	2	3	4	5	6	7	8
Rostock	436,8	726,6	133,0	1112	1,53	2,54	1,7
Schwerin	244,2	463,7	47,7	1025	2,19	4,20	1,9
Neubrand.*	190,7	412,5	26,7	672	1,68	3,54	2,3
Potsdam	472,5	1603	52,9	972	0,06	2,06	3,5
Frankfurt	249,1	857,6	44,7	624	0,728	2,51	3,5
Cottbus*	287,7	998,3	54,7	405	0,406	1,40	3,5
Magdeburg	643,2	1321	343,9	1590	1,20	2,48	2,1
Halle*	960,3	2168	137,7	2240	1,04	2,33	2,3
Erfurt	580,2	1284	265,0	1440	1,12	2,48	2,2
Gera*	363,7	1054	92,9	829	0,786	2,28	2,9
Suhl	140,0	415,6	20,2	238	0,577	1,70	3,0
Dresden	1052,7	2531	185,6	1960	0,774	1,86	2,4
Leipzig*	925,1	1550	437,0	2640	1,71	2,85	1,7
K-M-Stadt	1109,8	2514	515,5	5360	2,13	4,84	2,3
Berlin	1082,4	2300	1130,0	6650	2,89	6,12	2,1

* Jeweils eine Stadt fehlt bei der statistischen Erfassung in den Spalten 2 und 3

bedürfnis. Die Reinigungsart und -häufigkeit und damit auch die Kosten werden bestimmt vom Klima, von den Lebensgewohnheiten, von der Größe der zu reinigenden Flächen, von der Anzahl der Arbeitskräfte und von anderen Faktoren. Je größer die Stadt, um so mehr Straßenschmutz fällt an, nicht nur absolut gesehen, sondern auch je Einwohner oder je Quadratmeter gereinigte Fläche. Die jährliche Kehrrichtmenge schwankt zwischen 138 und 182 l je Einwohner und zwischen 14 und 37 l je Quadratmeter gereinigte Fläche. (5) Die Schwierigkeiten bei der Kehrrichtabfuhr nehmen mit der Größe der Stadt zu.

Das vorliegende Zahlenmaterial (Tab. 4) – es waren nur die Bezirksdurchschnittswerte von 1961 für alle Orte ab 10 000 Einwohner vorhanden – läßt nur eine indirekte Aussage über den Einfluß der Bevölkerungszahl auf die Kosten zu.

Im Diagramm 1 ist die Abhängigkeit der Reinigungskosten je Kilometer Stadtstraße von der Länge der Stadtstraße je Einwohner dargestellt. Wie schon aus der Tabelle 1, Spalte 5, hervorgeht, nimmt mit steigender Einwohnerzahl die Relation vorhandene Straßenlänge je Einwohner ab. Diese Entwicklung ist nur ein anderer Ausdruck für die steigende Bevölkerungsdichte in den Großstädten.

Die Reinigungskosten schwanken im Diagramm 1 zwischen 0,406 TMDN/km im Bezirk Cottbus und 2,13 TMDN/km im Bezirk Karl-Marx-Stadt oder 2,89 TMDN/km in Berlin. Bezogen auf die Einwohnerzahl für alle Orte über 10 000 Einwohner gilt für den Bezirk Cottbus 1,40 MDN/EW und für den Bezirk Karl-Marx-Stadt 4,84 MDN/EW und für Berlin 6,12 MDN/EW (Diagramm 2).

Umgerechnet auf die Einwohnerzahl ergibt sich dann der im Diagramm 2 dargestellte Zusammenhang.

Zum Vergleich werden noch die Werte für die Stadt Dresden aus dem Jahre 1963 gegenübergestellt, die sich harmonisch in die aufgeführten Diagramme eingliedern.

Stadt Dresden: etwa 500 000 Einwohner
etwa 1000 km Stadtstraßen
etwa 1 250 000 MDN Reinigungskosten

$$\frac{1\,000\,000\text{ m}}{500\,000\text{ EW}} = 2,0\text{ m/EW}$$

$$\frac{1\,350\,000\text{ MDN}}{1000\text{ km}} = 1,35\text{ TMDN/km}$$

$$\frac{1\,350\,000\text{ MDN}}{500\,000\text{ EW}} = 2,70\text{ MDN/EW}$$

Die höheren Reinigungskosten je Einwohner und je Kilometer Straße in den Großstädten sind durch die höheren Anforderungen bedingt. Der Verkehr ist stärker, es sind relativ und absolut mehr zu reinigende Flächen vorhanden. Bei den in Tabelle 4, Spalten 6 bis 8, ermittelten Werten wirken sich die Unterschiede in den Anteilen der Städtegrößen der einzelnen Bezirke erheblich aus. In Tabelle 5 werden diese Unterschiede dargelegt.

Dementsprechend sind auch die Anteile der Stadtstraßen in einzelnen Städtegruppen (Tab. 6).

Besonders in den Kleinstädten werden die Straßen größtenteils von den Hausbesitzern gereinigt, die von den kommunalen Betrieben vorgenommene Straßenreinigung beschränkt sich hauptsächlich auf die öffentlichen Plätze und Gebäude. Hier ist ein umfangreicher Maschineneinsatz nicht rentabel. So sind die Kostenunterschiede teilweise durch die in den Tabellen 5 und 6 gezeigten Verhältnisse bedingt.

Von großem Einfluß auf die Höhe der Straßenreinigungskosten ist die Güte der Kehr-, Wasch- und Sprengleistungen. Für die Beseitigung des Straßenschmutzes wurden 1963 in der Stadt Dresden 1,35 Millionen MDN ausgegeben. Dennoch ist die Straßenreinigung nicht ausreichend. Bei ordnungsgemäßer Durchführung würden schätzungsweise Kosten in Höhe von 5 Millionen MDN entstehen. Zusammenfassend lassen sich folgende Schlüsse ziehen:

Tabelle 5 Verteilung der Einwohner auf die Klein-, Mittel- und Großstädte in zwei Bezirken der DDR

Städte mit Einwohnerzahl	Bezirk Karl-Marx-Stadt Einwohner	%	Bezirk Frankfurt (Oder) Einwohner	%
10 000 ... 20 000	293 700	26,4	91 600	36,8
20 000 ... 50 000	321 700	29,1	99 800	40,0
50 000 ... 100 000	79 000	7,2	57 600	23,2
über 100 000	415 000	37,3	—	—
Insgesamt	1109 800	100,0	249 000	100,0

Diagramm 1 Abhängigkeit der Reinigungskosten je Kilometer Stadtstraße von der Länge der Stadtstraße je Einwohner

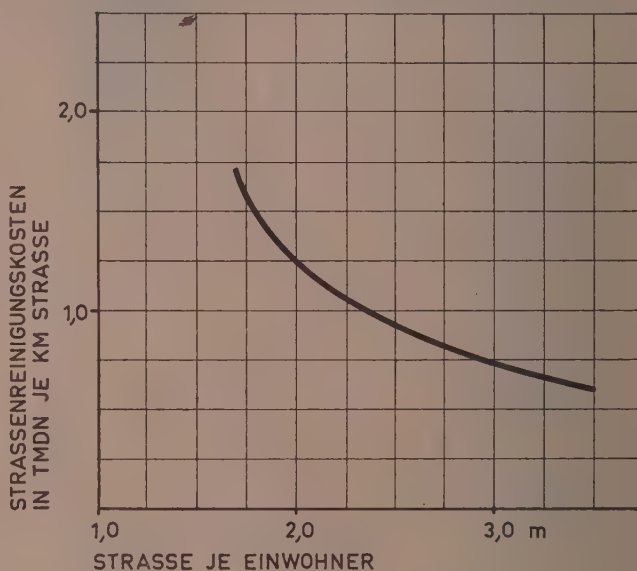
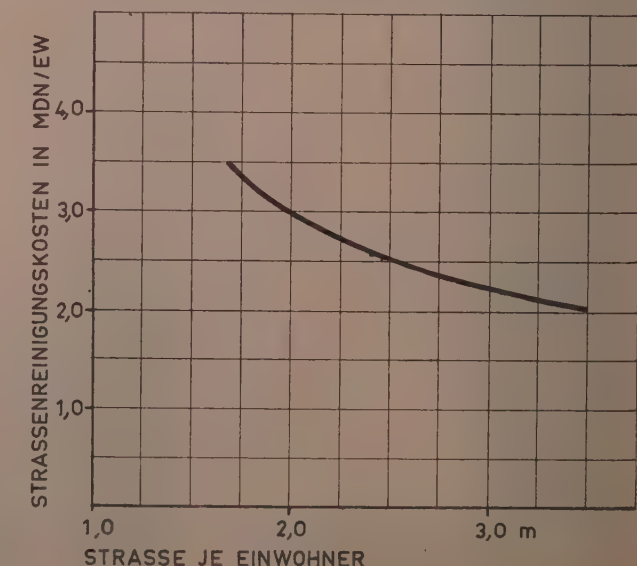


Diagramm 2 Abhängigkeit der Straßenreinigungskosten je Einwohner von der Länge der Stadtstraßen je Einwohner



■ Mit zunehmender Einwohnerzahl – in den Diagrammen dargestellt am sinkenden Verhältnis vorhandene Straßenlänge in Meter je Einwohner – steigen die Straßenreinigungskosten je Kilometer zu reinigende Straße und je Einwohner.

■ Die Ursache für diese Tendenz bilden die mit der Einwohnerzahl steigenden Anforderungen an die Sauberkeit und Sicherheit der Straßen.

Die Abwasserableitung und -behandlung

Die Auswertung der Angaben von 321 amerikanischen Abwasserreinigungsanlagen zeigt deutlich die Abhängigkeit der Betriebs- und Unterhaltungskosten (ohne Kapitaldienst) von der Anzahl der angeschlossenen Einwohner (Tab. 7). (6) Der besseren Aussage wegen wurden die ursprünglich vorhandenen Kostenangaben in Dollar je Einwohner und Jahr in Prozent umgerechnet. Die Prozentangaben beziehen sich nur auf die jeweiligen Spalten.

Eine analoge Entwicklung zeigt eine Übersicht aus Westdeutschland (Tab. 8). (7) Es werden die jährlichen Gesamtkosten (Betriebskosten und Kapitallasten) auf den Einwohnergleichwert und auf den Kubikmeter zu reinigendes Abwasser bezogen. Der Trend wird besonders deutlich sichtbar, wenn man nicht den Ist-Abwasseranfall, sondern den für die Kläranlagen geplanten Abwasseranfall berücksichtigt.

Die Relationen im ersten Teil der Tabelle (a) sinken nicht so stark wie im letzten Teil (b), da der Abwasseranfall je Einwohnergleichwert mit zunehmender Einwohnerzahl wesentlich steigt. Die Ursachen für die fallende Tendenz der Kosten je Einwohnergleichwert sind wie bei der Serienproduktion in der Industrie in der höheren Mechanisierung, der besseren Ausnutzung der vorhandenen Anlagen und dem relativ sinkenden Grundmittelaufwand zu finden. Der einmalige Aufwand schlägt sich über die Abschreibungen oder über den Kapitaldienst in den Betriebskosten nieder. Der Anteil der Abschreibungen an den Gesamtkosten der Dresdner Abwasserbehandlung (Kläranlagen, Kanalnetz und Baunebenabteilung) betrug im I. Quartal 1964 – also nach der Umbewertung der Grundmittel – 40,8 Prozent. Wenn auch die Abschreibungssätze für Kläranlagen in den kapitalistischen Ländern anders als in der DDR sind, so dürften sie jedoch in der gleichen Größenordnung liegen. Ein Überblick über die Baukosten der Kläranlagen in Westdeutschland je Einwohner ist in diesem Zusammenhang sehr aufschlußreich (Tab. 9). (7) Aus ihm ist ersichtlich, daß mit steigender Bevölkerungszahl die Kosten für die Abwasserbehandlung je Einwohner sinken.

Am vorliegenden Zahlenmaterial wurden die unterschiedlichen Auswirkungen der Bevölkerungszahl einer Stadt auf die Höhe der kommunalen Kosten dargelegt. Mit zunehmender Einwohnerzahl sinken die Kosten je Einwohner bei der Abwasserbehandlung, sie steigen bei der Straßenreinigung und der Straßenbeleuchtung. Das Problem konnte nur umrissen werden. Es ging dem Verfasser vor allem darum, die zwei Wirkungsrichtungen des kostenbestimmenden Faktors Bevölkerungszahl deutlich zu machen. Es gilt zu unterscheiden zwischen den Auswirkungen der Anzahl der Einwohner auf die einzelnen kommunalen Leistungen, deren Pro-Kopf-Kosten sowohl steigen als auch sinken können, und zwischen den Auswirkungen auf die Kosten der gesamten kommunalen Leistungen, die sich mit zunehmender Bevölkerungszahl absolut und relativ erhöhen werden.

Literaturverzeichnis

- (1) Schultze, J., Zum Problem der Weltstadt, Berlin 1959, S. XVIII
- (2) Definition wichtiger Kennziffern und Begriffe für Planung und Statistik, in: Schriftenreihe Statistische Praxis, Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1963, S. 282
- (3) Eckert, M., Aufbau und Betrieb elektrischer Straßenbeleuchtungsanlagen, in: Schriftenreihe Kommunalwirtschaft, Heft 22, S. 122
- (4) TGL 0-5044 Straßenbeleuchtung – Richtlinien, S. 2, Tabelle 2
- (5) Menken und Gleite, Handbuch des Stadtstraßenbaues und der städtischen Straßenreinigung, VEB Verlag Technik, Berlin 1956
- (6) Städtehygiene 1962, Heft 9, S. 183
- (7) Städtehygiene 1962, Heft 9, S. 187

Tabelle 6 Verteilung der Stadtstraßen auf die Klein-, Mittel- und Großstädte in zwei Bezirken der DDR

Städte mit Einwohnerzahl	Bezirk Karl-Marx-Stadt		Bezirk Frankfurt (Oder)	
	Stadtstraßen in Kilometer	%	Stadtstraßen in Kilometer	%
10 000 ... 20 000	793,7	31,6	383,3	44,7
20 000 ... 50 000	829,8	33,0	253,8	29,6
50 000 ... 100 000	196,0	7,7	220,5	25,7
über 100 000	594,8	27,7	—	—
Insgesamt	2514,3	100,0	857,6	100,0

Tabelle 7 Abhängigkeit der Höhe der Betriebs- und Unterhaltungskosten von Kläranlagen in den USA je Einwohner und Jahr von der Bevölkerungszahl

Zahl der angeschlossenen Einwohner	Mechanische Klärung	Belebungsanlage	Schwachlast-tropfkörper	Spültropfkörper
bei 1 000	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
1 000 ... 10 000	52,8 %	53,6 %	37,2 %	29,8 %
10 000 ... 100 000	34,1 %	34,5 %	21,3 %	16,0 %
100 000 ... 1 000 000	25,1 %	25,1 %	—	—

Tabelle 8 Relationen der jährlichen Gesamtkosten von öffentlichen Kläranlagen in Westdeutschland

a) bezogen auf Einwohnergleichwerte

Anzahl der angeschlossenen Einwohnergleichwerte	Verhältnis der Kosten je Einwohnergleichwert
bis 1 000	100,0 %
1 000 ... 10 000	98,4 %
10 000 ... 50 000	81,8 %
50 000 ... 100 000	39,8 %
über 100 000	30,4 %

b) bezogen auf 1 m³ zu reinigendes Abwasser

Anzahl der angeschlossenen Einwohnergleichwerte	Verhältnis der Kosten/m³ Abwasser
bis 1 000	100,0 %
1 000 ... 10 000	48,1 %
10 000 ... 50 000	29,6 %
50 000 ... 100 000	14,8 %
über 100 000	18,5 %

Tabelle 9 Relationen der Baukosten öffentlicher Kläranlagen in Westdeutschland

a) bezogen auf die Einwohnergleichwerte

Anzahl der Einwohnergleichwerte	Verhältnis der Kosten je Einwohnergleichwert
bis 1 000	100,0 %
1 000 ... 10 000	85,4 %
10 000 ... 50 000	61,9 %
50 000 ... 100 000	31,7 %
über 100 000	27,7 %

b) bezogen auf 1 m³ zu reinigendes Abwasser

Anzahl der Einwohnergleichwerte	Verhältnis der Kosten/m³ Abwasser
bis 1 000	100,0 %
1 000 ... 10 000	85,7 %
10 000 ... 50 000	38,6 %
50 000 ... 100 000	25,5 %
über 100 000	23,6 %

Gebietskomplexe Planung für die Trinkwassertalsperre Lichtenberg

Bauingenieur Heinz Klemm

Planungsverfasser:

Bauingenieur H. Klemm
Dipl.-Geograph E. Künzel
Dipl.-Landwirt G. Löwe
Gartenarchitekt J. Reintrock
Dipl.-Ing. J. Gaudich

Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Karl-Marx-Stadt

Die Förderung des Lebensstandards der Bevölkerung und die allseitige Entwicklung unserer Volkswirtschaft sind in bedeutendem Maße abhängig von einer jederzeit ausreichenden Trink- und Brauchwasserversorgung. Der wirtschaftliche Aufschwung bewirkt ein ständiges Ansteigen des Wasserbedarfs.

Der Bezirk Karl-Marx-Stadt ist ein typisches Beispiel dafür. Die Fläche des Bezirkes beträgt 5,5 Prozent der Gesamtfläche der DDR, der Bevölkerungsanteil dagegen 12,3 Prozent und das Produktionsvolumen der Wirtschaft 16 Prozent. Mit 349 EW/km² ist der Bezirk der am dichtesten besiedelte in der DDR. Infolge dichter Besiedlung und des hohen Industrialisierungsgrades ist der Wasserbedarf aus örtlichen Vorkommen kaum noch zu decken.

Wenn auch im Erzgebirge große Regengebiete (Fichtelberg 1200 mm und Auersberg 1340 mm Niederschlag) bestehen, so ist doch wegen der geringen Verwitterungsschicht über den kompakten Grundgesteinen die Wasseraufnahmefähigkeit sehr gering. Das hier zu gewinnende Kluft- und Spaltenwasser ist kein Grundwasser, wie es zum Beispiel in den Sandformationen angetroffen wird. Das Wasser fließt zum großen Teil ungenutzt und bei stärkeren Regenfällen sogar zu Katastrophen führend zum Meer ab. In Trockenzeiten dagegen vermindert sich die Niedrigwasserführung bis auf 5 Prozent des Mittelwassers und bewirkt damit auch wieder Schäden. Zur Vermeidung dieses Widerspruches zwischen Wasserreichtum und Wassermangel im gleichen Raum ist es unerlässlich, künstliche Großspeicher in Form von Talsperren zu bauen, um das Oberflächenwasser rationell auszunutzen.

Obwohl damit mehr oder weniger harte Eingriffe in die Struktur des Gebietes und damit auch gewisse Opfer für die betroffenen Bewohner verbunden sind, lassen sie sich im Interesse der Gesellschaft nicht vermeiden.

Vorbereitung des Talsperrenbaus

Die Vorbereitungsarbeiten beginnen unter anderem mit dem Untersuchen der Auswirkungen auf das Gebiet durch ein Kollektiv des Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Karl-Marx-Stadt. In einer gebietskomplexen Planung wird dann dargelegt, in welcher Weise das Gleichgewicht in der Siedlungsstruktur, der Wirtschaft und der Landschaft wieder herzustellen ist. Da Trinkwassertalsperren im Gegensatz zu Brauchwassertalsperren aus wasserwirtschaftlichen Gründen auch über den Stauraum hinaus Auswirkungen auf das gesamte Einzugsgebiet nach sich ziehen, soll die kürzlich abgeschlossene gebietskomplexe Planung für die Trinkwassertalsperre Lichtenberg erläutert werden.

Volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Talsperre Lichtenberg

Der Raum Freiberg – Brand-Erbisdorf ist ein Industrieschwerpunkt des Bezirkes Karl-Marx-Stadt, in dem erheblicher Wassermangel besteht. Erweiterungen der bedeutsamen Montanindustrie und der damit verbundene Wohnungsbau verschärfen die Versorgungssituation immer mehr. Die Wasservorkommen der umliegenden Gemeinden sind durch den Bergbau stark reduziert worden. Die sich ergebende Fehlmenge kann nur aus dem Oberflächenauftreten mittels Talsperrenversorgung abgedeckt werden.

Technische Daten

Einzugsgebiet	38,5 km ²
Staufläche	107,3 ha
Stauinhalt, nutzbar	14,0 hm ³
Gesamtstauraum	15,9 hm ³
Stauziel	493,57 m ü. NN
Garantierte Trinkwasserabgabe	430 l/s
Vorgesehene Bauzeit	1966 bis 1971

Ein geeigneter Standort für die Sperrstelle wurde im Tale der Gimmlitz, einem Zufluß zur Freiburger Mulde, oberhalb der Gemeinde Lichtenberg ausgewählt. Außer dem Raum Freiberg – Brand-Erbisdorf sollen auch mehrere Gemeinden der Kreise Flöha, Bezirk Karl-Marx-Stadt, und Dippoldiswalde, Bezirk Dresden, Trinkwasser aus der Talsperre erhalten.

Die Talsperre Lichtenberg wird im Verbund mit der Talsperre Gottfeuba betrieben werden.

Schutzmaßnahmen

Schon an das der Talsperre zufließende Rohwasser aus der Gimmlitz und die in sie einmündenden Seitengewässer müssen hohe Anforderungen gestellt werden, denn das abzugebende Trinkwasser soll den ästhetischen und hygienischen Erwartungen entsprechen. Ungenügend gereinigte Abwässer dürfen nicht in die Zuflüsse gelangen, da sie Krankheitserreger enthalten können. Sie sind aber auch insbesondere deshalb den Zuflüssen fernzuhalten, da sie selbst nach einer mechanisch-biologischen Reinigung noch große Mengen an Pflanzennährstoffen enthalten. Das gleiche gilt für Abschwemmungen von Phosphaten, Nitraten und anderen Nährstoffen von landwirtschaftlich genutzten Einrichtungen und Flächen. Diese Nährstoffe würden in der Talsperre eine Massenentfaltung von Plankton hervorrufen und zu eutrophen Verhältnissen mit Verminderung des Sauerstoffgehaltes führen. Im Extremfall bildet sich dann in größeren Mengen Schwefelwasserstoff, und trotz Aufbereitung ist eine Verwendung des gespeicherten Wassers für Trinkwasserzwecke nicht mehr möglich. Obendrein sind noch Schäden an Armaturen und Rohrleitungen zu erwarten.

Da für die Talsperre Lichtenberg der Idealzustand – ein entsiedeltes und völlig bewaldetes Einzugsgebiet – nicht zu erreichen war, mußte eine optimale Lösung zwischen den wasserwirtschaftlichen Forderungen und den siedlungsplanerischen Gesichtspunkten angestrebt werden. Ausgangspunkt für die gesamte Planung war eine Gliederung des Einzugsgebietes in Schutzgebiete (Schutzzonen) nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen auf dem Gebiet der Hydrobiologie.

In die Schutzzone I wurde der Stauraum und die ihn umgebende, etwa 100 m breite Uferzone eingestuft. Diese Schutzzone darf künftig nicht mehr bewohnt werden. Die vorhandene Bebauung ist abzurechen, und die Uferzone wird aufgeforstet.

Zur Schutzzone II wurden alle der Talsperre zufließenden Wasserläufe und die in diese eingeschlossenen Stauhaltungen (Teiche) mit beiderseitigen, bis 30 m breiten Uferschutzstreifen erklärt. In dieser Schutzzone dürfen Gebäude und Einrichtungen nur dann verbleiben, wenn die anfallenden Abwässer in einer für den Talsperrenbetrieb gefahrlosen Weise beseitigt werden können. Es ergeben sich Gebäudeabbrüche nahezu bis zum Ursprung der Gimmlitz, aber insbesondere in der dicht bebauten Aue des Dittersbacher Dorfbaches. Das außerhalb der vorerwähnten Schutzzonen gelegene Gebiet ergibt die Schutzzone III. Da in den Schutzzonen I und II sehr wirksame Maßnahmen zum Schutze des Talsperrenwassers getroffen werden, ergeben sich in der Schutzzone III keine wesentlichen Änderungen in der Flächennutzung. Allerdings muß die Bewirtschaftung künftig noch mehr unter dem Gesichtspunkt des Erosionsschutzes erfolgen. Es sind Maßnahmen zu unterlassen, die eine Vergrößerung der Einwohneranzahl mit sich bringen, den Zustrom Fremder (Urlauber, Touristen, Arbeitskräfte usw.) fördern oder eine Gefährdung der Wassergüte bewirken können. In der Schutzzone III sind in den Ortslagen von Dittersbach und Burkersdorf zusätzliche Schutzstreifen ausgewiesen worden, in denen das organische Düngen, Neu- und Ersatzbauten sowie die Anlage von Friedhöfen untersagt sind.

Auswirkungen auf das Gebiet

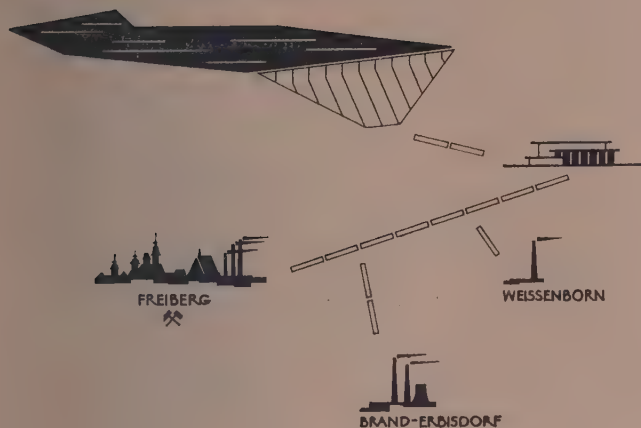
Der Einzugsbereich der oberen Gimmlitz reicht fast bis auf den Kamm des Osterzgebirges und erstreckt sich administrativ gesehen über acht Gemeindefluren, wobei nicht alle Ortslagen unmittelbar im Einzugsgebiet der Talsperre liegen, sondern sich außerhalb der Wasserscheide befinden.

In dem 38,5 km² großen Einzugsgebiet wohnen daher nur 1274 Personen (33,09 EW/km²). Berücksichtigt man noch, daß das Gimmlitztal ein bevorzugtes Erholungsgebiet ist und daß im Einzugsbereich Erholungseinrichtungen vorhanden sind, die zusammen mit privaten Vermietungen noch etwa 700 Urlauber während der Sommersaison beherbergen, so erhöht sich die Bevölkerungsdichte auf 50,74 EW/km² (Einwohnerdichte Karl-Marx-Stadt = 349 EW/km²).

1

Schema der Trinkwasserversorgung des Industriegebietes Freiberg – Brand-Erbisdorf aus der Talsperre Lichtenberg

1

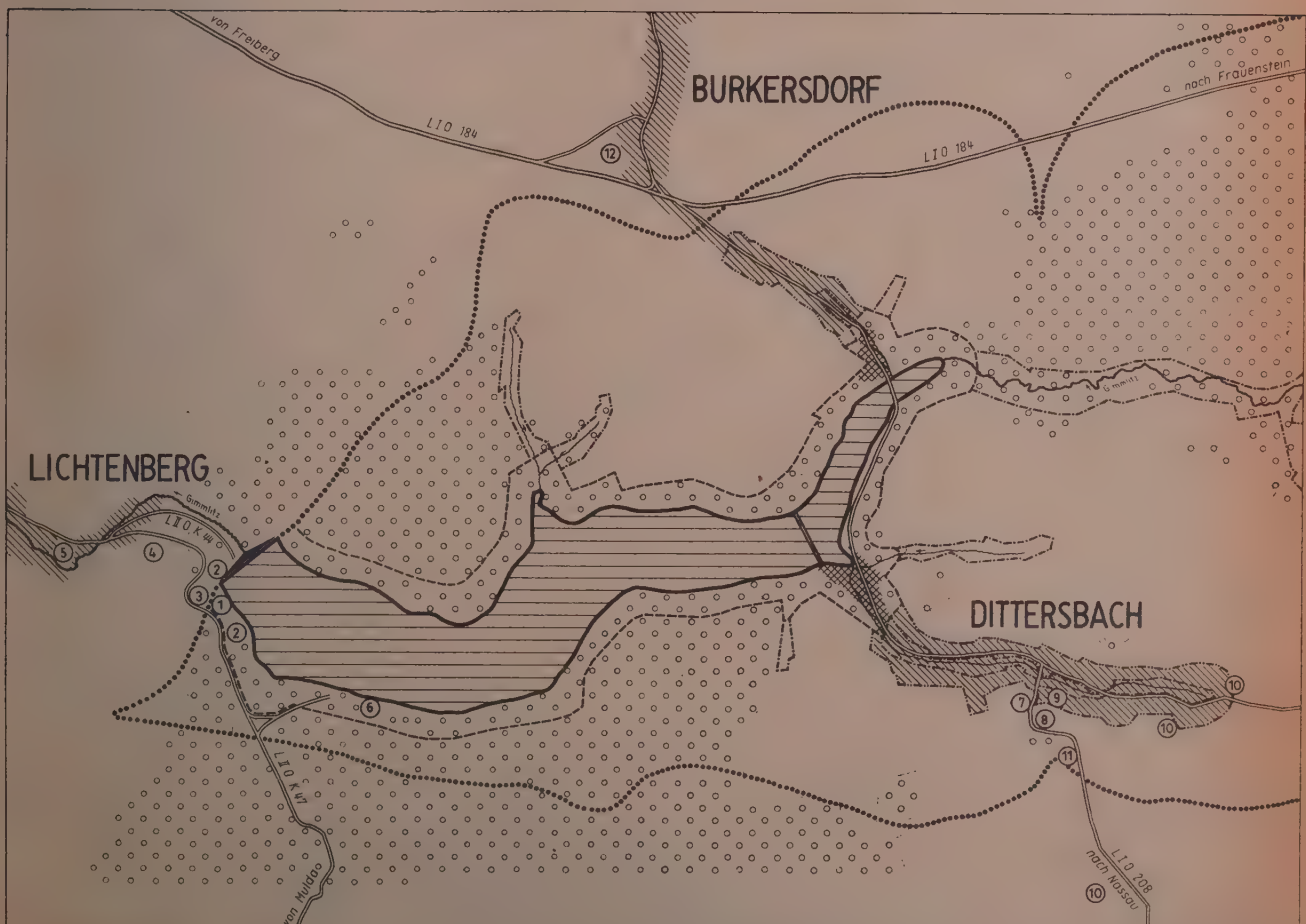


2

Plan der Ersatzbauten und Folgeeinrichtungen

- 1 Stauwärtergebäude
- 2 Baustelleneinrichtung
- 3 Revierförsterei
- 4 Bauarbeiterwohnlager
- 5 Trinkwasseraufbereitungsanlage
- 6 Steinbruch
- 7 Gaststätte
- 8 Wohnungsbau
- 9 Sportplatz
- 10 Bauten für die Landwirtschaft
- 11 Friedhof
- 12 MT-Station

- Grenze der Schutzzone I
- Grenze der Schutzzone II
- Grenze des Schutzstreifens in Ortslagen
- Grenze des Einzugsgebietes (Wasserscheide)
- Abbruchgebiete
- Wald



2

Diese für eine Trinkwassertalsperre äußerst günstige Voraussetzung der geringen Besiedlungsdichte erfährt allerdings dadurch eine gewisse Einschränkung, daß sich die Ortslage der Gemeinde Dittersbach (605 EW) zu 96 Prozent im Einzugsgebiet befindet, unmittelbar am künftigen Stausee liegt und zum Teil sogar überstaut wird. Neben der Gemeinde Dittersbach sind es dann noch die Gemeinden Lichtenberg, Burkersdorf, Frauenstein, Reichenau, Hermsdorf und Nassau, von denen Ortsteile oder auch nur Einzelstandorte im Einzugsgebiet liegen und eine Beeinträchtigung der Wasserqualität herbeiführen können.

Die erwähnten Gemeinden, mit Ausnahme von Frauenstein und Lichtenberg, stellen ihrer sozialen Struktur nach Bauern-Arbeiter-Gemeinden dar, wobei die relativ starke Durchsetzung mit Handwerksbetrieben charakteristisch ist. Größere Industriebetriebe fehlen nicht zuletzt dadurch, daß sich diese Siedlungen etwas abseits von Hauptverkehrslinien entwickelten. Das Angebot von Arbeitsplätzen innerhalb des Einzugsgebietes ist daher gering. 24 Prozent aller Beschäftigten haben ihren Arbeitsplatz außerhalb der Wohn-gemeinde und pendeln in die Industriebereiche der näheren und weiteren Umgebung, wie Freiberg, Brand-Erbisdorf, Schmiedeberg, Freital und Dippoldiswalde, aus.

Durch den Bau der Talsperre wird die historisch entstandene Siedlungsstruktur nur unwesentlich beeinflußt. Die Ansiedlungen bleiben bis auf die in den Schutzzonen I und II notwendig werdenden Abbrüche bestehen. Insgesamt müssen 145 Gebäude mit 153 WE (441 EW) und Erholungseinrichtungen mit 259 Betten abgebrochen werden. Ein Ersatz für die Erholungseinrichtungen erfolgt nicht, da der Zustrom in stationäre Einrichtungen unterbleiben soll. Ersatz für abzubrechende Wohnungseinheiten erfolgt im Raum Freiberg Brand-Erbisdorf. Ein Ersatzwohnungsbau innerhalb des Einzugsgebietes ist nur in Dittersbach in dem für die Aufrechterhaltung der Landwirtschaft unbedingt nötigen Umfang vorgesehen.

Soweit begründet, wird auch für die Einrichtungen überörtlicher Bedeutung und für örtliche Versorgungseinrichtungen Ersatz geschaffen (nur Dittersbach).

An überörtlichen Einrichtungen sind folgende Umstellungen vorgesehen:

■ Der Schulbereich Burkersdorf wird verändert. Die Zubringerschule in Dittersbach (1. bis 4. Schuljahr) ist mit elf Schülern nicht mehr ausgelastet und wird einer anderen Nutzung zugeführt. Die Beschulung der Kinder von Dittersbach erfolgt in der etwa 4 km entfernten polytechnischen Oberschule Burkersdorf. Der Transport erfolgt mit Schulbus.

■ Die PGH „Fame“ (Fahrzeug und Metalle) wird verlagert. Für diese PGH, die den Charakter eines Produktionsbetriebes (Bau von Arbeiterwohnwagen u. ä.) besitzt, konnte eine Verlagerung in eine ehemalige Pappfabrik nach Rechenberg-Bienenmühle herbeigeführt werden. Da 57 Prozent der PGH-Mitglieder von der Umsiedlung betroffen werden, ist für diese in Rechenberg-Bienenmühle Ersatzwohnungsbau vorgesehen.

Für die Gemeinde Dittersbach wurde ein Dorfentwicklungsplan auf der Grundlage von 330 EW erarbeitet. Durch den Ersatz von örtlichen Einrichtungen behält die Gemeinde ihre Funktionsfähigkeit.

Auch für die übrigen im Einzugsgebiet gelegenen Gemeinden wurden Einwohnerrichtwerte ausgewiesen, die nicht überschritten werden dürfen.

Sanierung des Einzugsgebietes

Da die Bachauen von Baulichkeiten beräumt werden, ergibt sich die Möglichkeit, die Abwässer der außerhalb der Schutzzonen I und II verbleibenden Siedlungen mit relativ geringem Kostenaufwand in einer für den Talsperrenbetrieb gefahrlosen Weise zu beseitigen. Die Abwässer sind auf den Grünlandflächen zwischen den Gebäuden und den Talsperrenzufüssen unter teilweiser Zwischenschaltung von Absetzgruben zu versickern oder zu verrieseln. So gelangen die Abwässer nicht unmittelbar in die Gewässer. Der besondere Vorteil ist darin zu sehen, daß die im Abwasser enthaltenen Nährstoffe von den Pflanzen eliminiert werden. In den Dorfbach Dittersbach werden zwei Oxydationsteiche eingeschaltet. Der Bau von kostenaufwendigen Sammelkanalisationen und Kläranlagen, die sonst für die Gemeinde Dittersbach und den Ortsteil Tempel der Gemeinde Burkersdorf hätten gebaut werden müssen, konnte so unterbleiben. Für den zum Einzugsgebiet gehörenden Siedlungsteil Walkmühlenstraße der Stadt Frauenstein wird im Anschluß an die vorhandene Mischwasserkanalisation eine mechanisch wirkende Kläranlage gebaut, an die sich ein Oxydationsteich anschließt (Nutzung eines vorhandenen Teiches). Die Abwässer werden dann versickert. Die Abwässer der flüßaufwärts verbleibenden Einzelobjekte werden ebenfalls in ausreichender Entfernung von Gewässern versickert.

Landwirtschaft

Höhenlage der im Einzugsgebiet gelegenen landwirtschaftlichen Nutzfläche (460 bis 750 m ü. NN), Klima (mittlere Jahresniederschlagssumme 840 mm) und Bodenqualität (durchschnittliche Ackerzahlen 45 bis 30, Grünlandzahlen 46 bis 39) gestatten eine für Mittelgebirgsverhältnisse relativ vielseitige Organisation der landwirtschaftlichen Bodennutzung. Der Grünlandanteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche liegt zwischen 20 und 30 Prozent, die Acker-nutzung ist durch die überlieferte klein- und mittelbäuerliche Struktur auch auf stärker geneigte Flächen ausgedehnt. Größere landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften vom Typ III reichen von außen in das Einzugsgebiet herein. In der durch Abbruchmaßnahmen am stärksten betroffenen Gemeinde Dittersbach befindet sich die LPG Typ I auf dem Wege zum Typ III. Im Zusammenhang damit geplante Stallbauten konnten rechtzeitig im Rahmen der gebietskomplexen Planung auf wassergütwirtschaftlich weniger gefährliche oder unbedenkliche Standorte verlagert werden.

Die Viehwirtschaft beruht vorwiegend auf Rinderhaltung und daneben auf Schweinehaltung. Es wird ein Viehbesatz von etwa 100 GV/100 ha LN erreicht. Im Einzugsgebiet werden knapp 2000 Stück Großvieh gehalten. Berührungspunkte zwischen Talsperrenbau und Landwirtschaft ergeben sich durch Gebäude- und Flächenverluste infolge von Überstau, Baumaßnahmen für Ersatzbauten, Trinkwasseraufbereitung, Straßenverlegung und anderes. Da es sich um eine Trinkwassertalsperre handelt, sind zusätzliche Abbrüche und Aufforstungen für Schutzmaßnahmen nötig, die sich bei Wirtschaftsgebäuden (21 Betriebe) vorwiegend in Dittersbach und Burkersdorf auswirken, während Flächenverluste im gesamten Einzugsgebiet wirksam werden (276 ha LN). Neben anderen Verschmutzungen sollen damit vorwiegend die Eintragungen von Nährstoffen in Wasserläufe und Talsperre verhindert werden. Hauptursache hierfür sind die Viehhaltungen in den Ortschaften, das Düngen der Nutzflächen und der Abtrag von Bodenteilen (Erosion). Gegen diese Gefahren richten sich Abbrüche und Aufforstungen (227 ha) in nächster Nähe von Talsperre und zufließenden Wasserläufen. Ferner sind sowohl in wassergütwirtschaftlichem als auch landwirtschaftlichem Interesse Grünlandansaat (289 ha LN) vorgesehen, um Erosionserscheinungen einzudämmen und zugleich die Einführung fortschrittlicher Produktionsmethoden (z. B. Großmaschineneinsatz) auf komplexen Acker- und Grünlandflächen zu ermöglichen. Aufforstungsmaßnahmen erfolgen außer in der Uferzone des Staurumes auf sehr steilen landwirtschaftlichen Hanglagen und sehr feuchten Talwiesen, auf denen die bisherige Handmäh wegen Arbeitskräftemangel und der Unmöglichkeit, Maschinen einzusetzen, nicht mehr erfolgen kann und eine Beweidung ebenfalls unmöglich ist. Düngungsbeschränkungen (organischer Dünger, Superphosphat) beziehen sich nur auf Grünland in Nähe der Wasserläufe (Schutzzone II, Ackerland muß angesät werden). Sie lassen sich durch andere, speziell mineralische Düngerformen ersetzen und bringen keine Ertragseinbußen mit sich. Die Bewirtschaftung des verbleibenden Ackerlandes und des Grünlandes in der Schutzzone III kann ohne Einschränkung unter Beachtung erosionshindernder Maßnahmen weitergeführt werden.

Diese Maßnahmen wirken sich auf die Betriebsorganisation der Landwirtschaft aus und werden andererseits durch sie in der Perspektive unterstützt. Durch Flächenverluste verringert sich die Viehhaltung. Infolge des erhöhten Grünlandanteiles (30 bis 40 Prozent) wird die Rinderhaltung gegenüber der Schweinehaltung weiter an Bedeutung gewinnen. Weniger standortgebundene Viehhaltungszweige (Schafe, Schweine), aber auch Rinderställe werden im Zuge der Ersatzbaumaßnahmen und der genossenschaftlichen Konzentration im größtmöglichen Abstand zum Stauraum und zu Wasserläufen, meistens außerhalb der Wasserscheide, untergebracht. Die Gebietsstruktur ermöglicht diese günstige Lösung, weil alle Wirtschaftsbereiche von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit ihrem Schwergewicht außerhalb des Trinkwassereinzugsgebietes liegen.

Auch die Verlagerung des MT-Stützpunktes von Dittersbach über die Wasserscheide nach Burkersdorf ist mit wirtschaftlichen Vorteilen verbunden.

Landschaftsgestaltung

Das günstige Verhältnis der bestehenden Waldbodenfläche zur Gesamtfläche des Einzugsgebietes mit einem Anteil von 44,4 Prozent kann als eine weitere gute Voraussetzung für die Anlage und Funktion der geplanten Trinkwassertalsperre betrachtet werden. Durch die vorgesehenen Aufforstungen wird sich dieses Verhältnis künftig noch günstiger gestalten, so daß schließlich über 50 Prozent der Gesamtfläche mit Wald bestockt sein werden.

Der Bau der Trinkwassertalsperre mit ihren Folgen wird eine wesentliche Veränderung der bestehenden landschaftlichen Situation nach sich ziehen. Diese wirken sich besonders im unmittelbaren Staubereich aus, ziehen sich aber auch im weiteren Bereich der Talque bis in das Quellgebiet der Gimmlitz hoch. Dabei ist der ent-

scheidende Anlaß der forstlichen und landeskulturellen Maßnahmen die weitestgehende Verhinderung von Bodenabtrag und damit von einer Nährstoffeinschwemmung durch Erosion aus den umliegenden Hochflächen in den Staubeichen. Aber auch der jetzige Zustand der Wälder, deren teilweise zu starke Auslichtung, Monokulturen und fehlende Bodenvegetation wirken sich sehr ungünstig auf den gesamten Wasserhaushalt aus. Das innerhalb der Schutzzone I liegende Gelände wird, soweit es nicht bereits mit Wald bestanden ist, unter Zugrundelegung der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse über Waldflächen an Trinkwassersperrern restlos aufgeforstet. Außer einer pfleglichen forstwirtschaftlichen Nutzung ist in der Schutzzone I keine andere Bewirtschaftung zugelassen.

Auch für das gesamte übrige Einzugsgebiet werden weitere forstliche und landeskulturelle Maßnahmen notwendig. Sie erfolgen in Anbetracht der Tatsache, daß es sich hier um ein Erholungsgebiet handelt, das zudem gegenwärtig relativ stark frequentiert ist, in engster Zusammenarbeit mit der Landschaftsgestaltung. Ziel aller Maßnahmen ist, den landschaftlichen Charakter insbesondere der Talauflage unter Beachtung der Bedingungen für die Gewinnung eines einwandfreien Trinkwassers möglichst zu erhalten. Erosionsgefährdete Standorte, Hanglagen mit einem Gefälle von mehr als 20 Prozent sind je nach den örtlichen Verhältnissen ebenso wie landwirtschaftliche Grenzertragsböden aufzuforsten.

Außerhalb der geschlossenen Waldbestände ist der Flurholzanbau als unmittelbare Folgemaßnahme zu fördern. Der Landschaftsraum des Einzugsgebietes ist teilweise mit flurschützenden Gehölzen in Form von Hecken entlang den Feldrainen und mit Einzelgehölzgruppen ausreichend versehen. Andererseits sind auch erosionsgefährdete Flächen vorhanden, die landwirtschaftlich genutzt und von jeglichem Gehölzschutz völlig entblößt sind. Im Rahmen der Flurneuordnung ist der vorhandene Bestand an flurschützenden Gehölzen weitestgehend zu erhalten. Die Planung sieht vor, den vorhandenen Heckenbestand teilweise zu ergänzen, wobei insbesondere für Neupflanzungen die Begrenzung von Ackerland zu Grünland aufgenommen wird.

Des weiteren werden an den Zuflüssen Verbauungsmaßnahmen durch Anwendung ingenieurbioologischer Bauweisen notwendig. An Quellen wurden nach Möglichkeit Quellschutzwälder in einer Größe von etwa 2 ha vorgesehen.

Ein großer Teil des Einzugsgebietes der künftigen Talsperre liegt im Bereich des großräumigen Erholungsgebietes Osterzgebirge, das bereits seit vielen Jahren eine gewisse Bedeutung im Urlauberverkehr im Republikmaßstab hat. Bedingt durch die hervorragende landschaftliche Lage handelt es sich hier um ein bevorzugtes Wander- und Erholungsgebiet; es erstreckt sich nach Süden bis an die Staatsgrenze zur CSSR und nach Osten bis in den Bezirk Dresden. Von besonderer Bedeutung sind dabei das mittlere und obere Gimmilitztal. Der Höhenluftkurort Frauenstein mit seinen zahlreichen Erholungseinrichtungen ist Ausgangspunkt für das sich südlich und östlich anschließende Erholungsgebiet. Die Planung für das gesamte Einzugsgebiet dieser Talsperre mußte deshalb die Forderungen der Wassergüterwirtschaft mit denen des Erholungswesens in Einklang bringen. Dementsprechend wurde auch durch einen Beschluß des Rates des Kreises Brand-Erbisdorf der betreffende Teil des Einzugsgebietes in das Landschaftsschutzgebiet „Osterzgebirge“ einbezogen.

Verkehr

Das Verkehrsgebiet im Einzugsbereich der Talsperre weist auf allen Straßen Verkehr geringer Stärke auf, der aus zwischenörtlichem Verkehr der unmittelbar betroffenen Gemeinden Lichtenberg, Dittersbach und Burkertsdorf mit den angrenzenden Gemeinden und überörtlichem Verkehr mit den Städten Freiberg, Frauenstein und Brand-Erbisdorf besteht. Die Bedeutung der Stadt Brand-Erbisdorf als Kreisstadt und Pendlerziel, der Stadt Freiberg als Pendlerziel und Ausgangsort für die Versorgung, der Orte Mulda und Weißenborn als Pendlerziele sind die Ursache der Haupttrichtung des Verkehrs aus dem Talsperrenbereich nach Westen.

Südlich tangiert die Reichsbahnstrecke Freiberg–Hermsdorf/Rehefeld das Verkehrsgebiet. An dieser Strecke ist der Bahnhof Lichtenberg als Umschlagbahnhof vorgesehen.

Die bedeutendste Straßenverbindung ist die Landstraße I. Ordnung 184 Freiberg–Weißenborn–Frauenstein, die aber wegen schlechten Bauzustandes zwischen Weißenborn und Burkertsdorf gesperrt ist. Die Landstraße I. Ordnung 208 Naundorf–Rechenberg–Bienenmühle wird zwischen Dittersbach und Burkertsdorf auf etwa 800 m Länge überstaut. Ebenso liegen die Landstraße II. Ordnung K 47 Mulda–Dittersbach und die Landstraße II. Ordnung K 44 Lichtenberg–Einsiedlung in die K 47 im Stauraum. Durch die Sperrung der Landstraße I. Ordnung 184 hat sich eine Verlagerung des Verkehrs auf die dafür ungeeignete Landstraße II. Ordnung K 44/47 ergeben. Die parallel zur Landstraße I. Ordnung 184 und Landstraße II. Ordnung K 44/47 verlaufende Landstraße I. Ordnung 209 Weißenborn–Mulda nach Friedebach und die Kreisstraße Mulda–Rechenberg–Bienen-

mühle verdichten das Straßennetz, ohne von Maßnahmen des Talsperrenbaus berührt zu werden.

Die Landstraße I. Ordnung 208 wird bei Dittersbach durch eine neue Trasse am linken Hang der Vorsperre ersetzt. Sie führt über die Staudämme der Vorbecken Dittersbach und Burkertsdorf. Für den Ersatz der Landstraße II. Ordnung K 44/47 standen zwei Varianten zur Diskussion:

■ Ausbau der Straßenverbindung Dittersbach–Burkertsdorf–Lichtenberg über die Landstraße I. Ordnung 208 – Landstraße I. Ordnung 184 – Mittelerzgebirgische Straße.

■ Neubau einer Straße am linken Hang zwischen Lichtenberg und Dittersbach.

Unabhängig davon sind eine Baustraße, die vom Ortsausgang Lichtenberg zur Baustelleneinrichtung führt, sowie Forstwirtschaftswegen am linken und rechten Hang des Stausees erforderlich.

Obwohl bei der zweiten Variante die Baustraße als Ersatzstraße benutzt werden kann, wurde von dieser Variante abgesehen. Die Straße müßte nach Festlegung der Schutzonenordnung außerhalb der Schutzzone I verlaufen. Das würde trotz Benutzung der Straße für die Zwecke der Forstwirtschaft Stichwege am Steilhang bis zur Wasserlinie erforderlich machen. Dazu käme eine unbegründete Verdichtung des Straßennetzes, wenn die zur Zeit gesperrte Landstraße I. Ordnung 184 wieder instand gesetzt ist. Beziehungen zwischen Dittersbach und Lichtenberg, die eine Direktverbindung beider Orte rechtfertigen, sind derzeit und auch nach dem Bau der Talsperre nicht vorhanden. Die Pendlerbewegung geht stark zurück. Es wurde deshalb auf die erste Variante zurückgegriffen. Damit erfolgen der Ausbau der Ersatzverbindung Dittersbach–Burkertsdorf–Lichtenberg (LIO 208/LIO 184), die Anlage der Baustraße Lichtenberg–Baustelleneinrichtung–Anschluß an die Landstraße II. Ordnung K 47 nach Mulda für den Baustofftransport sowie der Bau von Forstwirtschaftswegen. Obwohl die augenblicklichen Kosten für diese Variante um etwa 15 Prozent höher liegen als die andere Variante, ist zu berücksichtigen, daß der Ausbau der zur Zeit gesperrten Landstraße I. Ordnung 184 auch bei der zweiten Variante erfolgen müßte. Der Kostenvergleich unter dieser Voraussetzung fällt zugunsten der ersten Variante aus.

In der Schutzzone I werden Beschränkungen in der Auswahl der Deckenarten auferlegt. Deshalb erhält die Landstraße I. Ordnung 208 auch außerhalb der Steigungsstrecken eine Kleinpflasterdecke (Schutz gegen Phenoleinwaschungen).

Folgemaßnahmen des Talsperrenbaus

Zur Verbesserung der kulturellen und sozialen Betreuung der Bau-schaffenden mußten Möglichkeiten gefunden werden, Zweckbauten anderer Planträger vorzuziehen, um diese zwischenzeitlich als Bauarbeiterwohnunterkünfte nutzen zu können. Obwohl in diesem Gebiet ein großer Bedarf an Feierabend- und Pflegeheimplätzen vorlag, konnten die Vertreter der Abteilung Gesundheitswesen beim Rat des Bezirkes Karl-Marx-Stadt erst nach langwierigen Verhandlungen überzeugt werden, ein kombiniertes Feierabend- und Pflegeheim mit je 80 Plätzen in das Planungsprogramm aufzunehmen. Dieser Komplex entsteht nun in der Nähe des Staubauwerkes. Der Standort erfüllt die Forderungen des Spezialbaukombinates Wasserbau Weimar für einen zügigen Bauablauf und wird auch durch seine Anbindung an die Ortslage Lichtenberg einer wesentlichen Bedingung für die Auswahl eines Feierabend- und Pflegeheimstandortes gerecht. Er ist durch die zu schaffende Baustraße günstig erschlossen.

Die Trinkwasseraufbereitungsanlage entsteht in der Ortslage Lichtenberg. Die für einen Teil der dort Beschäftigten erforderlichen Wohnungen lassen sich in dem jetzigen Feierabendheim, das aus baulichen Gründen als solches ohnehin keine Dauerlösung sein konnte, einbauen.

Als geeigneter Standort für die Aufschließung eines Steinbruches wurde ein Gneisvorkommen an der Landstraße II. Ordnung K 47 ausgewählt. Bautechnologisch liegt das Vorkommen günstig zur Einbaustelle (1 km entfernt). Nach Abschluß der Bauarbeiten kann der Steinbruch nicht weiterbetrieben werden, da er sich teilweise im künftigen Staubeereich befindet.

Der Bahnhof Lichtenberg mit einem Abstellgleis für 20 bis 30 Waggons am Tag, einem 190 m langen Ladegleis, einer 40 m breiten Ladestraße sowie vorhandener Kopf- und Seitenrampe eignet sich sehr gut als Umschlagbahnhof für Baustoffe und Geräte.

Die geforderten Anschlußwerte für Baustrom bedingen eine umfassende Rekonstruktion des vorhandenen Versorgungsnetzes und Schaffung eines Ringsystems. Das für die Talsperre Rauschenbach gebaute Usppannwerk Clausnitz kann nachfolgend für die Talsperre Lichtenberg genutzt werden.

Die gebietskomplexe Planung wurde in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen, Wirtschaftseinrichtungen und Einwohnern entwickelt. Zur Entscheidung spezieller Probleme dienten Gutachten und Stellungnahmen wissenschaftlicher Einrichtungen.

Die Planung wurde in der Zwischenzeit von den zuständigen Staatsorganen bestätigt.

Probleme der Ausbildung der Architekten an der Hochschule für Architektur in Weimar

Professor Dipl.-Architekt Hermann Räder
Dekan der Fakultät Architektur
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Die Perspektiventwicklung unseres Bauwesens zeichnet sich als wahrhafte Revolution in Architektur und Städtebau ab. Die materiellen und kulturellen Ansprüche der werktätigen Bevölkerung, die Forderung nach einer modernen Industrie und Landwirtschaft bringen im derzeitigen Stand des Sozialismus in der DDR Aufgaben von neuer Quantität, aber auch neuer Qualität. Sie sind in engem Zusammenhang mit der gesellschaftlichen und der volkswirtschaftlichen Entwicklung zu lösen.

Hieraus ergibt sich eine Fülle von technischen, ökonomischen und sozialen Problemen in ihrem Zusammenwirken mit der künstlerischen Gestaltung. Das Bauen in der DDR steht am entscheidenden Übergang zu seiner vollständigen Industrialisierung und damit zum Investitionsbauwesen. Der Plan der neuen Technik soll helfen, die materielle Basis zu verbreitern. Dazu ist vor allem die Heranbildung entsprechender Kader erforderlich.

Die Kaderausbildung wird damit zu einem Hauptproblem. Die Folgerungen, die sich daraus für die Architektur-Fakultät ergeben, sollen hier behandelt werden. Es ist verständlich, daß die Problematik durch die politischen Entscheidungen in den letzten Jahren vom VI. Parteitag und der Wirtschaftskonferenz der SED bis zum Jugendgesetz und dem Vorschlag für ein einheitliches sozialistisches Bildungs- und Erziehungssystem laufend angeregt wird, so daß schon seit Ende 1962 die Fakultät speziell an ihr arbeitet. Auf der ersten Wissenschaftlich-Ökonomischen Konferenz der Hochschule im Juni 1963 wurde der erste Vorschlag für ein neues Berufsbild beraten.

Dieses Berufsbild, das in weiterer Ausarbeitung anläßlich eines Absolvententreffens im Februar 1964 leidenschaftlich diskutiert und ergänzt wurde — das schon längst in der Deutschen Architektur veröffentlicht werden sollte —, ist letzten Endes die Grundlage für den Plan der Umgestaltung der Ausbildung der Architekten an der Fakultät.

Bevor dessen Einzelheiten und Schwerpunkte in dem neuen Studienplan und in dem veränderten und neuen Lehrprogramm besprochen wird, soll kurz die Situation der Architektur geschildert werden.

Die Architektur befindet sich in einer Krise, die auf dem Widerspruch zwischen den früheren Grundlagen des architektonischen Schaffens und den Anforderungen der zum Sozialismus arbeitenden Gesellschaft beruht. Diese Entwicklungskrise der Architektur — wir können in der Geschichte auch solche für andere Wissenschaftszweige nachweisen — hängt nicht mit ökonomischen Krisen zusammen, sondern mit den veränderten Anforderungen, die durch die neue Technik an das Investitionsbauwesen gestellt werden.

Die Architektur und natürlich auch der Städtebau haben dabei die Aufgabe, sich zu einer komplexen Wissenschaft zu entwickeln. Architektonische und bauliche Probleme sind mit den volkswirtschaftlichen, soziologischen, ingenieurtechnischen, naturwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen untrennbar verbunden. Mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen bei dem Verfahren der Planung und der Leitung hat die moderne gesellschaftliche, ökonomische, mathematische und naturwissenschaftliche Forschung ihre eigene technische Bedeutung und damit auch ihre eigene gestalterische Aussagekraft. Diese Wissenschaften können in ihrer Entwicklungstendenz keinen Bogen um die Architektur machen, sondern fordern einen neuen baulichen Niederschlag und so eine neue Qualität der Architektur. In dieser Richtung laufen daher auch unsere Vorstellungen von einem neuen Berufsbild und einem neuen Plan der Ausbildung. Der Studienplan, der dieser Problematik entsprechen soll, hat dafür eine Reihe Forderungen zu erfüllen.

■ Generell muß eine Verbesserung des gesamten Bildungsniveaus erreicht werden. Der Lehrbereich der Mathematik erhält in der Grundlagenvermittlung breitere Möglichkeiten. Eine Weiterentwicklung während des Gesamtstudiums sichert die Anwendung der

modernen Rechentechnik in möglichst allen technischen und gesellschaftlichen Teilbereichen.

■ Der Lehrbereich Baustoffkunde orientiert auf die modernen Aufgaben der Bauchemie und -physik. In der Technischen Mechanik werden die rationellen Methoden experimenteller Verfahren zur wesentlichen Ergänzung in der Statik werden. Der Unterricht in der Bauwirtschaft wird weiter ausgebaut. Die Technologie der Bauproduktion, Preisermittlung und Kostenplanung, die Mechanisierung und das Baumaschinenwesen werden über die Informationen hinaus in den Komplexübungen der Baugestaltung und Baukonstruktion der Unterstufe und im Entwurf der Oberstufe vermittelt.

■ Die bewährte Ausbildung in der Baugestaltung orientiert im Schwerpunkt immer mehr auf die industriellen Bauweisen, wobei die Vermittlung der traditionellen Bauweisen als Ausgangspunkt der Grundlagenvermittlung ihre Bedeutung behält. Die gesamte Installationstechnik wird in enger Bindung an die Baugestaltung in den komplexen Lehrveranstaltungen gründlich und rationell vermittelt.

Die Verbesserung des Bildungsniveaus in den einzelnen Lehrfächern, von denen die angeführten nur als Beispiel gelten sollen, wird aber nicht angestrebt durch eine bloße Verlagerung der Schwerpunkte der Ausbildung auf neue technische Fachbereiche oder durch die Vernachlässigung der künstlerischen Ausbildung, sondern durch eine rationelle Verschmelzung der Lehrprogramme und Lehrveranstaltungen. Das geschieht vor allem in den neu eingeführten Komplexübungen. In diesen sind Studenten in verschiedene Kollektive aufgeteilt und führen ihre Übungen an verschiedenen Aufgaben durch. Dabei erhalten sie Korrekturen und Konsultationen gleichzeitig aus allen Lehrbereichen und führen die Auswertung gemeinsam mit allen Lehrenden durch.

■ Weiter soll die Qualität der Ausbildung dadurch verbessert werden, daß der seminaristischen Durcharbeitung der Stoffgebiete mehr Raum und Zeit im Studium und Stundenplan eingeräumt wird, wie überhaupt die Pflichtveranstaltungen allgemein auf 30 Wochenstunden reduziert wurden, um den Studenten wirklich Zeit für das so wichtige und bisher oft vernachlässigte Selbststudium zu geben.

■ Dies forderte eine sinnvolle Verkürzung und Einschränkung der Vorlesungen um durchschnittlich 20 bis 30 Prozent.

■ Literaturangaben und schriftliche Vorlesungsunterlagen sollen die Komplexität des Lehrfaches sichern und das verstärkte Selbststudium anregen.

Der neue Studienplan ist unter Nutzung aller durch die Entwicklung gegebenen Erfahrungen und Perspektiven entstanden. Von den maximal 30 Wochenstunden obligatorischen Unterrichts nehmen die Übungen mindestens die Hälfte der Zeit ein. Einzelübungen und Komplexübungen sind in Abstimmung mit dem Stand der Vermittlung des Lehrstoffes angesetzt. Die vorerwähnten Lehrveranstaltungen liegen im 5. und 7. Semester.

Neu eingeführt sind in der letzten Ausbildungsphase wahlobligatorische Lehrveranstaltungen. Diese bieten zum einen die Möglichkeit eines Eingehens auf spezielle Problemstellungen und geben Spielraum für die Begabtenförderung, zum anderen sollen diese Veranstaltungen Raum geben, die neuesten Erfahrungen der Praxis unmittelbar im Lehrgehen zu verankern.

Die Umstellung des Studienplanes — der übrigens bereits ein Semester läuft und für alle Studienjahre nach dem Herbstsemester 1964 verbindlich ist — wird nur mit erheblichen Schwierigkeiten und unter Opfern von Studenten und vom Lehrkörper erreicht. Sie hat ihren Sinn vor allem darin, daß eine engere Verbindung des Architekturstudiums zur Praxis erreicht wird. Abgesehen davon, daß ab dem neuen Studienjahr grundsätzlich nur noch Bewerber, die außer dem Abitur mindestens ein Jahr voll auf dem Bau gearbeitet haben

und den Facharbeiterbrief als Maurer besitzen, aufgenommen werden, ist dem Praktikum außerhalb des Hochschulortes etwa 25 Prozent der Gesamtzeit des Studiums eingeräumt. Diese Praktika sind insgesamt auf 48 Wochen festgelegt. Sie haben entsprechend dem Verlauf des Studiums verschiedene Inhalte und versprechen eine grundsätzliche und wesentliche Verbesserung des Gesamtstudiums. Die Praktika und die Exkursionen jeweils am Schluß der einzelnen Studienjahre gewährleisten einen lebensnahen Einblick in die Baupraxis schon während des Studiums. Die Praktika liegen in voller Verantwortung der Fakultät genauso wie die Lehrveranstaltungen und bringen der Praxis bei ihrer guten Unterstützung sicher auch einen volkswirtschaftlichen Nutzen.

Neu ist besonders das große technisch-wissenschaftliche Praktikum, das für das 4. Studienjahr ab 1. Februar bis 15. September in den Entwurfsbüros absolviert wird. Der Student erhält dort auch nach Abschluß der Vermittlung der allgemeinen und der Fachgrundlagen während seiner Arbeit in der Praxis einen Einblick in das gesamte Investitionsbauwesen von der volkswirtschaftlichen Aufgabenstellung über die Projektierung bis zur Zusammenarbeit am Bau und der volkswirtschaftlichen Abrechnung und Bilanzierung. Dieses Praktikum ist sicher auch die beste Schule zum Erlernen der staatlichen Leitungstätigkeit.

Der neue Studienplan (siehe S. 766) unterscheidet in drei Ausbildungsabschnitten:

■ Unterstufe

Wie bisher vom 1. bis zum 4. Semester mit dem Schwerpunkt der Vermittlung der wissenschaftlichen und technischen Grundlagen

■ Oberstufe I

Vom 5. bis einschließlich 7. Semester mit der Hauptaufgabe der Vermittlung der Fachgrundlagen, an deren Abschluß die Erprobung im großen wissenschaftlich-technischen Praktikum steht. Nur ein erfolgreich abgeschlossenes großes Praktikum berechtigt zum weiteren Studium.

■ Oberstufe II

Dort werden die vier Pflichtentwürfe Schwerpunkt der Ausbildung sein. Einer von ihnen kann die Weiter- oder Variantenbearbeitung der Praktikumsarbeit sein, die anderen sollen vor allen Dingen in der Vertiefungsrichtung angefertigt werden. Die Fakultät hat folgende Vertiefungsrichtungen:

Baugestaltung,
Wohn- und Gesellschaftsbau,
Industriebau,
Ländliches Bauwesen,
Gebiets- und Städteplanung,
Denkmalpflege (nach Absprache mit dem Generalkonservator und besonderem Beschluß des Fakultätsrates).

Die Vertiefungsrichtungen sollen eine Spezialisierung des Studenten vorbereiten, ohne die komplexe Allgemeinbildung eines Architekten zu gefährden.

In der Oberstufe II liegen im wesentlichen nur noch die gesellschaftswissenschaftlichen Kolloquien mit obligatorischen Vorlesungen, aber eine Vielzahl von wahlobligatorischen Veranstaltungen soll die Ausbildung ergänzen. Der Student ist verpflichtet, aus diesen mindestens vier Fächer zu belegen auf der Grundlage eines persönlichen Perspektivplanes, welcher der Fakultät vor Beginn des Semesters zur Bestätigung einzureichen ist. Dadurch wird der Student schon frühzeitig zur Selbstverantwortung und zur selbständigen wissenschaftlichen Arbeit angeregt.

Dabei ist größter Wert darauf zu legen, daß besondere Vorlesungen und Seminarreihen zum volkswirtschaftlichen Denken erziehen und auf die Leitungstätigkeit vorbereiten.

Die Diplomarbeit, die in der Regel an der Vertiefungsrichtung gefertigt wird, wird in ihrer Aufgabenstellung der Praxis entnommen. Die Aufgabenstellung soll erarbeitet werden in den Entwurfsbetrieben, in denen das große Praktikum abgeleistet wurde oder der spätere Einsatz des Absolventen vorgesehen ist. Es ist bereits allgemein üblich, daß diese Betriebe zur Verteidigung der Diplomarbeiten eingeladen sind.

Neu im Plan der Ausbildung ist die seit dem 1. Februar 1964 bestehende wissenschaftliche Studentenvereinigung (WSV). Ähnlich wie an den Hochschulen der Sowjetunion haben besonders begabte und gute Studenten in ihr die Möglichkeit, schon während des Studiums in der Projektierungspraxis mitzuarbeiten. Unter Betreuung aus dem Lehrkörper übernehmen die Studenten selbständige Aufgaben und Teilaufgaben der Projektierungsbetriebe. Über die spezielle Aufgabenstellung und Organisationsform wäre zu gegebener Zeit gesondert zu berichten.

Die erste Gruppe der WSV hat zum 1. Juli 1964 ihre erste Arbeit abgeschlossen und in einer Ausstellung zur Diskussion gestellt. Schon jetzt zeigt sich, daß sich die WSV immer mehr als erzieherischer Faktor herausbildet, indem sie durch ökonomischen Anreiz zu Fleiß und Verantwortungsbewußtsein erzieht, obgleich auch der volkswirtschaftliche Nutzen dieser WSV Bedeutung haben wird.

Es ist also eine Vielfalt von Veränderungen in der Ausbildung der Fakultät Architektur im Gange. Die derzeitige Entwicklung muß als ein Experiment gewertet werden, das sorgsam die bisherigen Möglichkeiten nutzt, da ja noch immer vier Fünftel der Studentenschaft nach dem bisherigen Ausbildungsplan studiert, der aber ernsthaft die revolutionäre Veränderung in der Aufgabenstellung des Bauwesens für den Architekten berücksichtigt. Neben der Vermittlung von neuen fachlichen Qualitäten und Kenntnissen geht es im neuen Plan der Ausbildung vor allem um die Erziehung des Studenten zum volkswirtschaftlichen Denken, um die Erziehung zur Leitungstätigkeit und um die Bildung von schöpferischen Persönlichkeiten, die erfahren sind im kollektiven Arbeiten und die mit einem möglichst hohen Grad an Praxiskenntnis das Studium vollenden. Es kommt darauf an, stetig die theoretische und praktische Ausbildung der Studenten zu verbessern und die Erziehung der künftigen Fachleute zu aktiven Mitgestaltern des Sozialismus zu verstärken.

Die Fakultät hat Kader zu entwickeln, die ein hohes sozialistisches Bewußtsein haben, die über hervorragende technische, wissenschaftliche und künstlerische Fähigkeiten und Kenntnisse verfügen, die talentvolle Organisatoren sind und die ökonomisch und schöpferisch für die Erreichung höheren gesellschaftlichen Nutzens arbeiten. Die Synthese der modernen Forschung, Lehre und Erziehung soll gewährleisten, daß diese Kaderausbildung sich weiter vervollkommet, daß trotz der vielen neuen Aufgaben die Zeit des Studiums nicht überschritten wird, daß das Studium ein Kollektiv von jungen Menschen schafft, das fleißig und voller Interessiertheit im Leben steht.

Die ersten Schritte auf diesem Weg sind gegangen. In einem Jahr soll eine sorgsame Auswertung im Lehrkörper und in der Studentenschaft, aber auch die helfende Kritik von den Kollegen der Praxis zu einer weiteren Verbesserung helfen.

Manche Probleme sind hierbei noch von uns zu lösen: die Fragen des Kaderbedarfs, die weitere Klärung und Bereitstellung der notwendigen personellen und materiellen Voraussetzungen der Lehre, die weitere Unterstützung der Praxis für die Lehre. Nicht ohne Schwierigkeiten wird sich die Studentenschaft aus dem bisher mehr reglementierten Studium auf den neuen Studienplan umstellen, der die eigenschöpferische Tätigkeit, das Selbststudium in den Vordergrund stellt.

Wir sind aber der Überzeugung, daß wir in einer kollegialen und kollektiven Zusammenarbeit zwischen Studenten und Lehrkörper und mit Unterstützung und Hilfe der Praxis diesen Aufgaben gerecht werden.

LEHRVERANSTALTUNGEN		UNTERSTUFE 1-4. SEMESTER WISSENSCHAFTL. TECHN. GRUNDLAGEN												OBERSTUFE 5-7 SEMEST. FACHGRUNDLAGEN												OBERST. II. 9-10 FACHVERTIEB				DIPLOM- PRÜFUNG	SEMESTER																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																														
		1.		2.		3.		4.		5.		6.		7.		8.		9.		10.		WOCHEN																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																							
		16	17	16	17	16	17	16	17	16	17	16	17	16	17	16	17	16	17																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																										
		V	Ü	F	V	Ü	F	P	V	Ü	F	P	V	Ü	F	P	V	Ü	F	P	V			Ü	F	P	V	Ü	F		P																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																														
1	DIAL. U. HIST. MATERIALISMUS																								2	1	2	1																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																																	

Auszeichnungen

Nationalpreis

Am 5. Oktober 1964 wurde anlässlich des 15. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik für den Anteil bei der Einführung der komplexen Fließfertigung und der Blockmontage in den Industriebau, die den kurzfristigen und termingerechten Aufbau der ersten Anfahrstufe des Erdölverarbeitungswerkes Schwedt (Oder) ermöglichte, dem Kollektiv „Entwicklung der wissenschaftlichen Grundlagen der komplexen Fließfertigung im Industriebau, erprobt auf der Baustelle des Erdölverarbeitungswerkes Schwedt (Oder)“

Professor Dipl.-Ing. Ernst Ludwig,
Dresden;

Professor Dipl.-Ing. Karl-Heinz Schultz,
Berlin;

Oberingenieur Richard Kilian,
Schwedt (Oder);

Diplomökonom Karlheinz Martini,
Schwedt (Oder);

Bauingenieur Rudi Spohr, Berlin

der Nationalpreis II. Klasse für Wissenschaft und Technik verliehen.

Schinkel-Medaille

Am 9. Oktober 1964 wurde eine Reihe von Mitgliedern des Bundes Deutscher Architekten für ihre vorbildliche Arbeit im Bund mit der Schinkel-Medaille ausgezeichnet. In einer Feierstunde überreichte Professor Hanns Hopp, Präsident des BDA, die Schinkel-Medaille an folgende Kollegen:

Bauingenieur Kurt Bärbig

Gartenbauingenieur Rolf Brehme

Dipl.-Gartenbauinspektor

Johannes Brönder

Bauingenieur Martin Decker

Bauingenieur Kurt Fiedler

Bauingenieur Dieter Frießleben

Bauingenieur Max Groß

Dipl.-Ing. Hans Hamisch

Architekt BDA Andreas Hartwig

Architekt BDA Franz Herbst

Gartenbauingenieur Eberhard Horn

Bauingenieur Roland Korn

Dipl.-Ing. Ferdinand Kozick

Architekt BDA Eberhard Kühn

Bauingenieur Hans Lewitzky

Professor Reinhold Lingner

Architekt BDA Walter Litzkow

Dipl.-Ing. Karl-Heinz Mattke

Architekt BDA Arthur Nonnenmacher

Bauingenieur Helmut Rüpprich

Bauingenieur Horst Schaefer

Dipl.-Architekt Walter Schmidt

Gartenbauingenieur Gerhard Scholz

Dipl.-Ing. Karl Sommerer

Gartenbauingenieur Jörg Unglaube

Architekt BDA Hans-Georg Vollmer

Bauingenieur Hermann Wendeborn

Dipl.-Ing. Waltraud Wohlraht

Bund Deutscher Architekten

Diskussion über Rekonstruktion und Werterhaltung

Die Septemberveranstaltung der BDA-Fachgruppe Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Erfurt beschäftigte sich mit dem Thema „Probleme der Denkmalpflege bei der Vorbereitung und Durchführung von Rekonstruktions- und Werterhaltungsmaßnahmen in Städten und Dörfern“. Eine Einleitung hierzu gab Herr Dipl.-Ing. Stier vom Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Erfurt. Er wandte sich besonders an die Adresse der Stadt- und Kreisbauämter in bezug auf die finanzielle Vorbereitung von werterhaltenden Maßnahmen insbesondere an denkmalgeschützten Objekten und an den planenden Architekten, der bei der Stadtgestaltung mit seinen Ideen das kulturhistorische Erbe in Form des Baudenkmals im Bild der sozialistischen Stadt erhält.

Die vorgelegten Beispiele zeigten, daß in der Vorbereitung von Rekonstruktion- und Erhaltungsmaßnahmen insbesondere in den historischen Stadtzentren, aber auch in den Dörfern ein enges Zusammenspiel von Städtebauarchitekten, Verkehrsplanern und Denkmalspflegern zu guten Erfolgen führen kann. Das schon in der DDR „klassische“ Beispiel vom Zentrum Görlitz, die Studien der Technischen Universität Dresden unter der Anleitung von Professor Funk für Güstrow und Torgau und letztlich die Arbeiten der Stadtplanungsgruppe an der Zentrumsplanung Erfurt beweisen, daß moderne Denkmalpflege durchaus mit den Anforderungen, die der sozialistische Städtebau zu stellen hat, in Einklang zu bringen ist.

Es war erfreulich zu hören, daß sich die Vorstellungen der Denkmalpflege über den Erhaltungswert von historischen Bauten (sogenannte „Rauschebartideologie“) gewandelt haben, und daß man sich auf die Perlen der Architektur und des Städtebaus, das heißt neben Einzelobjekten und deren Umgebung (!) auf ganze Ensembles innerhalb der Städte und auf die Struktur von Stadtkernen als Gesamtheit, konzentriert.

Die Aufgaben der Rekonstruktion können nicht genug behandelt werden, zumal – gerechnet nach den Planzahlen des Bezirkes Erfurt für 1964 – der Anteil für Werterhaltung an den gesamten Mitteln für den Wohnungsbau etwa 50 Prozent umfaßt. Nicht zu klären waren in der folgenden Diskussion die Fragen der Wirtschaftlichkeit, wie sie sich bei der Rekonstruktion oder Erhaltung alter Bauten mit schlechten hygienischen und sanitären Verhältnissen ergeben. Hierzu wird im kommenden Jahr die Fachgruppe den Experten Raum zur Diskussion bieten.

Als Ergebnis der Aussprache sind folgende Schwerpunkte festzuhalten:

■ Mit der Rekonstruktion der Zentren sind die Städte in ihrer Eigenart hervorzuheben.

■ Störungen und Eingriffe insbesondere aus der Gründerzeit und danach sind zu beseitigen oder so zu mildern, daß sie die Eigenart der Städte weniger beeinträchtigen.

■ Das Dorf bedarf des gesteigerten Interesses in bezug auf Erhaltung des Dorfbildes und hervorragender Gebäude der Handwerkskunst.

■ Die planenden (gestaltenden) Organe der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung müssen nach Wegen einer engen Zusammenarbeit mit den Einrichtungen der Denkmalpflege suchen.

■ Die örtlichen Räte müssen die gesetzlichen Grundlagen mutig nutzen, um in immer größerem Umfang die gegebenen Finanzierungsquellen zur Werterhaltung sinnvoll auszuschöpfen.

■ Die Architekten und Stadttechniker müssen sich stärker mit der Rekonstruktion der Stadtzentren beschäftigen und Grundlagen für die Zentrumsgestaltung und die Nutzung der Altbauten in Stadt und Land schaffen.

■ Die Organe des Bauwesens sollten an den Schwerpunkten der Erhaltung denkmalwürdiger Objekte Spezialabteilungen oder Regiebetriebe der Denkmalpflege schaffen, die den hohen handwerklichen Anforderungen gerecht werden.

Kurt Weinrich

Das Institut für Kunststoffe der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin veranstaltet vom 22. bis 27. März 1965 die I. Internationale Tagung über glasfaserverstärkte Kunststoffe und Epoxypolymere. Tagungsanmeldungen und Unterlagen sind beim Organisationsbüro im Institut für Kunststoffe der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Berlin-Adlershof, Rudower Chaussee, anzufordern.

Gerhard Heroldt

Industrieller Wohnungsbau

Band II: Plattenbauweise

184 Seiten, 137 Abbildungen, 24 Tafeln
Leinen

18,50 MDN

Ihre Bestellungen richten Sie bitte an den örtlichen
Buchhandel oder direkt an den Verlag.

VEB Verlag für Bauwesen · Berlin W 8

Das Werk behandelt nach der Darstellung der Grundsätze der Industrialisierung des Bauens die konstruktiv-statischen und bauphysikalischen Probleme der Plattenbauweise. An vielen Beispielen wird ein Überblick über die Konstruktionselemente unter Beachtung ihres Komplettierungsgrades gegeben. Besonders ausführlich werden die Verbindungen und Fugen im Montagewohnungsbau behandelt. Ein größerer Abschnitt umfaßt die Vorfertigung von großformatigen Elementen, die Fertigungsverfahren und die Fertigungsstätten. Im Abschnitt über die Montage wird vor allem der Schnellbaufießfertigung von Wohnbauten breiter Raum gegeben.

Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 MDN beim Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Ausbau

Friedrichroda, Elastonwerk. Saller & Co. KG, Bahnhofstraße 36 b, Ruf 2 69, LAKO-Scheuerleisten, PVC-Hartprofil mit Gips- und Glasfasereinlage

Bodenbelag

Hohenfichte, Kr. Flöha (Sa.), „Parkettfabrik Metzendorf“, Herbert Schwarz KG, Telefon Augustusbürg 2 19

Dachanstriche



Hermsdorf (Thüringen)
W. Hegemann & Söhne KG
Hematect-Werk
Ruf 5 05/5 06

Dachklebemassen



Hermsdorf (Thüringen)
W. Hegemann & Söhne KG
Ruf 5 05/5 06

Dampfkesselanlagen



Borsdorf, Bezirk Leipzig
Fraenkel, Bergemann & Co.
Fernruf 3 48
Projektierung und Ausführung
von Hoch- und Niederdruck-
Dampferzeugungsanlagen

Dichtungsmaterial

Gotha, VEB (K) Weiß- u. Teerstrickfabrik, Ruf 34 11,
Weiß- u. Teerstricke f. Fernwasserl. u. Abwässer

Fensterbeschläge



Scherbach (Thür.), VEB (K)
Metallwaren, Ruf Tabarz
4 44 - 4 46, Spezialbetrieb
für Scharniere aller Art,
Kippdrehbeschläge für Fenster,
Verbundfensterbeschläge,
Möbelinnenbeschläge

Fugenvergußmassen



Hermsdorf (Thüringen)
W. Hegemann & Söhne KG
Ruf 5 05/5 06

Fußbodenpflege



Lutherstadt Wittenberg, VEB
Wittol, Wittol braucht man
zur Fußbodenpflege, Wittol-
Bohrerwachs, Wittol-Edel-
wachs, Wittol-Emulwachs,
Wittol-Selbstglanz

Gummitrögergurte



Bad Blankenburg (Thüringer Wald),
VEB Transportgummi, Ruf 6 41-6 45,
Telegramme Transportgummi,
Bad Blankenburg (Thüringer Wald)
Telex: 058 724

Harmonikaturen

Karl-Marx-Stadt, Max Schulz, Dresdner Str. 66-70

Kesseleinmauerung

Gera, Louis Fraas & Co. KG, mit staatlicher Beteiligung, Schornstein-, Feuerungs- und Industriebauten, Laasener Straße 6, Telefon 66 00

Kippdrehbeschläge für Fenster



Scherbach (Thür.), VEB (K)
Metallwaren, Ruf Tabarz
4 44 - 4 46, Spezialbetrieb
für Scharniere aller Art,
Kippdrehbeschläge für Fenster,
Verbundfensterbeschläge,
Möbelinnenbeschläge

Kunsthandwerk

Oelsnitz i. Vogtl., Melanchthonstraße 30
Kurt Todt, echte Handschmiedekunst,
Türbeschläge, Laternen, Gitter

Mauerisoleranstriche



Hermsdorf (Thüringen)
W. Hegemann & Söhne KG
Hematect-Werk
Ruf 5 05/5 06

Mechanische Wandtafeln



Friedrichroda (Thür.)
Ewald Friedrichs,
Mech. Wandtafeln
Tel.: 3 81 und 3 82

Möbelbeschläge



Scherbach (Thür.), VEB (K)
Metallwaren, Ruf Tabarz
4 44 - 4 46, Spezialbetrieb
für Scharniere aller Art,
Kippdrehbeschläge für Fenster,
Verbundfensterbeschläge,
Möbelinnenbeschläge

Modellbau

Plauen (Vogtland), Wolfgang Barig,
Architektur- und Landschafts-Modellbau
Technische Lehrmodelle und Zubehör,
Friedensstraße 50, Fernruf 39 27

Neonlichtwerbung

Karl-Marx-Stadt C 3, Rudolph Kreysel KG, liefert
Neonwerbeanlagen, Schilder aller Art, Metall-
buchstaben, Spiegel
Zwickauer Straße 109, Ruf 3 40 12

Profilglas



Pirna-Copitz
VEB Guß- und Farbenglas-
Werke, Telefon 6 57
„Copilit“-Profilglas für
Bedachung, Trennwände
und Industrieverglasungen

Rohrverlegewinden

Georgenthal (Thür.), Herbert Bittner, Maschinenfabrik, Ruf 2 86, Rohrverlegewinden 750 kp

Scharniere



Scherbach (Thür.), VEB (K)
Metallwaren, Ruf Tabarz
4 44 - 4 46, Spezialbetrieb
für Scharniere aller Art,
Kippdrehbeschläge für Fenster,
Verbundfensterbeschläge,
Möbelinnenbeschläge

Schornsteinbau

Gera, Louis Fraas & Co. KG, mit staatlicher Beteiligung, Schornstein-, Feuerungs- und Industriebauten, Laasener Straße 6, Telefon 66 00

Sonnenschutzrollos



Friedrichroda (Thür.)
Ewald Friedrichs,
Sonnenschutzrollos
Tel.: 3 81 und 3 82

Technische Gummischläuche



Bad Blankenburg (Thüringer Wald),
VEB Transportgummi, Ruf 6 41-6 45,
Telegramme: Transportgummi,
Bad Blankenburg (Thüringer Wald)
Telex: 058 724

Teppiche



Münchenbernsdorf (Thüringen)
VEB Thüring. Teppichfabriken
Wir fertigen:
Tournay-,
Bouclé-Teppiche,
Brücken,
Läufer und
Bettumrandungen
Schlingenpolware „Ranowa“

Verdunkelungsanlagen



Friedrichroda (Thür.)
Ewald Friedrichs,
Verdunkelungs-
anlagen
Sonnenschutzrollos
Tel.: 3 81 und 3 82

Schiebefenster, Hebetüren

sowie alle Fenster-
konstruktionen aus Holz

PGH Spezial-Fenster- und Türenbau

GASCHWITZ bei Leipzig

Gustav-Meisel-Straße 6

Ruf: Leipzig 39 65 96

Anzeigenschluß

ist jeweils am 20.

des Vor-Vormonats

Brücol-Holzkitt (flüssiges Holz)

Zu beziehen durch die Nieder-
lassungen der Deutschen Han-
delszentrale Grundchemie und
den Tischlerbedarfs-Fachhandel

Bezugsquellennachweis durch:

Brücol-Werk Möbius
Brückner, Lampe & Co.
Markleeberg-Großstädteln

Anzeigen- aufträge

richten Sie bitte nur
an die DEWAG -
Werbung Berlin,
Berlin C 2, Rosen-
thaler Str. 28—31,
Ruf: 425591
oder an die
DEWAG-Betriebe
in den Bezirks-
städten der Deut-
schen Demokrati-
schen Republik

Spezial-Fußböden Marke „KÖHLIT“



als schwimmende Estriche in verschiedenen Ausführ-
ungen mit besten schall- und wärmedämmenden Eigen-
schaften sowie Industriefußböden, Linoleumestriche
und Kunststoffbeläge verlegt

STEINHOLZ-KÖHLER KG (mit staatl. Beteiligung)

Berlin-Niederschönhausen, Blankenburger Straße 85—89
Telefon 48 55 87 und 48 38 23



Werkstätten für
kunstgewerbliche

**Schmiede-
arbeiten**

in Verbindung mit Keramik
Wilhelm WEISHEIT, KG
FLOH / Thüringen
Tel.: Schmalkalden 4 79 (24 79)



Ewald Friedrichs

Friedrichroda / Thür.

Tel.: 381 und 382

Verdunkelungsanlagen

Sonnenschutz-Rollos

Mechanische Wandtafeln

Vertretung in Berlin: **Hans Seifert**, Berlin NO 55,
Greifswalder Straße 44, Ruf: 53 35 78

PHONEX und RAUMA

für akustik und lärmbekämpfung ein-
schließlich entwicklung, projektierung,
produktion und montage durch



horst f. r. meyer kg

berlin-weißensee · max-steinke-straße 5/6

tel. 563188 · tel. 646631



LAKO-

Scheuerleiste DDR GM

eine Neuheit für die
Bauindustrie

PVC-Hart-Profil

mit Gips- und Glasfasereinlage

Alleinhersteller:

Elastonwerk Saller & Co. KG

Friedrichroda / Thüringen

Gotect

BITUMINÖSE BAUSTOFFE

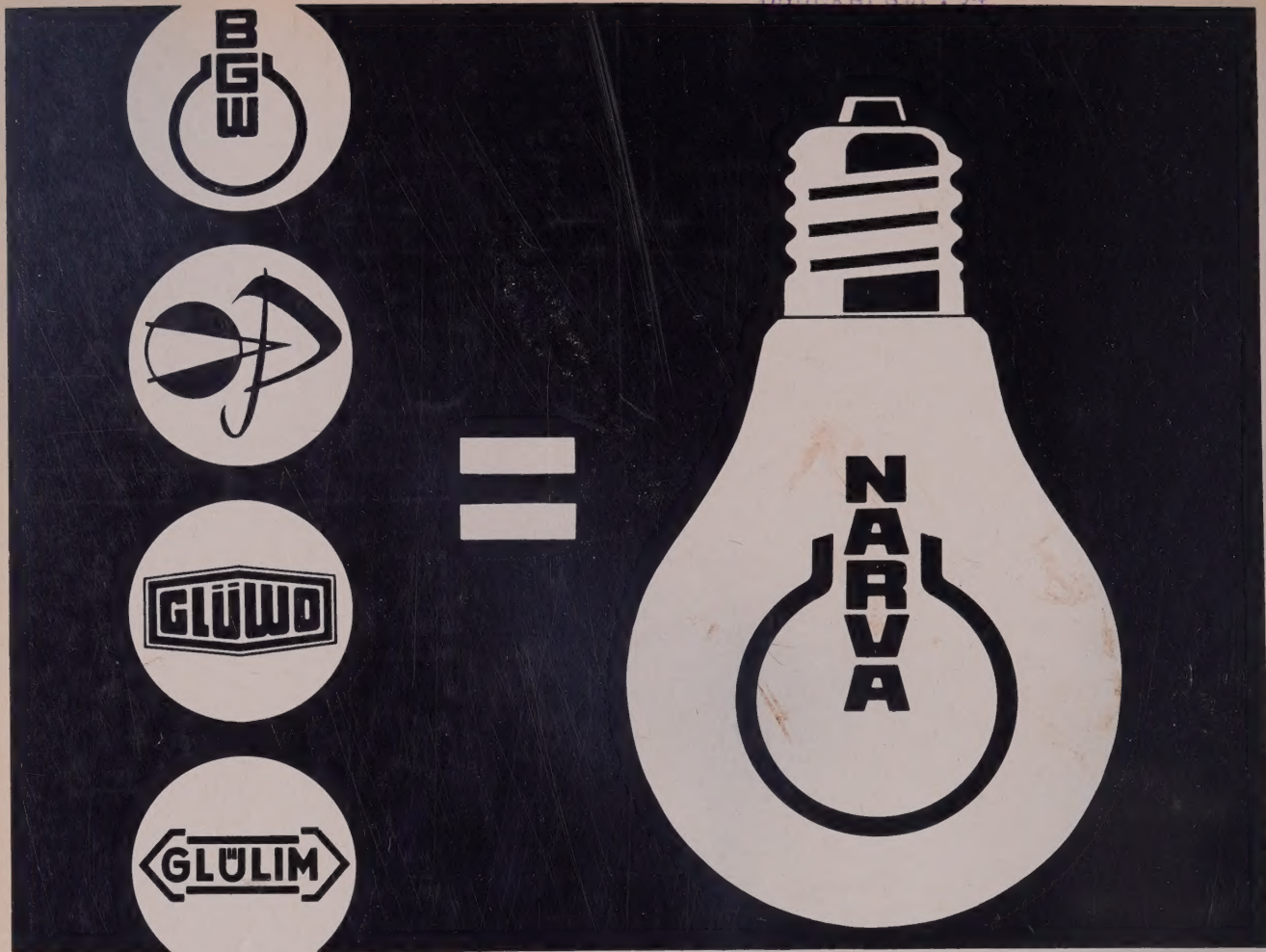
- **Dachklebemassen**
- **Dachanstrichmittel**
- **Dichtungsklebmassen**
- **Vergußmassen**
auch für senkrechte Fugen
und für andere Zwecke
- **Voranstrichmittel**
- **Schutzanstrichmittel**
und bituminöse Anstriche
für jegliche Eisenkonstruktionen
- **Straßenteer**

TEERVERWERTUNG GOTHA/THÜR. KG

Chemische Fabrik

Gotha

Ruf 3069



Allgebrauchslampen
Leuchtstofflampen
Quecksilber-Hochdrucklampen
Lichtwurf lampen
Kraftfahrzeuglampen
Fotolampen
Infrarot-Strahler
Signallampen
Zwerglampen
Sonderlampen
Eisenwasserstoff-Widerstände
Glimmlampen
Drahterzeugnisse
Lampensockel

Unter dem gemeinsamen Warenzeichen

NARVA

bieten ab 1965 die Werke

VEB Berliner Glühlampen-Werk
VEB Glühlampenwerk Plauen
VEB Glühlampenwerk Oberweißbach
VEB (B) Glimmlampenwerk Cursdorf
VEB Elektr. Spezialglühlampen Frauenwald
VEB Glüso-Werk Tambach-Dietharz

ihr umfangreiches Fertigungsprogramm an.

Die Konzentration eines umfassenden Sortiments elektrischer Lampen und Halbwaren unter einem Zeichen ist mehr als ein Symbol. Konzentrierte und rationellste Forschung, Entwicklung und Produktion garantieren Erzeugnisse von einem hohen technischen und ökonomischen Niveau zum Nutzen der Abnehmer.

NARVA

